Historische Tatsachen Nr. 61

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich -- I. Teil

"Die Suche nach einem guten Ausweg" -- So sah die Zeitschrift *St. Louis Globe*, U.S.A. am 4. Februar 1933 die Lage in Deutschland: Unmöglich, geradezu lächerlich erscheine es, daß Adolf Hitler das widerspenstige Pferd Deutschland reiten könne. Dies war nicht nur Meinung einer Zeitungsredaktion in den USA, sondern weltweit verbreitete Auffassung aller Versailler Siegermächte einschließlich der Bolschewisten.

Ausgerechnet in dieser Situation erklärten internationale jüdische Organisationen Deutschland am 24. März 1933 den Krieg, anstatt ihrerseits -- der Humanität und Zivilisation wegen! -- zur Überwindung von Bürgerkrieg und Wirtschaftschaos beizutragen. Der am 23. März 1933 gefällte Beschluß zu dieser, von *Daily Express* in London veröffentlichten Kriegserklärung wurde in New York von einer *"gigantic anti-Nazi parade"* begleitet. Diesem vom Verband der **Jewish War Veterans** veranstalteten Aufmarsch alter Kämpfer sollen etwa 1 Millionen Menschen beigewohnt haben.*)

Das alles läßt sich nicht von heute auf morgen organisieren. Der Zeitpunkt einer beabsichtigten Kriegführung gegen Deutschland ist somit noch erheblich früher anzusetzen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß er bereits auf den 30. Januar 1933 fällt, *"als die Juden der Welt nicht gezögert haben, den Boykott Deutschlands in Gang zu setzen."* **)

Wie synchron diese Maßnahmen mit maßgebenden Politikern abgestimmt worden waren, mag ein Auftritt Sir Austen Chamberlains am 13.4.1933 im britischen Unterhaus dartun:

"Europa ist bedroht und Deutschland ist befallen von diesem engstirnigen, ausgesprochen aggressiven Geist, demzufolge es ein Verbrechen ist, für den Frieden oder Jude zu sein. Dieses ist nicht ein Deutschland, dem wir Konzessionen machen können. Das ist nicht ein Deutschland, dem wir die Gleichberechtigung gewähren können ..." ***)

A Good Way To Find out



*) Gloria R. Mosesson, "The Jewish War Veterans Story", Washington D.C. 1971, S. 46 - 47.

**) Vgl. *HT* Nr. 54, S. 16.

***) Samuel Untermeyer, "Nazis against the World -- The Counter-Boykott is the only Defensive Weapon against Hitlerism's World-Threat to Civilisation", New York 1934, S. 11.

Dipl. Pol. Udo Walendy

Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich -- I. Teil

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

"Das Wort Endlösung gab's damals noch nicht einmal"

"Wenn der vorzügliche Historiker Raul Hilberg fragt:

'Warum gab's kein Kapitel Endlösung im IMT-Prozeß?' (August 1945 - Oktober 1946)

antworte ich:

'Das Wort Endlösung gab's damals noch nicht einmal. Es gab die Toten, es gab Befehle vom Reichssicherheitshauptamt, es gab verschwommen die Einsatzgruppen, nur am Rande, soweit die Chefs, wie ein Herr Ohlendorf, das ein bißchen erzählten.' "

Robert M.W. Kempner,
"Ankläger einer Epoche: Lebenserinnerungen",
Frankfurt/M - Berlin, Ullstein Verlag 1986, S. 311.

Offenbar notwendige Mentalität
zur Erlangung des Friedenspreises
des Deutschen Buchhandels?

Siegfried Lenz am 9. Okt. 1988 in der Paulskirche zu Frankfurt/M:

"... Wir haben in jüngster Zeit eine Auseinandersetzung über deutsche Geschichte erlebt, die unter dem Begriff »Historikerstreit« Aufmerksamkeit in der ganzen Welt fand. Bestürzt nahmen wir das Bemühen akademischer Lehrer zur Kenntnis, Auschwitz, also dem industrialisierten Mord an Millionen, seine Singularität abzusprechen, ja es »verstehbar« zu machen. Auf Stalins Archipel Gulag verweisend, in dem bereits zuvor Millionen den Tod fanden, wollte man uns glauben machen, daß Hitler hierin sein Beispiel gefunden habe. Schroff verkürzt, wurde uns das Fazit nahegelegt: Ohne Archipel Gulag kein Auschwitz. Noch erschrocken über diese Schlußfolgerung, erfuhren wir, daß es nunmehr an der Zeit sei, auch die Geschichte des »Dritten Reiches« zu historisieren, seine Taten und Untaten zu entemotionalisieren. ...

Ich danke dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Zuerkennung dieser hohen Auszeichnung. Ich danke Yohanan Meroz, der aus ***Jerusalem, unser aller Hauptstadt,*** *zu uns gekommen ist, für den freundlichen Zuspruch. ..."*

Presseinformation, Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.

Bücherverbrennung

"Vor einiger Zeit drangen Einheiten der israelischen Besatzungsmacht in die Universität Hebron ein und führten Durchsuchungen und Verhaftungen durch. Was als reguläre polizeiliche Unterdrückungsaktion, die zur täglichen Routine der Besetzung gehört, begann, endete in einem ekelhaften und schockierenden barbarischen Akt: der Verbrennung von Hunderten von Büchern aus der Bibliothek der Universität. ...

Sie haben alles verbrannt, was auf Arabisch gedruckt war. Sie haben Gebetbücher verbrannt, wo doch ausgerechnet wir gegenüber Gebetbüchern etwas sensibler sein müßten. ...

Welche Ironie ist es doch, daß sich unter den Hunderten von Büchern auch solche befanden, in denen die Friedenspläne verschiedener Israelis aus dem Hebräischen ins Arabische übersetzt worden waren."

SemitTimes, Dreieich, 1992 Nr. 3, S. 30.

ISSN 0176 - 4144

Druck: Kölle Druck, D 32361 Pr. Oldendorf

Die Not des Volkes setzte 1933 die Maßstäbe

Eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung der NS-Judenpolitik ist auf 40 Seiten wie in dem vorliegenden Heft nicht möglich. Der Versuch müßte in Allgemeinplätzen, Pauschalisierungen und Ungenauigkeiten ausmünden. Allein die "Reichskristallnacht" vom 9.11.1938 ist ein Buchthema für sich. Unzählige Spruchkammerverfahren und Prozesse sind zu dem anstehenden Themenkomplex geführt worden. Keinem Historiker ist es möglich, sie alle zu kennen und zu verwerten, zumal ihm auch Akteneinsicht und damit ein Überblick über das Zustandekommen von tatsächlichen oder vermeintlichen dort gewonnenen Erkenntnissen verwehrt bleibt. Zwar sind Gesetzes- und Verordnungstexte, Presseberichte aus damaliger Zeit zugänglich, auch zahllose Dokumente des Schriftverkehrs der Partei und der Behörden, doch gibt es auch gravierende Lücken und Fälschungen im dokumentarischen Nachweisbereich, so daß auch heute noch eine endgültige Beantwortung drängender Fragen vielfach offen bleibt.

Fest steht jedoch, daß der Nationalsozialismus ein völkisches Aufbäumen gegen eine vom international organisierten Judentum in Deutschland (mit-)gesteuerte Politik gewesen ist, die darauf abzielte, die Souveränität Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg nicht wieder zuzulassen,[1] und dabei das deutsche Volk -- gewollt oder ungewollt -- in Wirtschaftschaos und bürgerkriegsähnliche Zustände mit ausweglos erscheinender Anarchie geführt hatte. Schon auf der Versailler Friedenskonferenz war das Comité des Délegations Juives mit dem Anspruch aufgetreten, als grenzübergreifende »Nation« für 10 Millionen verstreut lebende Juden zu sprechen und daher ein Recht zu haben, über das Schicksal der europäischen Völker mitzubestimmen.[1] Waren das nun Kriegsteilnehmer oder keine, die auf der alliierten Friedenskonferenz Mitspracherecht beanspruchten und es bewilligt bekamen? Entsprachen ihre Forderungen haßerfüllter Kriegsfortsetzungsabsicht oder friedensbemühten Humanitätsanliegen? Allein die Einmischung in innerdeutsche Belange zum Zeitpunkt militärischer und politischer Ohnmacht des deutschen Volkes setzte den Beginn für die gesamte nachfolgende Entwicklung!

Ihre vom Versailler "Friedensvertrag" hergeleiteten Herrschaftselemente waren denkbar einfach: Kraft militärischen Sieges im besiegten Land erzwungene Beseitigung der konstitutionellen Monarchie, dafür "Demokratisierung", Mehrparteien-Struktur, gestützt nicht auf den Willen des deutschen Volkes, sondern auf die Forderungen der Siegermächte. So wurde der Einfluß auf die "veröffentlichte Meinung", Personalpolitik, Verwaltung, Wirtschaft, Grenzen bis zum "Konsens der Nachbarn" verankert. Der französische Ministerpräsident Clemenceau drückte es vielsagend mit den Worten aus:

"Wir werden den Deutschen die Demokratie verpassen."[2]

Hierbei verheimlichte er indessen der Welt, daß es auch schon vorher in Deutschland ein Mehrparteien-System, also eine Demokratie, wenn auch -- ähnlich wie in Großbritannien noch heute -- im Rahmen einer durch Verfassungsbestimmungen eingeschränkten (konstitutionellen) Monarchie gegeben hatte. Demokratie und Demokratie ist offenbar nicht dasselbe. Sorge getragen war indessen dafür -- wie dies auch in ihren eigenen Ländern gehandhabt zu werden pflegt --, daß die "Hauptdarsteller" für die vorhandenen (erlaubten, zugelassenen, geduldeten) Parteien von einer kleinen Gruppe geheimgehaltener Zirkel lange vor dem Wahltag ausgesucht und mit anhaltendem Echo der "veröffentlichten Meinung" hochgelobt wurden, *"so daß das Risiko gleich null ist"*.[3]

D.h. es bleibt in solchen Fällen gleich, welche jener Parteien dann den Wahlkampf gewinnen sollte. Die Füh-

---

PHI-Pressedienst, Tel Aviv, 20.12.1992:

Aus Israel ausgewiesen

"Die Eheleute Gary und Shirley Beresford verloren einen 5jährigen Kampf vor den Gerichten Israels zur Erlangung einer Daueraufenthaltsgenehmigung.

Beide Eheleute sind jüdischer Abstammung, jedoch christlichen Glaubens. Das oberste Gericht Israels erklärte, daß sie durch den Abfall von ihrem Glauben keine Juden mehr wären und das Land innerhalb von 4 Monaten zu verlassen hätten."

(vgl. auch ***Unabhängige Nachrichten*** 2/1993, S. 12.)

---

1) World Jewish Congress (Hrsg.), "unity in dispersion -- a history of the world jewish congress", New York 1948, S. 26.

2) Peter Kleist, "Wer ist Willy Brandt?", Hannover 1970, S. 24.

3) Curtis B. Dall, "Amerikas Kriegspolitik -- Roosevelt und seine Hintermänner", Tübingen 1972, S. 34.

Spotlight, Washington, 4.10.1993



DAVID BEN-GURION
. . . "When a Jew in America . . . speaks of 'our government' . . . he usually means the government of Israel."

rungskräfte der grenzübergreifenden Organisationen setzen unter solchen Voraussetzungen in jedem Fall ihren Willen konsequent durch.

Adolf Hitler als erster und bisher einziger Parteipolitiker hat diesen Kräften einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Er ließ seine Partei nicht in diesem Maße wie bisher üblich unterwandern und stellte sich dem Wähler als unabhängige national-politische Alternative. Dies war in Wirklichkeit der Grund, der ihm schon während der "Systemzeit" die Todfeindschaft jener Kräfte eintrug, denen er die geheim eingeführten Beherrschungsmittel über das deutsche Volk mit Hilfe des demokratischen Stimmzettels entwand.

Die Weimarer Republik war um die Jahreswende 1932/33 wirtschaftlich und politisch am Ende. Ein weiteres Lavieren mit Notverordnungen des Reichspräsidenten gegen die Stimmenmehrheit der Parteien bzw. des Volkes konnte das bereits vorhandene Bürgerkriegschaos und Wirtschaftselend nur verschlimmern, -- unerträglich war es lange schon. Allerdings war dieses absolute Tief nicht deshalb erreicht, weil böse nationale Deutsche sich so "extremistisch radikal" aufführten, sondern weil ganz andere Kräfte seit 1918/1919 den Weimarer Staat langfristig zerstört haben. Und diese Kräfte saßen hauptsächlich im Ausland und wirkten von dort nach Deutschland hinein, teils über sichtbare, teils über unsichtbare Kanäle. Sie bedienten sich rücksichtsloser "extremistisch radikaler" Mittel, und zwar bereits bevor ein Adolf Hitler aufstand und sich dagegen zu wehren begann. Er war praktisch ein Ergebnis ihres Handelns!

Ein Durchsetzen auf diesem Kampffeld bedurfte gleichartiger Mittel, -- allein diese konnten erfolgversprechend sein! Das Neue Testament oder bürgerliche Gesetzbuch hätte da nicht weitergeholfen. Man kann nicht SA, SS, NS-Betriebszellenorganisation und dergl., die erst als Reaktion auf die innenpolitischen Kampfmethoden der Gegner von links und Mitte entstanden und sogar zwecks Erhaltung demokratischer Freiheitsrechte erzwungen worden sind, verurteilen, während man Rotfrontkämpferbund, Reichsbanner (schwarz-rot-gold, SPD) und analoge Organisationen, die bereits seit dem Umsturz 1918/1919 Feld und Straße für sich allein in Anspruch nahmen, unberücksichtigt läßt.

Dennoch wurde vor allem die Auslands-Steuerung des Staates für Weimar zum Verhängnis. Man redete von Demokratie, als ob das deutsche Volk zu entscheiden hätte, doch hatte man diesem Volk die Fesseln der Versailler Diskriminierungs- und Erpressungsbedingungen angelegt, verfügte über lebenswichtige Teile seines Landes, seiner Wirtschaft, Patente und Reichtümer, aber auch über Millionen, fremden Völkern ausgelieferte Volksdeutsche. Damit haben die Sieger des Ersten Weltkrieges dem deutschen Volk nicht nur die Lebensfähigkeit abgedrosselt, sondern auch personalpolitisch Fremdherrschaft oktroyiert, um dessen Souveränität zu vereiteln.[1]

Die Mitte 1922 einsetzende und kurz darauf galloppierende **Inflation** hat eine bis dahin nie für möglich gehaltene Besitzumschichtung in Deutschland zugunsten der Dollar-Internationalisten gebracht, die die schauerlichen Konsequenzen des Versailler "Vertrages" noch in weitere Elendsdimensionen für das deutsche Volk steigerte. Definiert der eine jenes Geschehen als *"systematische Enteignung des deutschen Mittelstandes -- es war eine der größten Räubereien der Weltgeschichte"*[4] --, so der andere wie folgt:

"In der Weimarer Republik kostete ein Dollar am 1. Januar 1923 amtlich 7.260 Reichsmark. Im Juli stand er auf 160.000, und als ich am 1. Oktober in Berlin eintraf, lautete die Dollarnotierung 242 Millionen. Als ich am 10. Oktober Berlin verließ, kostete ein Dollar 3 Milliarden Mark, und das war bekanntlich keineswegs sein höchster Preis: Am 20. November 1923 betrug er 4,2 Billionen Mark. Dies war auch der Umtauschkurs für Reichsmark in Rentenmark = 4.200 Milliarden Reichsmark ergaben eine neue Mark. Natürlich hatte die Reichsdruckerei all dieses Papiergeld alleine nicht herstellen können. Wie sämtliche Lohndruckereien mußten die Zeitungsrotationsmaschinen eingesetzt werden, und abgesehen von den für das Notgeld der Behörden und der großen Konzerne tätigen spien im Oktober 1923 Tag und Nacht 1.723 Druckmaschinen Reichsbanknoten aus. Mehr Banknoten als im November 1923 konnten nicht gedruckt werden, weil nun die Kapazität aller deutschen Papierfabriken voll ausgenutzt war.

Daß diese Inflation ungeheure Gewinne ermöglichte, ist klar und ebenso, daß Millionen und Abermillionen Deutsche ihre Ersparnisse verloren, zahllose Pensionisten und andere alte Leute buchstäblich verhungerten und vor allem der deutsche Mittelstand total enteignet wurde, der das der Republik nie vergaß. Denn die Reichsbank und die Reichsregierung taten so gut wie nichts, um die Inflation zu stoppen."[5]

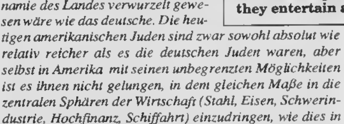
Während der deutsche Mittelstand *"systematisch enteignet"* wurde, konnte Nahum Goldmann als langjähriger Präsident des Jüdischen Weltkongresses rückblickend schreiben:

"Das deutsche Judentum hatte im Zeitalter der Emanzipation, d.h. in der 2. Hälfte des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts, einen meteorhaften Aufstieg genommen. ... Es hatte an dem rapiden wirtschaftlichen Aufstieg des kaiserlichen Deutschland vollen Anteil genommen, viel zu demselben beigetragen und sich eine angesehene Stellung

4) Arthur Rosenberg, "Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik", Frankfurt/M 1955, S. 399.

5) Rudolf Pörtner, "Alltag in der Weimarer Republik", München 1993, S. 117.

in der deutschen Wirtschaft erobert. Von der wirtschaftlichen Position her gesehen, konnte sich keine jüdische Minderheit in anderen Ländern, ja nicht einmal die amerikanische, mit den deutschen Juden messen. Sie waren mitführend in den Großbanken, wofür es nirgends eine Parallele gab, und durch die Hochfinanz waren sie auch in die Industrie eingedrungen. Ein erheblicher Teil des Großhandels lag in ihren Händen und selbst in Wirtschaftszweigen, die sich sonst kaum in jüdischem Besitz befinden, wie Schiffahrt oder Elektroindustrie, waren sie in Deutschland führend. Namen wie Ballin oder Rathenau bezeugen das. Ich kenne kaum ein emanzipiertes Judentum, weder in Europa noch auf dem amerikanischen Kontinent, das so tief in der allgemeinen Ökonamie des Landes verwurzelt gewesen wäre wie das deutsche. Die heutigen amerikanischen Juden sind zwar sowohl absolut wie relativ reicher als es die deutschen Juden waren, aber selbst in Amerika mit seinen unbegrenzten Möglichkeiten ist es ihnen nicht gelungen, in dem gleichen Maße in die zentralen Sphären der Wirtschaft (Stahl, Eisen, Schwerindustrie, Hochfinanz, Schiffahrt) einzudringen, wie dies in Deutschland der Fall gewesen war.



Auch ihre Stellung im Geistesleben des Landes war beinahe einzigartig. In der Literatur waren sie durch glänzende Namen vertreten. Das Theater lag zu einem erheblichen Teil in ihren Händen. Die Tagespresse, vor allem ihr international einflußreicher Sektor, war weitgehend in jüdischem Besitz oder wurde journalistisch von Juden geleitet." [6]

Spotlight, Washington, 4.10.1993



NAHUM GOLDMAN
. . . Challenged Jews to declare they entertain a double loyalty.

Von dem **politischen** Einfluß seiner Leute in der Weimarer Republik (schließlich war der genannte Walter Rathenau Reichsaußenminister!) schwieg Nahum Goldmann aus wohlbedachten Gründen.

Der in der deutschen zionistischen Bewegung maßgeblich tätige Richard Lichtheim, über dessen üble Tätigkeit während des Krieges von Bern aus wir bereits berichteten (*"Lassen Sie Ihre Fantasie walten, mein Freund!"*),[7] skizzierte nach dem Zweiten Weltkrieg die damalige Lage so:

"Sie (die große Mehrheit der deutschen Juden) konnte nunmehr (in der Weimarer Republik) höhere Richter und Beamte werden, was sogar einige deutsche Zionisten dazu verlockte, wichtige Regierungsposten anzunehmen. Der Ministerialdirektor Badt im Innenministerium, der ehemalige Journalist Hans Goslar als Pressechef der preußischen Regierung widersprachen der von Blumenfeld vertretenen Ansicht, daß Zionisten sich unter allen Umständen davor hüten sollten, derartige exponierte Stellungen zu bekleiden. Im Berliner Polizeipräsidium saß der vorzügliche Zionist Conrad Kaiser als Chef einer der 5 Abteilungen, und viele andere jüdische Juristen -- Zionisten und Nichtzionisten -- erlangten in der Verwaltung und im Justizdienst Ämter, die ihnen früher nicht zugänglich gewesen waren. Die jüdischen Ärzte und Anwälte verdienten im Durchschnitt recht gut, die Kaufleute und Industriellen machten im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands ebenfalls lohnende Geschäfte. Wer mochte da an Auswanderung denken oder gar an Auswanderung nach Palästina? ...

Zur Zeit der Weimarer Republik war es den deutschen Juden und auch den zahlreichen nach dem Kriege zugewänderten osteuropäischen Juden recht gut gegangen, obwohl die Wirtschaftskrisen von 1929 - 1932, die in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von Millionenmassen erzeugten, auch die ärmeren Schichten der deutschen Juden erfaßten ... Im Großen und Ganzen fühlten sich daher die deutschen Juden in der Weimarer Republik sehr wohl und widerstrebten ... dem vom Zionisnus geforderten Bekenntnis zum Nationaljudentum." [8]

Von Gewinnen oder Verlusten aus der Inflationsära 1922/1923 schrieb Lichtheim nichts.

Dabei war die verzweifelte Lage Deutschlands in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre allerorten sichtbar. Hierbei bleibt eindrucksvoll, daß ausgerechnet damals elitäre Leute mit ihren internationalen Verbindungen den Begriff von den "goldenen zwanziger Jahren" geprägt haben.

Selbst der Bundesvorsitzende des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Hauptmann Dr. Löwenstein, wies in seiner Verbandszeitschrift *Der Schild* vom 12.11.1933, den Vorwurf der Zionisten abwehrend, die meisten Juden in Deutschland seien »Assimilanten«, zurück:

"Verhängnisvoll war die Tatsache, daß ausgerechnet Juden, die sich national nicht als Deutsche fühlten, sondern die von sich selber erklärten, daß sie nationale Juden seien, Staatsämter (in Deutschland) bekleidet haben." [9]

Nun ist es Tatbestand -- der Bedeutung wegen sei dies hier absichtlich wiederholt --, daß sich von allen diesen Einflüssen der siegreichen Imperialstaaten eine besonders miteinander verbundene Gruppe von Menschen mit internationalem Engagement bei diesen strategischen Aktionen besonders hervorgetan hat: sogar ohne Kriegspartei im Ersten Weltkrieg gewesen zu sein, hatte sie sich am Friedenskonferenztisch in Versailles 1919 eingefunden,

6) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 115 - 116.
7) Vgl. *HT* Nr. 15, S. 36 - 37.
8) Richard Lichtheim, "Die Geschichte des deutschen Zionismus", Jerusalem 1958, S. 242 - 243 + 254 - 255.
9) Herbert Freeden, "Die jüdische Presse im Dritten Reich", jüd. Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M 1987, S. 61 + 60.

um mitzuhelfen, die Bedingungen gegen das besiegte Deutschland festzulegen.[1] Abgesehen von ihrem Bemühen, die Souveränität Deutschlands nicht mehr zuzulassen, hat **ausgerechnet diese Gruppe den Versailler "Vertrag" nicht als "Frieden" aufgefaßt, sondern lediglich als "Waffenstillstand", um auf diese Weise die Bekämpfung Deutschlands mit Mitteln, die unter völkerrechtlich gesicherten Friedensbedingungen nicht anwendbar gewesen wären, fortsetzen bzw. ihren Führungsanspruch in Deutschland durchdrücken zu können!**

Damals hatte bereits das Unterhausmitglied (1910 - 1923) Baron Lionel de Rothschild, *"partner in the firm of N.M. Rothschild & Sons"*, Präsident, späterer Ehrenpräsident der Zionisten in Großbritannien und Irland mit weitreichenden Beziehungen und weltweiten Ambitionen, seine Hände im Spiel. Er war 1917 der berühmte Empfänger der "Balfour Declaration", in der Außenminister Balfour den Juden die Unterstützung Großbritanniens für eine nationale Heimstätte in Palästina zusicherte. Ausgerechnet dieser Mann benannte am 22.10.1939 dem Privatsekretär Winston Churchills als Kriegsziel: ***"Deutschland den Juden zu überlassen"***.[10] -- Ein Deutscher hätte einmal wagen sollen, etwas Analoges als Kriegsziel zu verkünden oder schon Jahrzehnte vorher darauf hinzuarbeiten!

Seit jener Zeit hat dieses Comité des Délégations

Anfang an bis zur Stunde streng und konsequent jedwede Ansiedlung, ganz zu schweigen von Einfluß Fremdstämmiger in seinem Land. Nicht einmal Juden, die zum Christentum übergetreten sind, erhielten Wohnrecht. Sie wurden des Landes verwiesen oder gar nicht erst hereingelassen. In Israel ist es strafbar, eine andere Religion als die jüdische öffentlich zu verbreiten. So kann es einem Christen in Israel, der einen Juden im Sinne des Christentums zu belehren versucht oder ihm diesbezügliche Literatur aushändigt, eine Strafe von 5 Jahren Gefängnis einbringen.[12] -- Es ist unerläßlich, stets einen Blick auf die Verhältnisse jener zu werfen, die sich als Richter über das deutsche Volk aufzuspielen pflegen.

Diese Vergleiche sind notwendig, will man die Reaktionen des deutschen Volkes von 1919 - 1933 und in den Folgejahren verstehen. Zweifellos ist die NSDAP deshalb gewählt worden, weil sie fremdländischen Einfluß auf die deutsche Politik auszuschalten beabsichtigte; ein Anliegen, daß sich -- wie gesagt -- jede Partei in Israel seit seiner Gründung zum Grundsatz gemacht hat und vielfach auf grausame Art durchsetzen half. Es kann also nicht der eine als verbrecherisch gebrandmarkt werden, was der andere als erste Staatsbürgerpflicht ansieht!

In den Jahren von 1918 - 1939 bzw. bis zur Gegenwart hatte Deutschland niemals eine Chance, von einem international konstituierten Gremium gerecht beurteilt oder behandelt zu werden, wollte doch keiner der Sieger- und *[illegible] seit 1918 auch nur auf einen Brosamen*

Staatsbürger jüdischen Glaubens, *der Hauptrepräsentant des deutschen Judentums, stand im Kampf gegen die NS-DAP* ***in der vordersten Front.*** " [14)]

Dies wird auch von anderen Autoren bestätigt, die den jüdischen Aktivismus in der Weimarer Zeit indes stets als "Abwehr" zu charakterisieren belieben. Insofern erscheint solches Argumentieren polemisch und unsachlich, als diese "Abwehr"-Strategen seit 1918 die Vertreter der staatstragenden Kräfte waren, gegen deren Erfüllungspolitik für fremdvölkischen Willen in Ost (Bolschewismus) und West (Versailler Sieger) sich allenfalls das besiegte und in wirtschaftliches Elend gestürzte nationale Deutschland zu erwehren hatte. Wer also hat diesen Kampf begonnen? Jene, die seit 1918/1919 jegliche nationalen Regungen in Deutschland -- mit Hilfe revolutionär gewonnener Staatsmacht von Anfang an, zudem *"militant"*! -- bekämpften, oder jene, die eine solche Politik als Verrat an den Lebensinteressen des deutschen Volkes erkannten und deren Rädelsführer beim Namen nannten und auf ihre Taten verwiesen? Dies funktioniert doch heute noch genauso! Wer nur wagt, den tonangebenden politischen Kräften wirksam zu widersprechen, wird doch sofort, zumindest sobald eine gewisse Schwelle im Bekanntheitsgrad erreicht ist, mit übelsten Diffamierungskanonaden von allen Seiten eingedeckt, kriminalisiert und in seiner Existenz gefährdet, wenn nicht ruiniert.

Und wenn nachfolgend jene "Abwehr"-Strategen auf jüdische "Propaganda" als politische Kampfmittel verweisen, so wird damit der Eindruck eines für eine Demokratie legitimen Engagements erweckt. Nicht angesprochen werden hierbei jedoch die erheblichen, ja grundsätzlichen Unterschiede zwischen einer Propaganda,

* die sich als wahrheitsgemäße Aufklärung versteht, Lüge und Verleumdung bekämpft -- eine solche wurde im nationalen Deutschland von 1918 bis Ende des Krieges 1945 betrieben! --,
* und einer solchen, in der Lüge, Verleumdung, Diffamierung, Betrug, Zersetzung in jedweder Form und Schwergewichtigkeit zu den Grundlinien gehört und deren Ziel nicht die Durchsetzung von Wahrheit, Recht und Humanität, sondern ausschließlich die Vernichtung des auserkorenen Gegners um jeden Preis ist.

Dieser letzteren Art der Propaganda indessen bedienten sich sowohl die Kommunisten als auch weitgehend die Machthabenden in der Weimarer Republik, die ihre Bindungen in den westlichen Siegerländern hatten und diese vorrangig vor den Interessen des deutschen Volkes erachteten.

Wenn dann verharmlosend von einer *"getarnten"* Propaganda gesprochen wird, so legen doch die nachweisbaren Pamphlete, Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher, sogar schon Bildfälschungen und "amtliche Sprachregelungen" (die Rundfunkagitation mit staatlichem Monopol nicht zu vergessen!) Zeugnis davon ab, daß bereits während der Weimarer Republik gemeinsam mit internationalen Organisationen jene Art von Propaganda betrieben worden ist, die später Sefton Delmer beim richtigen Namen genannt und freilich noch intensiv ausgebaut hat. Doch mögen jüdische Historiker selbst zu Wort kommen:

"In den kritischen Jahren ***1928 bis 1933***[15)] *stand die enge Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften der deutschen Sozialdemokratie im Vordergrund, die* ***von Anfang an den schärfsten Kampf gegen den Nazismus*** *gefordert hatten und selbst energisch und aktiv gegen die Nazis aufgetreten waren. Organisatorisch ist besonders die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hervorzuheben, einer überparteilichen republikanischen Schutzformation, in der angesichts der lauen Haltung der anderen Demokraten die SPD die führende Rolle spielte. ...*

Seine parteipolitische Neutralität erlaubte somit der jüdischen Organisation die Teilnahme an der Anti-Nazipropaganda. ...

Das Resultat dieser neuen Strategie war ***ein bereits im Jahre 1929 einsetzender massiver Propagandafeldzug gegen den Nazismus****, von dem bis in die 60er Jahre hinein weitgehend unbekannt geblieben ist, daß er im Grund* ***von jüdischer Seite lanciert*** *wurde und hauptsächlich vom C.V. ausging. Die Tatsachen können als hinlänglich bekannt gelten, denn sie sind ausführlich publiziert worden. ...*

Die ***Tarnung dieser Aktivitäten*** *war aus taktischen Gründen geboten. Anonyme und parteipolitisch neutrale Propaganda gegen den Nazismus war schon früher vom C.V. ausgestreut worden. ...*

Die 1929 -- bereits 12 Monate vor dem Triumph der NSDAP in den Septemberwahlen von 1930 -- errichtete getarnte Propagandastelle ist in die Geschichte unter dem Namen »Büro Wilhelmstraße« eingegangen.

Nach dem Wahlsieg der Nazis wurde sie von den republikanischen Parteien nicht mehr ignoriert und versorgte deren Propaganda-Apparate mit Aufklärungsmaterial über die NSDAP und mit Gegenpropaganda. ***Es läßt sich ohne Übertreibung feststellen, daß ein ganz erheblicher Teil der als republikanisch identifizierbaren Wahl- und Abwehrpropaganda gegen den Faschismus letztendlich aus dieser Quelle stammte oder jedenfalls auf der Vorarbeit des »Büro Wilhelmstraße« beruht haben muß. ...***

Der C.V. sah allerdings mit Zweckoptimismus auch dort ***Zersetzungsprozesse****, wo höchstens Ansätze dazu vorhanden waren, und überschätzte mit einer gewissen Naivität die ständigen Palastrevolutionen in der NSDAP. Deshalb suchte er Verbindungen zu nationalsozialistischen Renegaten einschließlich des Strasserflügels.* ***Alles, was die Partei zu spalten versprach, wurde als nützlich betrachtet und zuweilen auch mitfinanziert****, was gewiß gänzlich 'au fond perdu' war. ..."* [16)]

In Wirklichkeit aber wurde dieser ***"schärfste Kampf bereits seit 1928/1929 getarnt"***, im geheimen mittels *"Propaganda, Zersetzung"* -- viele Kampfmethoden blieben ungenannt -- praktiziert![16)] Im übrigen war ja zur Genüge bekannt, in welchen Parteien und Organisationen, angefangen von den Kommunisten bis zur SPD, Gewerkschaften und Monopolen der Presse, Kulturbranchen und Verwaltungen in Verbindung mit geheim arbeitenden Mittelsmännern des "interessierten" Auslandes

14) Prof. Dr. Klaus J. Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", aaO. S. 145.

15) fette Kennzeichnung jeweils durch uns.

16) Herbert Strauß / Norbert Kampe, "Antisemitismus — Von der Judenfeindschaft zum Holocaust", Frankfurt/M - New York 1985, S. 157 - 161.

ihre weitgehend gleichgerichtete Zusammenarbeit zur Wehrloserhaltung des deutschen Volkes vor sich ging. Und *"viele Genossen jüdischer Herkunft nahmen"* auch noch nach 1933 *"in allen Teilen Deutschlands am Widerstand teil"*.[17)]

Diese Vorgeschichte zu kennen ist unerläßlich, will man spätere Entwicklungen und Rückwirkungen sachgerecht bewerten. Es gibt keinerlei Völkerrechtsgrundsätze, die fremdbestimmten völkischen Minderheiten das Recht einräumen, die Politik, d.h. die Existenzfragen großer Völker, in denen sie leben, zu gestalten oder mitzugestalten, *schon gar nicht "getarnt, militant und mittels Zersetzungsprozessen"*.

Wie würde sich wohl eine israelische Regierung verhalten haben, wenn eine deutsche Minderheit in Palästina -- man denke z.B. an die Palästinadeutschen --, *"getarnte Propaganda und Zersetzungsprozesse"* ausgerechnet gegen eine Partei in Israel betrieben hätte, die sich mit Nachdruck für die Lebensinteressen der jüdischen Bevölkerung einsetzt? Die Antwort hierauf können wir uns ersparen, zumal gut bekannt ist, daß die Palästinadeutschen -- die Religionsgemeinschaft »Tempelgesellschaft« --, die sich in keiner Weise politisch betätigt hatten, bereits Jahre vor Gründung des Staates Israel terrorisiert, vielfach ermordet, schließlich enteignet und vertrieben wurden.[18)]

Die jüdische Kriegserklärung vom 24. März 1933[19)]

Eine Behebung der Not des Volkes, ein Zurückführen zu nationaler Würde und Selbstbestimmung konnte an den vorgenannten Sachverhalten nicht vorbeigehen. Doch wer bestimmt in solchen Situationen, was Recht, was Moral ist? Zweifellos kann ein Volk, das sich mit demokratischen Mitteln eine Mehrheit erkämpft hat, ein solches Recht auf Würde und Eigenständigkeit für sich in Anspruch nehmen!

Für Deutschland lag im Jahre 1933 die Tragik in

a) den außerordentlich langwierigen und auf Leben und Tod eskalierten parteipolitischen Gegensätzen,

b) der internationalen Verzahnung der seit Versailles 1919 gegen Deutschland intakt gebliebenen Kampffront unter zusätzlicher Eingliederung des auf gewaltsame Eroberung Europas ausgerichteten Bolschewismus,

c) der seit Machtübernahme des Nationalsozialismus am 30.1.1933 in allen an den Versailler Regelungen interessiert gebliebenen ausländischen, sogar fremdkontinentalen Mächten sofort verstärkt einsetzenden weltumspannend koordinierten Bekämpfungsstrategien gegen das nunmehr neue Deutschland.

Diese Kombination von Einwirkungen führte in Berlin aus Gründen der Existenzsicherung zu verschärften Reaktionen, die unter anderen Umfeld-Voraussetzungen entweder ganz ausgeblieben oder aber gewiß gemäßigter, rechtsstaatlich, demokratisch verlaufen wären oder hätten verlaufen können. So ist das überall und zu allen Zeiten in der Welt.

Was hätte mehr geschehen können, als was Reichspräsident Paul v. Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler bereits 2 Tage nach dem 30. Januar 1933 veranlaßt haben? Sie hatten den Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März mit dem Verordnungstext erlassen:

"Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt."[20)]

Die Beseitigung der Bürgerkriegsverhältnisse, der Wirtschaftsnot, die Herstellung des sozialen Friedens, der sogar in vielerlei Hinsicht vorbildliche soziale Fortschritt ist Adolf Hitler jedenfalls in einem von niemandem für möglich gehaltenen Maße und außerordentlich kurzfristig gelungen. Selbst Winston Churchill wäre bekanntlich froh gewesen,

"einen solchen bewunderungswürdigen Kämpen zu finden, der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz unter den Nationen. ...

Unsere Führung muß wenigstens ein Stück vom Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles um ihn in Trümmer gefallen war, als Deutschland für alle Zukunft in Chaos versunken schien, nicht zögerte, gegen die gewaltige Schlachtreihe der siegreichen Nationen zu ziehen."[21)]

Daß bei einem solchen Umbruch auch Opfer und Mißhelligkeiten zu beklagen sind, menschliche Emotionen fehlschlugen, Großmut und Bedachtsamkeit zur rechten Stunde am geforderten Ort fehlten, ist in der Welt, in der wir leben, leider überall und zu allen Zeiten einer politischen Neuentwicklung der Fall.

Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop hat nach wie vor mit seiner Aussage recht:

"Ich glaube nicht falsch vorauszusehen, wenn ich sage, daß eine spätere objektive Geschichtsschreibung den nationalsozialistischen Machtkampf geradezu als das Musterbeispiel für eine Revolution ansehen wird, wie sie nur eine Nation von höchstem Kulturniveau überhaupt durchführen kann."[22)]

Theodor Heuß, Gegner des Nationalsozialismus und

17) Konrad Kwiet / Helmut Eschwege, "Selbstbehauptung und Widerstand -- Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde", Hamburg 1984, S. 93.

18) Vgl. *HT* Nr. 34, S. 31 + Nr. 10, S. 27 ff + 31 ff "Volksgenosse kann nicht jeder sein".

19) Der Wortlaut jener Kriegserklärung aus *Daily Express*, London, ist abgedruckt in *HT* Nr. 39 S. 40 im Originaltext und in Nr. 54 S. 40 in deutscher Übersetzung.

20) Reichsgesetzblatt 1933, 7. Februar 1933, Nr. 10, S. 45.

21) E. Hughes, "Winston Churchill -- his career in War and Peace", Glasgow 1950, S. 144 + L.P. Lochner, "Die Mächtigen und der Tyrann", Darmstadt 1955, S. 214 + H. Laternser, "Verteidigung deutscher Soldaten -- Plädoyers vor Alliierten Gerichten", Bonn 1950, S. 36 + Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 51.

späterer Präsident der Bundesrepublik Deutschland, erklärte sogar:

"Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Leistung, liegt darin, daß sie Klassen- und Standesscheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte, stärker als die meisten anderen Parteien." [23]

Was das deutsche Volk jedoch nicht voraussehen konnte, war, daß die jüdischen Organisationen die nach den Spielregeln der Demokratie erfolgte Machtübernahme Adolf Hitlers sofort mit immer stärker werdendem Wirtschaftsboykott, international koordinierter Greuelpropaganda und sogar einer Kriegserklärung schon am 24.3.1933 zu einer Zeit beantworteten, als -- dies kann nicht oft genug unterstrichen werden -- **es noch keinerlei Maßnahmen gegen "die Juden" in Deutschland gegeben hatte, diese auch nicht geplant waren!** (Vgl. Beweisführung S. 15 ff + 39).

Am 10. März 1933 forderte der Reichskanzler in einem Appell an Partei, SA und SS, Ausschreitungen zu unterlassen und Disziplin zu wahren. Einzelne bekanntgewordene Übergriffe, teils verübt von kommunistischen Provokateuren in ns-Uniformen, ließ er unnachsichtig ahnden. Einzelanweisungen an die untergeordneten Parteigliederungen folgten.

Gerade an dem Tag, als Adolf Hitler vom Reichstag das Ermächtigungsgesetz zugebilligt bekommen hat, um die Notlage des Volkes zu meistern, die andere vor ihm trotz gleichartiger Vollmachten (in den letzten Jahren der Weimarer Republik wurde fast durchgängig mit Hilfe des Notstandsparagraphen 48 der Weimarer Verfassung regiert!) nicht zu beheben in der Lage waren, haben jene privaten Organisationen in London und den USA Deutschland den Krieg erklärt. Der demokratische Wille in Deutschland wurde von ihnen nicht nur rigoros mißachtet -- ähnlich wie beim Frieden 1919 in Versailles --, sondern konsequent bekämpft! Erstaunliche "Demokraten", die sich angeblich stets um das Votum der Völker aufzehren!

Der Wortlaut dieser Kriegserklärung[19] beweist, daß sie

1.) **gegen Deutschland** gerichtet war -- nicht gegen Hitler und die NSDAP --, um die Souveränität Deutschlands zunichte zu machen, wie das ja schon in Versailles 1919 gewollt war und Samuel Untermayer als einer der maßgebenden "heiligen Krieger" in den USA wiederholt offen ausgesprochen hat.[24] In Versailles und als Folge jenes "Friedens" jedoch hatte man gehofft, dieses Ziel mit anderen Mitteln bereits dauerhaft durchgesetzt zu haben.

2.) nicht eine einzige Maßnahme Hitlers -- nicht einmal das Programm der NSDAP oder das Buch "Mein Kampf" -- konkret als Kriegsgrund aufführte, sondern nicht spezifizierte, nicht bewiesene, pauschale "*Berichte über die Peinigung der deutschen Juden*", gegen deren Authentizität sich die Vertreter der jüdischen Organisationen in Deutschland einhellig öffentlich verwahrt haben,

3.) *"die Gesamtheit Israels rund um die Welt"* -- *"14 Millionen Juden, verstreut um die ganze Welt"*, offensichtlich einschließlich der deutschen Juden -- als fortan Kriegführende benannte,

4.) *"das Erscheinen des Hakenkreuzes als Symbol eines neuen Deutschland den Löwen von Judah, das alte Kampfsymbol des jüdischen Trotzes erweckte"*.

Allein das Hakenkreuz als Symbol eines neuen, souveränen, gleichberechtigten Deutschland "erweckte" den Kampfwillen jener Streitsüchtigen in London und den USA zur kompromißlosen Vernichtungsstrategie gegen das große Volk im Herzen Europas!

Es stellt eine unfaßliche Einmischung in die Belange eines souveränen Staates dar, daß ausgerechnet eine solche Entscheidung des höchsten Volksvertretergremiums -- des Reichstages -- von "privaten", international verzweigten Gremien, die selber überhaupt keinen Staat repräsentierten und keinerlei Rechte hatten, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen, zum Anlaß für eine Kriegserklärung genommen wurde! Ebenso unfaßlich ist, daß Großbritannien und die USA sich dieses Treiben in ihrem Hoheitsgebiet haben bieten lassen! In einer deutschen Demokratie wären die Verantwortlichen für eine solche Kriegserklärung bereits im Vorfeld wegen Volksverhetzung im Gefängnis gelandet!

Das unwahrscheinliche Engagement jener Deutschlands Souveränität mißachtenden Kampfstrategen seit 1918/19 in London und New York bezeugt, daß sie auf geheimnisvolle Weise intensiv mit den Strukturen der Weimarer Republik -- sprich dem Staat Deutschland -- interessengebunden verflochten waren, wie man dies allenfalls in persönlichen Besitzverhältnissen zu sein pflegt. Die diesbezüglichen Vorhaltungen der NSDAP bestanden auch schon zu jener Zeit offensichtlich zu Recht.

In jedem Fall war die jüdische Kriegserklärung vom 24. März 1933 keine bloß platonische Deklaration, sondern eine sehr ernst zu nehmende, grenzübergreifende und konsequent mit den jüdischen Organisationen in den USA koordinierte Kampfstrategie mit realpolitischem Hintergrund! Und wenn Samuel Untermeyer als "heiliger Krieger" bei seinen internationalen Boykottkonferenzen immer wieder weltweites Presse- und Rundfunkecho erhielt, so war er zwar nicht der einzige, der mit verlogenen Schlagworten den "Kampf" anfeuerte, doch artikulierte er unmißverständlich das Ziel, auf das es ankam. So z.B. auch am 6. 8.1933 nach Rückkehr aus Europa in einer vom Rundfunk (WABC-station) übertragenen Begrüßungskundgebung im Hafen von New York:

"... Ich weiß Eure begeisterte Begrüßung anläßlich meiner heutigen Rückkehr sehr zu schätzen, die ich als Bekundung nicht mir persönlich gegenüber verstehe, sondern zum heiligen Krieg für die Humanität, in den wir verstrickt sind (in which we are embarked), -- Juden und Nichtjuden gleicherweise. Denn es berührt uns alle gleichermaßen, daß das Werk von Jahrhunderten nicht zunichte gemacht und es der Zivilisation nicht gestattet wird, zu sterben.

Es ist ein Krieg, der unwiderruflich geführt werden muß, bis die schwarzen Wolken der Intoleranz, des Rassenhasses und des Fanatismus, die über das niedergegangen sind, was einst Deutschland war, aber was jetzt mittelalter-

22) Gerd Rühle, "Das Dritte Reich", Berlin, Bd. 1935, S. 327. -- v. Ribbentrop in einem Brief an Lord Allen of Hurtwood.

23) Theodor Heuß, "Hitlers Weg", Berlin - Leipzig - Stuttgart 1932, S. 123.

24) Vgl *HT* Nr. 54 , S. 12 - 15.

liches Hitlerland ist, hinweggefegt sein werden (have been dispersed). ...

Deutschland ist von einer Kulturnation in eine wahre Hölle grausamer und wilder Bestien verwandelt worden. ..." [25)]

Die Kriegserklärung im Namen des Weltjudentums hat nicht nur die bereits vorher angelaufene weltweite Boykottbewegung und Pressepolitik gegen Deutschland -- gegen **Deutschland**, wohlgemerkt, nicht die NSDAP! -- für einen *"heiligen Krieg"* intensiviert, sondern wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer Ernsthaftigkeit als "Krieg" und Kompromißlosigkeit vielfach bestätigt.

Hier nur 4 solcher Belege:

☛ **(1) Chaim Weizmann**, Präsident der Jewish Agency und Zionistischen Weltorganisation, führte nach dem Zweiten Weltkrieg in seinem Erinnerungswerk "Trial and Error" aus:

> ***"Im Kampf gegen die Nazi-Monster konnte niemand ein stärkeres Interesse haben, konnte niemand fanatischer bestrebt sein, seinen Teil für die gemeinsame Sache beizutragen, als die Juden. ...***
>
> ***Es war unsere Hoffnung, daß, sobald die schändliche Beschwichtigungspolitik gegenüber den Nazis und den Araberführern überwunden werden konnte, eine Erleichterung bei den Anti-Einwanderungsbestimmungen für Palästina eintreten würde."*** [26)]

In dieser Bekundung Weizmanns schimmert das Motiv mit, daß die hier zum Ausdruck gebrachte Haltung sehr stark von dem Bemühen geprägt war, ohne Rücksicht auf die Deutschen oder die Juden in Deutschland Großbritannien über einen Konflikt mit Deutschland bewegen zu können, Palästina für die Juden freizugeben, was bis 1939 nicht gelungen war. Beschwichtigung, d.h. **Befriedung mit Hitler war seinen Worten zufolge** *"schändlich"* (*"ignominious"*). Da Hitler diese Haltung seit langem bekannt war, brauchte sich Weizmann über entsprechende Reaktionen aus Deutschland nicht zu wundern. Angesichts dieser von Anbeginn vorherrschenden Einstellung steht es Chaim Weizmann und seinen Anhängern nicht zu, Schuldverdikte gegen Deutschland zu schleudern. Zumal er die Ablehnung einer *"schändlichen Befriedungspolitik"* nicht als Defensivhaltung verstand, sondern als Konsequenz einer aktiven Kriegspolitik. Hatte er sich doch nicht nur hinter die jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933 mit der ständig ausgeweiteten internationalen Boykottpolitik gegen deutsche Waren und Dienstleistungen gestellt, die bekanntlich auch eine verweigerte Rohstoffversorgung Deutschlands und ein Abschneiden von den internationalen Märkten einschloß.

Vor Kriegsausbruch -- Hitler war noch keineswegs in Polen einmarschiert, Polen hatte Verhandlungen abgelehnt (nicht Hitler!), Großbritannien und Frankreich hatten soeben Osteuropa an die Bolschewisten verraten und verkauft! --, am 24. August 1939, richtete Präsident Chaim Weizmann gegen Ende des 21. Zionistenkongresses in Genf, nachdem *"in einer Geheimsitzung der Jewish Agency Kriegsrat gehalten"* worden war, nicht etwa eine Mahnung und Initiative zum Frieden an die Welt. Nein: **er beschwor, sich an die westlichen Länder wendend, den Krieg** und brachte gleichzeitig zum Ausdruck, wessen Krieg das sei, indem er ausrief:

> ***"Ihre Angst ist unsere Angst, ihr Krieg ist unser Krieg!"*** [27)]

Während das also *"unser Krieg"* ist, zählte die Sowjetmacht zu seinen Verbündeten, die zu jener Zeit bereits 30 - 40 Millionen politische Mordopfer verscharrt und Konzentrationslager en masse schon seit 1918 zum integralen Herrschaftsinstrumentarium mit "internationaler Anerkennung" gemacht hat und zur Durchzwingung des kommunistischen Massenterrors mit beabsichtigter Ausmordung der europäischen Intelligenz entschlossen war.

Wie sollte man eine solche Politik in Deutschland auffassen? Etwa so, als seien die Leute um Stefen Wise in USA und Chaim Weizmann in London, Willi Münzenberg, Jabotinsky und Lechache in Paris, Litwinow, Ilja Ehrenburg und Genossen in Moskau mit ihren weltweiten Organisationen völlig unbeteiligt und nicht mitverantwortlich für die Kriegsentwicklung?

☛ **(2)** Die jüdische Historikerin Nana Sagi verwies nach Studium der jüdisch-amerikanischen und israelischen Verhältnisse auf die Tatsache, daß die jüdische Verbandsorganisation, die in den USA die ersten Unterlagen für die jüdischen Reparationsforderungen gegen Deutschland ausgearbeitet hat, den Regierungen der Alliierten am 27. Oktober 1944 eine Resolution vorlegte, in der eingangs vermerkt war:

> ***"Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, daß die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören."*** [28)]

Diese Aussage hat um so mehr Gewicht, als nicht nur dieses Buch im Zusammenwirken mit dem Institut für Jüdische Zeitgeschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem geschrieben und moralisch wie materiell von Mitgliedern der Claims Conference unterstützt wurde, sondern diese Aussage sich in den offiziellen Kriegsentscheidungen der Alliierten niedergeschlagen hat.

☛ (3) Maurice Perlzweig, Führer der britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, erklärte am 26.2.1940 laut ***Toronto Evening Telegram*** in einer Rede in Kanada:

> ***"Der Jüdische Weltkongreß befindet sich seit 7 Jahren ununterbrochen im Kriege mit Deutschland."***

☛ **(4)** Die in London erscheinende Zeitung ***Jewish Chronicle*** hat die Kriegserklärung an Deutschland schon für den 30.1.1933 bekannt, als sie am 8. Mai 1940 schrieb:

> ***"Wir sind mit Hitler im Krieg vom ersten Tag seiner Machtergreifung an."***

25) *The New York Times*, 7. August 1933: "Text of Untermyer's Address".
26) Chaim Weizmann, "Trial and Error -- The Autobiography of Chaim Weizmann", New York 1966, S. 417.
27) Ferdinand Kroh, "David kämpft — Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler", Reinbek 1988, Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 32.
28) Nana Sagi, "Wiedergutmachung für Israel -- Die deutschen Zahlungen und Leistungen", Stuttgart 1981, S. 27.

Selbst bis zum 24. März 1933 hatte Reichskanzler Adolf Hitler die Rechte der Juden nicht beeinträchtigt. Auch hat sich bis dahin keine einzige jüdische Gruppierung in Deutschland bei irgendwelchen internationalen jüdischen Gremien über Hitler, die NSDAP oder die Reichsregierung beschwert, geschweige denn die Leute in London dazu angeregt, Deutschland den Krieg zu erklären! Im Gegenteil war festzustellen, daß selbst jene jüdischen Kreise in Deutschland, die während der Weimarer Zeit die NSDAP direkt oder verdeckt nachhaltig bekämpft hatten wie der »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« oder der »Verband nationaldeutscher Juden« und andere, auf den Machtwechsel in Deutschland im Januar 1933 außerordentlich einsichtsvoll reagiert und ihren Frieden mit der NSDAP gesucht haben.

Adolf Hitler hatte gerade Zeit und Kraft, die aufgeflammte Gefahr eines kommunistischen Aufstandes (Reichstagsbrand als vermutetes Signal hierfür) niederzukämpfen und die bürgerkriegs-ähnlichen Zustände erstaunlich rasch und -- entgegen der Praxis aller bisherigen Revolutionen -- ohne Blutbad zu beenden.

Zur sachgerechten Bewertung sollte man das Schreiben des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten e.V. vom 24. März 1933, sowie die damit angesprochenen Zusammenhänge zur Kenntnis nehmen:

"Berlin, den 24. März 1933

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin

Wir erhielten Kenntnis von der Propaganda, die in Ihrem Lande über die angeblichen Greueltaten gegen die Juden in Deutschland gemacht wird. Wir halten es für unsere Pflicht, nicht nur im vaterländischen Interesse, sondern auch im Interesse der Wahrheit, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Es sind Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen, die zu beschönigen gerade uns bestimmt fernliegt. Aber derartige Exzesse sind bei keiner Umwälzung vermeidbar.

Wir legen Wert auf die Feststellung, daß die Behörden in allen uns bekanntgewordenen Fällen energisch gegen Ausschreitungen vorgegangen sind, wo immer die Möglichkeit des Eingreifens vorlag. Die Ausschreitungen wurden in allen Fällen von unverantwortlichen Elementen vorgenommen, die sich im Verborgenen hielten. Wir wissen, daß die Begierung und alle führenden Stellen die vorgefallenen Gewalthandlungen auf das Schärfste mißbilligen.

Es ist aber auch unseres Ermessens an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken, die von sog. jüdischen Intellektuellen im Ausland gegen Deutschland unternommen wird. Diese Männer, die sich zum überwiegenden Teil nie als Deutsche bekannten, ihre Glaubensgenossen im eigenen Lande, für die sie Vorkämpfer zu sein vorgaben, im kritischsten Augenblick im Stich ließen, und ins Ausland flüchteten, haben das Recht verwirkt, in deutsch-jüdischen Angelegenheiten mitzusprechen. Ihre aus sicherem Versteck abgeschossenen Pfeile schaden wohl Deutschland und den deutschen Juden, aber sie dienen den Schützen selbst gewiß nicht zur Ehre. Ihre Berichte strotzen von Übertreibungen.

Wir wären der Botschaft der Vereinigten Staaten sehr dankbar, wenn sie dieses unser Schreiben, das wir in vollem Verantwortungsgefühl für das, was wir damit ansprechen, der Botschaft überreichen, unverzüglich nach Amerika kabeln würde. Der unterzeichnete Bund ist bereit, die entsprechenden Kosten zu übernehmen. Da wir wissen, daß am Montag eine groß aufgezogene Propaganda gegen Deutschland unter dem oben gestreiften Thema stattfinden soll, würden wir es begrüßen, wenn unser Schreiben schon möglichst Montag in der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt wäre.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten e. V." [29]

Das State Department in Washington hat zu dieser Zeit mehrfach die Vertreter der amerikanisch-jüdischen Organisationen -- vergebens -- aufgefordert, sich in öffentlichen Stellungnahmen gegenüber Deutschland zurückzuhalten.[30] Es hielt das Vorgehen dieser Leute offensichtlich auch nicht für angebracht.

Zwei Tage später sandte die Zionistische Vereinigung in Deutschland ein Telegramm und folgende Erklärung an mehrere amerikanisch-jüdische Repräsentanten:

"Wir protestieren kategorisch gegen die Abhaltung Montag-Meeting und sonstige Demonstrationen -- stopp -- Verlangen unbedingt energische Bemühungen zur Einwirkung auf Unterlassung deutschfeindlicher Kundgebungen.

Blumenfeld, Berlin, Zionistische Vereinigung

Brodnitz, Berlin, Central-Verein" Berlin 25.3.1933

"Erklärung der Zionistischen Vereinigung in Deutschland

Zu dem Mißbrauch, der im Ausland mit Nachrichten über die Lage der deutschen Juden zwecks deutschfeindlicher Propaganda betrieben wird, erklärt die Zionistische Vereinigung für Deutschland:

Wir haben uns bereits am 17. März in einer durch die Jüdische Telegraphen-Union an die gesamte jüdische Presse der Welt wiedergegebenen Erklärung gegen jede deutschfeindliche Propaganda mit großer Entschiedenheit gewandt. Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlose Sensationsnachrichten Einspruch erhoben und wiederholen heute unseren Protest in aller Öffentlichkeit. Wir protestieren gegen jeden Versuch, die jüdische Sache der Interessenpolitik anderer Staaten oder Gruppen dienstbar zu machen. Die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden und die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Position kann und darf nicht verknüpft werden mit politischen Aktionen, die sich gegen Deutschland und die außenpolitische Geltung des Deutschen Reiches richten.

Berlin, den 26. März 1933" [29]

Die überraschende Lageveränderung der internationalen Szene hatte Hitler nicht verschuldet. Sie wurde ihm präsentiert von Leuten mit weitreichenden, langfristig

29) Prof. Dr. Klaus J. Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", Köln - Berlin - Bonn - München 1969, Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften, Heft 4, S. 68, Dokument E 611930 + S. 64, Dokument E 611924. -- Vgl. weitere Erklärungen jüdischer Organisationen vom 27.3. - 1.4.1933 in ***HT*** Nr. 10, S. 19 - 20 + Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Berlin - Frankfurt - Zürich 1966, S. 47 + 48 Fußnoten.

30) ***Jüdische Rundschau***, Organ der Zionistischen Vereinigung Deutschlands, am 4.4.1933.

eingespielten Machtapparaturen der Weltimperialmächte, die bekanntlich immer noch die Siegermächte waren. Ihre Zielrichtungen waren dieselben geblieben: Deutschland im Griff der Versailler Fesseln zu halten und an der Wiedergewinnung seiner Souveränität zu hindern. Die maßgebenden Initiatoren dieser Politik bedienten sich zwar der seit dem Versailler Frieden im Völkerbund konzentrierten internationalen Gremien, doch agierten sie darüber hinaus von ihren in den USA ausgebauten privaten Wirtschaftsimperien heraus und drängten zunehmend ihren eigenen Aussagen zufolge auf weltumspannendes egoistisches Machtstreben. Die Schaffung des Staates Israel war zwar elementares, jedoch nicht einziges Motiv dieser, sich sogar über Regierungen hinwegsetzenden oder sie in ihre Absichten einspannenden Kräfte. **Nahum Goldmann** gestand:

"Als Präsident der größten jüdischen Organisationen verfügte ich über riesige Budgets, über Hunderte von Millionen Dollar und leitete Tausende von Angestellten. Dies alles, ich betone es erneut, im Rahmen des internationalen Judentums und nicht in dem eines Staates." [31)]

Die siegreichen Imperialmächte gedachten und verstanden mit ihren eingespielten Herrschaftsapparaturen von wenigen Metropolen aus (Washington/New York, London, Paris, Moskau) die Geschicke der Welt zu lenken. Wenn auch die Bolschewisten -- gewiß in ihren Methoden und ideologischen Grundsätzen von vielen unerwünscht -- sich als eigenwillige Mitgestalter in die vordersten Ränge der weltpolitischen Strategen hineingedrängt hatten, so war doch eines unbestreitbar:

a) Sie waren alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler auf der Bühne der Initiatoren!

b) Sie hatten alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler ideologisch-dialektisch-egoistische Ambitionen und nicht etwa humanitäre Grundsätze, die auch kleine bzw. einstmals besiegte Nationen in gleichberechtigte Rechtskategorien eingliedern!

c) Sie arbeiteten alle zeitlich **v o r** Adolf Hitler an der dauerhaften Ausschaltung eines deutschen Machtfaktors in Europa, wie immer er aussehen mochte!

Hinzu kamen die Nutznießer von Versailles, die sich die Schwäche und Isolierung Deutschlands auch weiterhin zunutze machen wollten, wie beispielsweise Polen, das die Machtübernahme Adolf Hitlers als Vorwand für einen militärischen Einmarsch in Deutschland zwecks weiteren Land- und Besitzraubes zu nehmen gedachte und nur auf Grund der französischen Ablehnung einer Mittäterschaft davon Abstand nahm.[32)]

Die Juden in Deutschland hatten sich zwar während der Weimarer Zeit -- teilweise freilich auch schon "zu Kaisers Zeiten" -- beträchtliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Führungspositionen erobert, doch gehörten sie allesamt dem besiegten und wehrlosen deutschen Staatskörper an, den man von den wirtschaftlichen und publizistischen US-Machtbasen aus bereits seit Jahrzehnten von oben herab bis in seine inneren Geschehensabläufe zu kommandieren sich angewöhnt hatte.

31) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/M 1978, S. 150.
32) Fritz Berber, "Europäische Politik 1933 - 1938 im Spiegel der Prager Akten", Essen 1941, S. 24 + 73. + Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945" (Hrsg.) Bd. I, Vlotho 1966, S. 37 + ***HT*** Nr. 59, S. 10.

In diesem Strategieumfeld galten die Juden in Deutschland nur als kleine, 565.000 Seelen umfassende Sektion, von der bekannt war, daß sie

a) nunmehr -- 1933 mit der Kanzlerschaft Adolf Hitlers -- ihren politischen Einfluß verloren hatte (was man ihr offenbar nicht verzieh) und

b) ihre Mitglieder in Deutschland bleiben, d.h. sich dem zionistischen Palästinaprogramm weitgehend verschließen wollten.

"Vor der Hitler-Zeit entschlossen sich nur sehr wenige deutsche Zionisten zur Auswanderung." [33)]

"Das Gros der deutschen Juden war nicht im geringsten geneigt, die Aufforderung zur Errichtung einer palästinensischen Heimat auf sich zu beziehen. Für die »armen verfolgten Brüder und Schwestern aus dem Osten« konnte man sich eine derartige Gründung durchaus vorstellen, nicht aber für die Deutschjuden." [34)]

Auch die ***CV-Zeitung*** bestätigte dies:

"Das deutsche Judentum in seiner überwältigenden Mehrheit sei entschlossen, nicht aus wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, sondern aus seelischer Verbundenheit in der Heimat zu bleiben und stelle sich »dem geordneten Prinzip des Staates« zur Verfügung. Das deutsche Judentum wolle keine Lösung, die es von Deutschland löst.

Je stärker sich der nationalsozialistische Staat in seinen Entscheidungen verwirklicht, um so unbedenklicher für seinen Ausdruck und seinen Bestand kann dann die Eingliederung eines Bevölkerungsteiles werden, in dem die Herzen der Menschen stets für Deutschland geschlagen haben. ... Für uns ist Deutschland unser geschichtlicher Raum." [9)]

Was lag für die Zionisten in den USA, die selbst ja auch nicht nach Palästina auswandern wollten, sondern andere dafür suchten[35)], und deren Hauptgegner ohnehin die jüdischen Assimilanten waren, näher, als es den Juden in Deutschland möglichst unangenehm zu machen, um sie zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen? Denn intelligent und gebildet sollten sie schon sein, die neuen Siedler im gelobten Land. So blieben alle deutsch-jüdischen Eingaben an ihre Glaubens- und Rassebrüder in New York und London zwecks Mäßigung und Vermeidung eines kompromißlosen Konfrontationskurses gegenüber der neuen deutschen Regierung unberücksichtigt. Man mußte den Eindruck gewinnen, als sei es sogar die Absicht jener transatlantischen Strategen, die neue, demokratisch vollzogene Willensbildung in Deutschland mit kompromißloser Vernichtungsstrategie zu beantworten, -- ohne Rücksicht auf die Rückwirkungen gegenüber den Juden in Deutschland.

Daß ihnen das Schicksal der deutschen Juden gleichgültig war, erwies sich auch daran, daß sie kaum etwas Wirksames taten, um die Auswanderung der deutschen Juden mit Förderung der Aufnahmebereitschaft zu unter-

33) Richard Lichtheim, "Die Geschichte des deutschen Zionismus", aaO. S. 235.
34) Prof. Dr. Klaus Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934" aaO. S. 7.
35) Kurt Blumenfeld, "Im Kampf um den Zionismus", Stuttgart 1976, S. 202. *"Ich weiß sehr gut, daß die 5,5 Millionen Juden Amerikas keine Lust haben, nach Palästina zu kommen. ... Was ist ein Zionist? Ein Jude, der will, daß ein anderer Jude auf Kosten der jüdischen Gemeinschaft nach Palästina geht."*

Weltorganisation, Chaim Weizmann, für ein Referat auf einem bevorstehenden Kongreß zu bedenken:

"Das Pendel ist einmal im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts zu sehr zu Gunsten der Juden ausgeschlagen. Die Juden haben geglaubt, daß die Emanzipation ihnen die Möglichkeit und das Recht gibt, ohne jede Rücksicht auf die eigene jüdische Entwicklung die Geschichte der anderen zu beeinflussen und nichtjüdische Welten zu repräsentieren. ...

In Deutschland war die Einwirkung der Juden auf die Entwicklung des deutschen Lebens am stärksten fühlbar; sie -- die Juden -- waren überall sichtbar, wurden charakteristische Vertreter deutscher Kunst, deutscher Dichtung, deutscher Wissenschaft, und das, was ihnen im letzten Jahr durch eine sie ablehnende feindselige deutsche Welt geschah, war geistig und in gewissem Sinne auch politisch schon im Jahre 1880 in der von Stöcker geführten Berliner antisemitischen Bewegung präformiert. ...

Das deutsche Beispiel zeigt, daß der Zionismus mit Recht mit der Prätention aufgetreten ist, daß ihm die Führung der gesamten Judenheit gebührt. ...

Ich hielt es aber für meine Pflicht, Sie dringend darum zu bitten, eine antideutsche politische Rede zu vermeiden. Wir deutschen Juden und insbesondere auch die deutschen Zionisten sind Geiseln in der Hand der nationalsozialistischen Regierung, und wenn man ernsthaft an ihrem Schicksal interessiert ist, dann darf man dieser Regierung keine neuen Waffen in die Hand geben. Ich bin auch ein absoluter Gegner des Boykotts, der in erster Linie die deutschen Juden trifft und der eine volle Rechtfertigung für alle Maßnahmen der Hitler-Regierung darstellt. Boykott kann im Krieg eine gute Waffe sein. Dann muß man aber auch Herr dieser Waffe sein und muß sich überlegen können, unter welchen Bedingungen man Frieden schließen will. Ein endloser und zielloser Boykott ist ganz gewiß eine politische Kurzsichtigkeit. Die Juden der meisten Länder denken übrigens, wie ich festgestellt habe, gar nicht an das Schicksal der deutschen Juden, das ihnen gleichgültig ist, sondern sie wollen sich ihren Regierungen empfehlen und betrachten den Boykott als ein Zeichen ihres patriotischen Verhaltens gegenüber ihren Regierungen. So liegt es wenigstens in Polen, so auch in der Tschechoslowakei. Alle Verhandlungen über Transfer-Möglichkeiten haben nur dann einen



Umschulung, Lehrwerkstätten in Koordination mit der Jüdischen Gemeinde in Berlin 1935 - 1938.
-- Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen" aaO. S. 420 - 421.

stützen, wobei auch die USA sich einer Immigration der deutschen Juden weitgehend verschlossen.

"Kein europäischer oder überseeischer Staat aber zeigte eine Neigung, Angehörige der für ihn unbrauchbaren Berufe (Handel, Banken, Gewerbe, Unternehmer, Akademiker), in denen die Masse der deutschen Juden tätig war, aufzunehmen, sofern sie nicht eigenes Vermögen oder vermögende Verwandte nachweisen konnten. Auch die Versuche des Völkerbundes, diese Einstellung zu ändern, blieben vergeblich." [36]

Auch ***"kehrten Tausende der 1933 geflüchteten Juden im Laufe des Jahres 1934 nach Deutschland zurück, da sie ... nirgends eine Existenzbasis finden konnten."*** [36]

Am 12. Juli 1933 protestierte die Reichsvertretung der Juden in Deutschland erneut in einem Telegramm an Lord Melchett, den Vorsitzenden des britischen Ausschusses für den Boykott deutscher Waren, anläßlich einer nach London einberufenen Boykottkonferenz:

"Wir wenden uns mit Nachdruck gegen neuerliche Boykottmaßnahmen, die Presseberichten zufolge auf dem bevorstehenden Kongreß beschlossen werden sollen. Wir verlangen, daß alle Vorschläge und Entschließungen, die eine Schädigung Deutschlands zur Folge haben, fallen gelassen werden, sofern der Kongreß nicht rückgängig gemacht werden kann." [37]

Kurt Blumenfeld, *"die bewegende geistige und auch organisatorische Kraft des deutschen Zionismus"*, gab in einem Brief am 14. August 1933 seinem verehrten Freund und Präsidenten der Jewish Agency und Zionistischen

36) Hans Buchheim, "Die Auswanderung der Juden aus Deutschland zwischen 1930 und 1939", -- in: "Gutachten", München 1956/1957, Hrsg Prof. Dr. Martin Broszat, Institut für Zeitgeschichte, München, S. 82 - 83.

37) Bundesarchiv Koblenz R/43 II: 600, - 288. -- Vgl. auch Francis R. Nicosia, "Hitler und der Zionismus", Leoni 1989, S. 81.

Sinn, wenn die grundsätzliche Boykotthaltung aufgegeben wird. ..." 38)

Wenn in historischen Untersuchungen über die Judenpolitik des Dritten Reiches ohne Beweisführung unterstellt wird, die später abgelaufene Entwicklung sei bereits 1933 oder womöglich noch früher "geplant" gewesen, so sind solche Aussagen reine Polemik. Eine dogmatisch verfügte Gleichsetzung von NSDAP mit Verbrecherorganisation, ns-Gedankengut mit Verbrecherideologie, Drittes Reich mit Verbrecherstaat und als Konsequenz dessen, daß die NSDAP mit demokratischem Mehrheitswillen an die Macht getragen worden ist, das deutsche Volk mit Verbrechervolk, ist nicht sachlich-wissenschaftlich begründet, sondern Ausfluß interessenbezogener Wertung bzw. Agitation zur Bekämpfung und Vernichtung dieses politischen Gegners zwecks Durchsetzung eigener egoistischer Ambitionen.

Diese Terminologie konnte sich doch auch nur dadurch bis heute durchsetzen, daß man systematisch die zur gleichen Zeit gegen das Reich gerichtete Kriegführung und daher die Anlässe, die zu verschärfenden Reaktionen gegen die Juden in Deutschland führten, weltweit verschwieg.



Leo Baeck, maßgeblicher Philosoph des liberalen Judentums, Vorsitzender des Deutschen Rabbinerverbandes, Präsidialmitglied der Jewish Agency, seit 1924 Präsident der deutschen B'nai B'rith Loge, Präsident der "Reichsvertretung der deutschen Juden" 1934/35 in einer Berliner Synagoge. -- 1943 wurde Leo Baeck nach Theresienstadt deportiert, überlebte den Krieg und starb am 2.11.1956 in London.

Zweifellos ist richtig, was heute klar zu erkennen ist, daß die in Deutschland verwurzelt gewesenen Juden mit den Machenschaften im Ausland ansässiger Befehlszentralen wenig oder gar nichts zu tun hatten, doch konnte man in der "Kampfzeit", also in der Weimarer Republik, so differenzierte Positionen nicht durchschauen. Pflegen sich Juden doch gezielt über materielle, völkische und geistige Grenzen hinweg intensiv zu unterstützen, auch unter Inkaufnahme von Nachteilen für die Wirtsvölker.

Wie fast alle jüdischen Leiter in Deutschland verwahrte sich Rabbiner Leo Baeck zwar immer wieder gegen die nationalsozialistische Parole, die deutschen Juden seien Staatsfeinde des neuen Regimes, doch angesichts der Erfahrungen aus vielen Zusammenhängen hatte man auch seinem Bekenntnis in Deutschland nicht mehr geglaubt:

"Die nationale deutsche Revolution, die wir durchleben, hat zwei ineinandergehende Richtungen: den Kampf zur Überwindung des Bolschewismus und die der Erneuerung Deutschlands. Wie stellt sich das deutsche Judentum zu diesen beiden? Der Bolschewismus ist, zumal in seiner Gottlosenbewegung, der heftigste und erbittertste Feind des Judentums, die Ausrottung der jüdischen Religion ist in seinem Programm. Die Erneuerung Deutschlands ist ein Ideal und eine Sehnsucht innerhalb der deutschen Juden. Es wäre richtig gewesen, einzelne Übergriffe festzustellen und an zuständiger Stelle zur Sprache zu bringen. Statt dessen haben sich aber falsche Freunde zu schweren, bedauerlichen Fehlern hinreißen lassen. Um als politische Gegner den neuen deutschen Machthabern Schwierigkeiten zu bereiten, haben Linkskreise in der ganzen Welt die Judenschaft Deutschlands bei ihren Angriffen als Schild vor sich gehalten und den Versuch gemacht, durch unverantwortliche, unwahre Meldungen ihren politischen Gegnern, den regierenden Nationalsozialisten, zu schaden." 39)

Der Historiker hat konkrete historische Sachverhalte zu überprüfen und in eine für alle Völker und Parteien gleichrangige Wertbasis einzustufen. In ihr haben Neubesetzungen von Führungsämtern anläßlich einer neuen Wahlentscheidung, aber auch Greuelpropaganda, Wirtschaftsboykott und Kriegserklärung ihren jeweils für alle Völker und Parteien gleichrangigen Stellenwert. Ebenso müssen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf ihre Ursachen bezogen und objektiv gewertet werden. Wie will man sonst, wollte man anders verfahren, sachlich und gerecht urteilen können?

Aus all dem folgt, daß sämtliche Maßnahmen, die während des Dritten Reiches in bezug auf oder gegen deutsche und/oder ausländische Juden durchgeführt worden sind, im Rahmen des internationalen Geschehens und objektiven Völkerrechts eingebettet zu bewerten sind. Die erst unter diesen Voraussetzungen mögliche sachliche Geschichtsschreibung muß kein Parteiergreifen, Billigen oder Mißbilligen des Verfassers von historischen Geschehensabläufen einschließen.

Kennzeichnete *"die Tarnung dieser Aktivitäten aus taktischen Gründen"* nachgewiesenermaßen das Verhalten der jüdischen Organisationen in Deutschland, so sind auch **die internationalen Geheimbünde, Logen, Freimaurer** zu beachten. Sie gehörten lange v o r Adolf Hitler als Etablierte zu den kampferfahrenen Politstrategen, die eng, ja innig verbunden waren mit all den anderen

38) Kurt Blumenfeld, "Im Kampf um den Zionismus", Stuttgart 1976, S. 124 - 127.

39) Prof. Dr. Klaus Herrmann, "Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934", Köln - Berlin - Bonn - München 1969. Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften, Heft 4, S. 14 + 11.

international Anspruchsvollen, die keine Störung ihrer Interessen duldeten.

So mußte es nachhaltige Konsequenzen haben, was zwar erst 1934 in Deutschland bekannt wurde, aber sich bereits seit Frühjahr 1933 in der offiziellen britischen und französischen Politik niederschlug:

"Schon 1933 waren Männer in einflußreichen Regierungsstellen Englands bereit, einen Präventivkrieg zu führen. Davon zeugt ein Bericht über eine am 10. Mai 1933 in Paris abgehaltene Sitzung der Freimaurerloge »La Fraternité du Peuple« unter dem Vorsitz von Gaton Bergerie. Er war Mitglied des Abgeordnetenhauses und der Auswärtigen Kommission. In diesem Bericht heißt es u.a.:

'Sämtliche Mitglieder der »Großen Loge«, die Regierungsstellen in England einnehmen, habenzugesagt, mit feindlichen Erklärungen gegen Deutschland aufzutreten, auf keinen Fall die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage zuzulassen, ja bei dem geringsten Versuch, dieselbe zu erlangen, die Frage der Sanktionsanwendung gegen Deutschland aufzuwerfen, sogar einen Präventivkrieg heraufzubeschwören, wenn die Verhältnisse hierfür günstig liegen. Der Germanismus soll für immer niedergerungen werden, das Reich zerstört, in unzählige kleine Länder zerrissen werden, denn nur in der Zergliederung Deutschlands liegt die Rettung des Freimaurertums.'

Die feindliche Einstellung Englands, die aus den meisten Gesprächen in London hervorging, war in erster Linie auf das in England sehr mächtige Judentum zurückzuführen, das auch einen großen Teil der englischen Presse beherrschte.' [40]

Bei allen historischen Analysen der Nachkriegszeit über diese Thematik bleibt der religiöse Hintergrund für das Handeln der jüdischen Verbände des In- und Auslandes ausgeklammert. Der meist nur vordergründig forschende Historiker verschweigt oder mißachtet religiös motiviertes Handeln bzw. in der jüdischen Religion begründete oder aus ihr hergeleitete Rechtsauffassungen, Aktionsziele und damit über nationale Staatsgrenzen hinausgreifende Verantwortlichkeiten. In der Realpolitik haben jedoch gerade diese in einer 2.000jährigen Religionsbindung wurzelnden Motivationen beachtliche Auswirkung sowohl auf das Handeln der so geistig-religiös ausgerichteten Gruppen, Organisationen, Staaten als auch auf das ihrer Kontrahenten. Letztere wissen zwar um diese Zusammenhänge, sind jedoch kaum in der Lage, sie stets sachgerecht zu beurteilen, da es auch unter Juden die verschiedenartigsten Gruppierungen gibt, von den streng Orthodoxen bis zu den Gottlosen, von den Zionisten bis zu den sich mit anderen Menschen als gleichberechtigt Betrachtenden, von den Assimilationsgewillten bis zu den Rassefanatikern.

Fest steht jedoch, daß bisher noch kein einziger Repräsentant der vielfältigsten jüdischen Sektionen in der Welt sich von dem **Alten Testament** und der daraus entwickelten Thora, dem Talmud oder dem Schulchan Aruch, dem kurzgefaßten Handbuch des praktisch geltenden jüdischen Religionsrechts, mit allen ihren seltsamen, ja geradezu abartigen und nicht mehr in die Neuzeit passenden Auffassungen über die Behandlung von fremden Menschen und Völkern distanziert hat. Dies wiederum hat zur Folge, daß mit Recht Gleichberechtigung fordert, wer diskriminierend behandelt wird von Leuten, die für sich Sonderrechte beanspruchen und diese aus Sprüchen des Alten Testamentes herleiten. Und gerade diesen Willen hat das deutsche Volk 1933 in seinem demokratisch zustandegekommenen Votum zum Ausdruck gebracht.

Abwehrboykott am 1. April 1933 = *"erste Maßnahme"*

Selbst der namhafte antifaschistische "Historiker" Walther Hofer, dessen dringendes Anliegen es war, *"die braune Ära nicht objektiv zu betrachten"*,[41] bestätigt:

> ***"Als erste offizielle Maßnahme des Regimes kann man den eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 ansehen."*** [42]

Und dies war bekanntlich 6 Tage nach der für das Internationale Judentum im *Daily Express* (24. März 1933) veröffentlichten Kriegserklärung an Deutschland. Man beachte: **Kriegserklärung an Deutschland**, nicht an die NSDAP und nicht nur Boykott deutscher Waren! Der deutsche Abwehrboykott (er wurde deutlich so definiert!) eines halben Tages (Sonnabend vormittag) sollte jenen internationalen Streitsüchtigen klarmachen, daß Deutschland sich zur Wehr setzen könne. Welcher Souverän ließe sich eine Kriegserklärung ohne jede Reaktion entgegenschleudern?

"Dem veröffentlichten Bericht über eine Ministerratssitzung vom 29. März zufolge verteidigte er (Adolf Hitler) die Organisierung des Boykotts damit, daß andernfalls eine spontane Bewegung aus dem Volke hervorgegangen wäre und unerwünschte Formen angenommen hätte. Nun aber, da die Aktion organisiert sei, werde es keine persönlichen Belästigungen und Gewaltmaßnahmen geben. Das Judentum müsse erkennen, daß ein Krieg gegen Deutschland es selbst mit voller Schärfe treffen würde." [43]

40) C.V. Krogmann, "Es ging um Deutschlands Zukunft 1932 - 1939", Leoni 1977, S. 139 - 140.

41) Walther Hofer, "Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges", Frankfurt/M 1964, Vorwort, -- vgl.
Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945", Vlotho 1967, Bd. II, S. 309 ff: Analyse der Arbeitsweise von Prof. Walther Hofer an Hand seines Buches "Der Nationalsozialismus -- Dokumente 1933 - 1945„Brevier der Unmenschlichkeit".

42) Herbert Strauß / Norbert Kampe (Hrsg.), "Antisemitismus — Von der Judenfeindschaft zum Holocaust", Frankfurt/M - New York 1985, S. 176, Beitrag von Prof. Walther Hofer.

43) *Jüdische Rundschau*, 31.3.1933. – Vgl. Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Göttingen - Zürich 1966, S. 47.

Der aus Galizien stammende Jeshajahu Leibowitz, der in Berlin studiert, dort einen Lehrauftrag sowie die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hat, erklärte nach dem Zweiten Weltkrieg als Professor der Chemie an der hebräischen Universität in Jerusalem rückblickend auf die Fragen:

"Sie kamen bereits 1934 nach Eretz Israel. Sahen Sie damals schon, was in Deutschland geschehen würde?

'Niemand ahnte das, selbst im Traum nicht.'

Fürchtete man nicht, es werde Pogrome gegen die Juden geben?

'Nein. Es sah überhaupt nicht nach Pogromen aus. Absolut nicht.'

Aber es herrschte doch Furcht, wie ich den Erzählungen meiner Mutter entnehmen konnte.

'Sicherlich, aber viel bedeutender ist, daß die zionistische Organisation der Juden in Deutschland in legaler Form bis 1938, also noch 5 Jahre nach Übertragung der Regierungsgewalt an Hitler, bestehen konnte!

Aber auf allen Massenaufmärschen in Nürnberg und wo auch immer vergriff man sich **nicht** *an den Juden.'*

Grete Leibowitz:

'Das ist nicht richtig. In Heidelberg wohnten wir gegenüber dem Braunen Haus, dem SS-Quartier, und jeden Morgen erwachten wir um 5 durch die Marschmusik und die anti-jüdischen Lieder. Trotzdem griff man keinen Juden an. ...

Aber gleichzeitig zerbrach am Tage des Boykotts 1933 keine einzige Fensterscheibe eines jüdischen Geschäftes. Die Männer der SA und SS warnten die Leute davor, bei Juden zu kaufen, rührten aber kein Geschäft an." [44]

Zu den Pflichten des Reichskanzlers gehörte es freilich, wie dies in jeder Demokratie ebenfalls gehandhabt wird, mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Stimmenmehrheit alle jene Kräfte aus verantwortlichen Stellen des Staates auszuschalten, die die Behebung der Not von Volk und Reich zu vereiteln und das Bürgerkriegschaos in noch weitere Elendsdimensionen zu treiben trachteten, bzw. sich als unfähig erwiesen haben, diese Entwicklung zu verhindern.

Allerorten ist es üblich -- und besonders in den USA! --, daß anläßlich einer neu gewählten Parteienherrschaft die Führungsriegen ausgetauscht werden.

So waren 1933 in erster Linie alle jene Kräfte aus den deutschen Herrschaftsstrukturen ausgeschaltet worden, die im Sinne ausländischer Wirtschafts- und Politstrategen tätig gewesen waren, und auch solche, bei denen auf Grund eigener Bekundungen oder geistig/religiöser oder rassischer Bindungen davon auszugehen war, daß ihre Loyalität vorrangig nicht Deutschland, sondern Fremden galt.

Deutschland wurde dies, was überall in der Welt als normal und demokratisch legitim gilt, als Verbrechen angelastet. Was sind das nur für Verhältnisse, zumal angesichts der zur gleichen Zeit verschwiegenen Massenmorde der Bolschewisten in Millionenhöhe und totalen Enteignung und Entrechtung aller unter bolschewistische Gewalt geratenen Menschen und Völker? Der um Wahrheit und Recht bemühte Historiker muß diese Frage stellen und auf diese Sachverhalte hinweisen.

"Es fehlt jeder Hinweis darauf, daß von seiten der Parteileitung oder gar der Reichsregierung 1933 Pläne zu wirtschaftlichen Umwandlungen, ja auch nur zu einer systematischen Zurückdrängung der Juden in der Wirtschaft bestanden. Das Wirtschaftsministerium wurde für die Boykottaktion gar nicht zu Rate gezogen. Vorbereitungen für eine »Arisierung« -- wenn auch im kleineren Maßstabe als 1938 -- konnten noch nicht getroffen worden sein. Außerdem waren sowohl das außenpolitische Risiko als auch die Lage der Wirtschaft dazu viel zu ernst. Wie bei dem Einfluß der Juden im deutschen Wirtschaftsleben nicht verwunderlich ist, war man auf Jahre hinaus auf deren wirtschaftliche Tätigkeit angewiesen. Dementsprechend wurde in keinem der Aufrufe vom März/April die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden verlangt, sondern immer nur ihre Zurückdrängung in den freien Berufen sowie auf Schulen und Hochschulen. Während in Preußen und Mitteldeutschland die jüdischen Richter, Gerichtsbeamte und viele Anwälte, in Berlin auch die jüdischen Lehrer bereits am 1. April von Amts wegen verdrängt wurden, gibt es keinerlei entsprechende Anordnung einer zentralen Behörde gegen die Juden in der Wirtschaft." [45]

In einer Anordnung vom 17.1.1934 wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und aus gewissen freien Berufen sich nicht auf die private Wirtschaft erstrecke.

"Ein Rundschreiben des Arbeitsministeriums vom November 1934 verfügte, daß jüdische Angestellte dieselben Rechte wie arische genießen sollten. Es wurde sogar eine Sonderstelle eingerichtet, wo Juden Beschwerden gegen diskriminierende Maßnahmen einreichen konnten." [46]

Es handelte sich um die "Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe":

"Gegen viele Übergriffe untergeordneter Staats- und Parteistellen konnte sie erfolgreich Einspruch einlegen, bei den Arbeitsgerichten fristlose und kurzfristige Kündigungen aufheben oder in fristgerechte umwandeln, für Geschäftsleute Kredit- und Auftragskündigungen rückgängig machen, abgerissene Geschäftsverbindungen durch neue -- meist zu anderen jüdischen Firmen -- ersetzen, mit Hilfe jüdischer Banken und Kreditgesellschaften zinslose oder zinsermäßigte Kredite beschaffen. ...

Über den Umfang ihrer Tätigkeit, aber auch der wirtschaftlichen Not unter den Juden, geben folgende Zahlen Auskunft: Die Arbeitsvermittlung der jüdischen Wirtschaftshilfe bearbeitete allein unter den kaufmännischen Berufen 1933: *59.000,* 1934: *85.000,* 1935: *78.000,* 1936: *71.000 Fälle. ...*

Anfang 1937 wurde die gesamte deutsche Arbeitsvermittlung zentralisiert und die jüdische aufgelöst." [47]

---

44) Jeshajahu Leibowitz, "Gespräche über Gott und die Welt", Frankfurt/M 1990, S. 96 -97.

45) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", aaO. S. 55.

46) Rita Thalmann / Emmanuel Feinermann, "Die Kristallnacht", Frankfurt/M 1988, S. 13.

47) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Berlin - Frankfurt - Zürich 1966, S. 94.



Martin Buber in der Singakademie, Berlin 1935



Veranstaltung in der Synagoge Prinzregentenstr., Berlin 1935. In der 2. Reihe von oben -- barhäuptig -- zwei Gestapomänner.

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen" aaO. S. 411 + 410.

Die Nürnberger Gesetze erfüllten auch alte zionistische Forderungen

Interview mit dem Präsidenten der Staatszionistischen Organisation und Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Volkspartei, Georg Kareski,

veröffentlicht im Organ des Reichspropagandaministeriums, Dr. Goebbels, ***Der Angriff***, am 23. Dezember 1935

"**1. Frage**: Es ist Ihnen bekannt, Herr Direktor Kareski, daß unser Führer und Reichskanzler bei der Begründung der Nürnberger Gesetze der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß durch diese einmalige säkulare Lösung vielleicht doch eine Ebene geschaffen werden kann, auf der es dem deutschen Volke möglich wird, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk finden zu können. Sie sind als führende Persönlichkeit der staatszionistischen Bewegung stets für eine scharfe Trennung zwischen deutschem und jüdischem Volkstum auf der Basis gegenseitiger Achtung eingetreten.

Antwort: Das ist richtig. Ich habe seit vielen Jahren eine reinliche Abgrenzung der kulturellen Belange zweier miteinander lebender Völker als Voraussetzung für ein konfliktloses Zusammenleben angesehen und bin für eine solche Abgrenzung, die den Respekt vor dem Bereich eines fremden Volkstums zur Voraussetzung hat, seit langem eingetreten.

Judenschule längst gefordert

2. Frage: Darf ich Sie bitten, mir Ihre Ansichten über die auf Grund der Nürnberger Gesetze geschaffene Situation für das kulturelle Eigenleben der Juden in Deutschland darzulegen?

Antwort: Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, von ihren staatsrechtlichen Bestimmungen abgesehen, ganz in der Richtung auf diese Respektierung des beiderseitigen Eigenlebens zu liegen. Namentlich, wenn die bereits kurz vorher angekündigte Neuordnung des Volksschulwesens mit in Betracht gezogen wird. Die jüdische Schule ist eine alte politische Forderung meiner Freunde, weil sie für die Erziehung des seiner Art und Tradition bewußten jüdischen Menschen ganz einfach unentbehrlich ist.

3. Frage: Bestanden nicht schon bisher in großem Umfang in Deutschland jüdische Schulen?

Antwort: Vor dem 30. Januar 1933 ging nur eine Minderheit jüdischer Schüler in jüdische Schulen. Die Entwicklung der jüdischen Schule litt einmal unter der Abneigung vieler meiner jüdischen Volksgenossen, ihre Kinder aus dem allgemeinen Leben ihrer Umgebung auszusondern, sodann aber auch unter der Kostenfrage. Während der Unterricht an den allgemeinen Volksschulen unentgeltlich war, mußten Gemeinden oder andere Schulpatronate die gesamten Kosten der Schule selbst aufbringen. Nach dem 30. Januar 1933 ist die Zahl der jüdischen Schüler erheblich gewachsen, jedoch gibt es immerhin noch Tausende jüdischer schulpflichtiger Kinder (in Berlin schwanken die Schätzungen zwischen 3.000 und 4.000), welche die allgemeinen Volksschulen besuchen und infolgedessen einer intensiven jüdischen Erziehung entbehren. Der Aufbau dieses umfassenden jüdischen Schulwerks, wenn es wirklich auf eine jüdische Erziehung Wert legt und sich nicht darauf beschränkt, daß jüdische Lehrer jüdische Schüler in allgemeinen Wissensgebieten unterrichten, muß die Grundlage für eine artgemäße Erwachsenenbildung abgeben.

Pflege spezifisch jüdischer Kultur

4. Frage: Und von wem und von welcher Organisation soll diese Erwachsenenbildung durchgeführt werden? Bestehen hier schon irgendwelche Forderungen, Pläne oder organisatorische

Ansätze?

Antwort: Nach dem Umbruch ist die auch früher vorhandene Zahl jüdischer Bildungsmöglichkeiten wesentlich vermehrt worden. Es kann sogar vielleicht von einer gewissen Überzahl solcher Institutionen gesprochen werden, deren Zusammenfassung für die Wirkung nur nützlich sein könnte. Eine solche Zusammenfassung ist jetzt durch die Schaffung des Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde erfolgt. Sie wird, ohne die Vielseitigkeit der Bildungsmöglichkeiten zu beeinträchtigen, eine bessere Rationalisierung ermöglichen und Überschneidungen verhindern können.

5. Frage: Welchen Inhalt wird denn diese spezifisch jüdische Erwachsenenbildung haben?

Antwort: Diese Institutionen müssen den Juden in Deutschland Ersatz schaffen für das, was beispielsweise in den Volkshochschulen ihnen früher zugänglich war; darüber hinaus aber und, wie ich glaube, sogar in erster Linie, den Hörern jüdisches Kulturgut vermitteln. Auch jüdische Theatervorstellungen dürfen nicht einfach eine Nachahmung des üblichen Theaters, wenn auch mit jüdischen Schauspielern und jüdischen Zuschauern, darstellen, sondern sie müssen bei der Auswahl der aufzuführenden Stücke, ohne die Kulturgüter anderer Völker etwa grundsätzlich auszuschließen, solche Werte bevorzugen, die von jüdischen Autoren geschaffen sind oder deren Stoffgebiete jüdischem Empfinden nahestehen.

6. Frage: Stehen Ihnen denn für diese Kulturarbeit im jüdischen Volkstum genügend Kräfte zur Verfügung?

Antwort: Ich glaube, daß unter den gegebenen Umständen sich schöpferische Kräfte in stärkerem Maße als bisher zeigen werden. Für die künstlerische Wiedergabe stehen sicherlich genügend Kräfte zur Verfügung, wenn, wie es jetzt nach der organisatorischen Zusammenfassung aller jüdischen Künstler im Kulturbund der Fall sein wird, ein ausreichender Überblick möglich ist. Ich möchte allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß ich künstlerische Gesichtspunkte nicht losgelöst von jüdisch-völkischen Gesichtspunkten gelten lassen würde. Ich glaube, daß gerade der sein eigenes Volkstum restlos bejahende Deutsche Verständnis dafür haben wird, wenn das jüdische Volk lieber ein Minus an künstlerischer Leistung in Kauf zu nehmen bereit ist, als einen Verlust an Würde und Selbstachtung, wie er entstehen würde, wenn man für kulturelles Schaffen sich solcher Kräfte bedienen würde, die der eigenen jüdischen Art bisher nicht die erforderliche Achtung entgegengebracht haben.

Mischehen auch jüdische Sorge

7. Frage: Es ist Ihnen, Herr Direktor Kareski, als gutem Kenner der nationalsozialistischen Ideengänge bekannt, daß nach deutscher Auffassung die eheliche Gemeinschaft zweier Menschen eine hohe sittliche Aufgabe und auch ein kulturelles Element ersten Ranges bedeutet. Das Verbot von Mischehen hat daher, ganz abgesehen von der rassenpolitischen Bedeutung, auch in kultureller Hinsicht einen wichtigen Aspekt. Was haben Sie hierzu vom jüdisch-völkischen Standpunkt aus zu sagen?

Antwort: Die ungeheure Bedeutung eines gesunden Familienlebens bedarf auf jüdischer Seite keiner Erläuterung. Wenn das jüdische Volk sich zwei Jahrtausende nach dem Verlust seiner staatlichen Selbständigkeit trotz fehlender Siedlungsgemeinschaft und sprachlicher Einheit bis heute erhalten hat, so ist dies auf zwei Faktoren zurückzuführen: Seine Rasse und die starke Stellung der Familie im jüdischen Leben. Die Lockerung dieser beiden Bindungen in den letzten Jahrzehnten war auch auf jüdischer Seite Gegenstand ernster Sorge. Die Unterbrechung des Auflösungsprozesses in weiten jüdischen Kreisen, wie er durch die Mischehe gefördert wurde, ist daher vom jüdischen Standpunkt rückhaltlos zu begrüßen. Für die Schaffung eines jüdischen Staatswesens in Palästina behalten diese beiden Faktoren, Religion und Familie, eine entscheidende Bedeutung.

8. Frage: Die Auffassung der maßgeblichen staatlichen Stellen in Deutschland, daß eine grundsätzliche Diffamierung des jüdischen Volkstums als Ganzes der deutschen Rassengesetzgebung und dem deutschen Volkscharakter fernliegt, ist Ihnen bekannt. Wirkliche kulturelle Leistungen von jüdischer Seite werden, wenn erst das Überwuchern fremden Geistes in Deutschland überall überwunden ist, sicher wieder vorurteilslos gewürdigt werden können, wenn sie auf Interesse stoßen und auf jede Tarnung, die in Deutschland mit Recht als charakterlos empfunden wird, verzichten. Glauben Sie, daß die sich aus der vollzogenen reinlichen Scheidung der beiden Kulturkreise ergebenden Grenzen nun in Zukunft auch von jüdischer Seite aus respektiert werden?

Antwort: Die jüdisch-national empfindenden Kreise haben auch früher schon den mangelnden Respekt vor dem Kulturbereich anderer Völker, auch des deutchen Volkes, bekämpft. Die durch sichtbare Regierungsmaßnahmen eröffnete Möglichkeit eines kulturellen Eigenlebens der Juden in Deutschland wird über diesen Kreis hinaus alle verantwortungsbewußten Juden zur Respektierung der Grenzen völkischen Eigenlebens veranlassen. Der jüdische Conferencier von ehemals, der ernsteste Dinge eigenen und fremden Volkstums in den Schmutz zog, dürfte seine Rolle im jüdischen Leben unserer Tage ausgespielt haben. Es wird auch in jüdischen Kreisen sicherlich nicht mehr als tragbar empfunden werden, daß z.B. getaufte oder ungetaufte jüdische Redakteure ausgerechnet über Wahlen in christlichen Kirchengemeinden geschrieben haben. Dieses für alle Beteiligten unerfreuliche Kapitel dürfte für alle Zeiten nunmehr als abgeschlossen gelten können, um so mehr, als nach meiner Ansicht die natürliche Entwicklung der Dinge in Zukunft zu einem immer stärkeren Hervortreten derjenigen Kräfte und Ideen des jüdischen Volkes führen muß, die fest im jüdischen Volkstum wurzeln."

Selbst die alte jüdisch-orthodoxe Zeitung in Deutschland *Israelit* fand im »Blutschutzgesetz« nicht nur negative Züge:

"Wer sich durch Mischehe vom Glauben und Gesetz seines Volkes abgewandt hat, könne im Sinne der Thora nicht mehr als einer der Unsrigen gelten. Die jüdische Orthodoxie habe von jeher die Mischehe als vollendeten Abfall vom Judentum bekämpft und erst recht jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden. In einem Aufruf des Verbandes orthodoxer Rabbiner Deutschlands hieß es, wer die Sittenreinheit verletze, entweihe den Namen Gottes und gefährde damit das jüdische Volk. Unsittlichkeit, ob mit Juden oder Nichtjuden, sei in unserer Religion stets ein Verbrechen gewesen." [48]

48) Herbert Freeden, "Die jüdische Presse im Dritten Reich", Frankfurt/M, Jüdischer Verlag bei Athenäum 1987, S. 128 - 129.

Von erheblichem Interesse fand der *Israelit* die ausdrückliche Erlaubnis des Zeigens der »jüdischen Farben«, wofür der staatliche Schutz zugesichert wurde.

"Am bedeutendsten erschien dem Blatt die Erklärung, daß »den Juden in Deutschland Möglichkeiten ihres völkischen Eigenlebens auf allen Gebieten eröffnet würden«, wobei es die Hoffnung ausdrückte, daß die spezifisch religiösen Interessen und Institutionen Stärkung und Festigung erfahren würden. ...

So ist es nicht verwunderlich, daß die Zeitung den Erlaß des Reichserziehungsministeriums, der zum 1. April 1936 die Aussonderung der nichtarischen Kinder aus den öffentlichen Volksschulen und ihre gleichzeitige Einschulung in besondere Volksschulen für Juden und Nichtarier anordnete, »vom Standpunkt des orthodaxen Judentums ... aufs wärmste begrüßte«, das aus weltanschaulichen Gründen seit Jahren besondere Schulen gefordert und vielfach unter finanziellen Opfern gegründet und erhalten habe." [48]

Die ***Jüdische Rundschau*** druckte am 17. September 1935 folgenden Kommentar:

"Deutschland kommt den Forderungen des Welt-Zionistenkongresses entgegen, als es erklärte, die jetzt in Deutschland lebenden Juden seien eine nationale Minderheit. Sind die Juden nunmehr als nationale Minderheit anerkannt, ist es wieder möglich, normale Beziehungen zwischen der deutschen Nation und der Judenheit aufzunehmen. Die neuen Gesetze gewährleisten der jüdischen Minderheit ihr eigenes kulturelles und nationales Leben. Künftig wird sie in der Lage sein, ihre eigenen Schulen zu haben, ihre eigenen Theater und ihre eigenen Sportvereine. Kurz gesagt, sie kann sich in allen Bereichen des nationalen Lebens ihre eigene Zukunft gestalten.

Deutschland hat der jüdischen Minderheit die Gelegenheit gegeben, für sich selbst zu leben, und bietet staatlichen Schutz für dieses getrennte Leben der jüdischen Minderheit: Der jüdische Wachstumsprozeß in eine Nation wird hierdurch ermutigt, und so ist ein Beitrag für die Schoffung toleranterer Beziehungen zwischen zwei Nationen geleistet." [49]

Dies -- man muß es unterstreichen -- veröffentlichten jüdische Zeitungen in Deutschland bzw. erklärten maßgebende jüdische Vertreter in Deutschland 2 - 3 Jahre **nach** der im *Daily Express* verbreiteten Kriegserklärung an Deutschland (24.3.1933) und 1 - 2 Jahre nach der im New Yorker Madison Square Garden veranstalteten öffentlichen Verurteilung Hitlers "im Namen der Zivilisation" (7.3.1934).[50]

Ein Vergleich der Nürnberger Gesetze 1935 mit den Gesetzen im Staate Israel nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt deutlich, daß Gesetze und Praxis in Israel nicht nur mit den 1935 beschlossenen Grundsätzen der NSDAP für das deutsche Volk gleichziehen, sondern noch weit darüber hinausgehen. Fremdvölkischen gewähren sie keine oder nur außerordentlich eingeschränkte Lebensrechte. Daß Ehen zwischen Juden und Nichtjuden dort verboten sind, gilt als selbstverständlich.

Im übrigen schien die Wirkung der Nürnberger Gesetze *"zunächst äußerlich beruhigend zu sein"*, zumal sie



Transport jüdischer Familien aus Polen nach Danzig zur Auswanderung in die USA, 1939.
-- Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen", aaO. S. 425.

keinerlei die Wirtschaft betreffende Bestimmungen enthielten:

"Nachdem die Ausschreitungswelle bereits Anfang September etwas abgeflaut war, ließ sie nach dem Erlaß der Gesetze weiter nach. Heß erwähnte noch auf dem Reichsparteitag in einer internen Rede vor Gau- und Kreisleitern:

'Wenn der Führer befohlen hat, daß nach den Judengesetzen jede Einzelaktion zu unterbleiben hat, so erwarte ich, daß Sie alles tun, daß der Befehl des Führers befolgt wird.'

Am 29. September erklärte endlich auch Goebbels, die Judenfrage werde vom Staat gelöst, und wer nach Annahme der Nürnberger Gesetze noch auf eigene Faust Exzesse verübe, werde zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Bemerkung war zur Beruhigung der Öffentlichkeit bestimmt und rechtfertigte im übrigen alle Exzesse, die vor dem 15. September stattgefunden hatten. Ähnlich äußerte sich dann auch Streicher am 4. Oktober auf einer Sportpalastkundgebung der DAF in Berlin." [51]

Zu ergänzen wäre, daß die Nürnberger Gesetze zu keinem Anwachsen der Auswanderung geführt haben.[52] Im Gegenteil sind 1934/1935 Tausende jüdischer Emigranten nach Deutschland zurückgekehrt.

In Israel ist gesetzlich die Staatsbürgerschaft von der Zugehörigkeit zur jüdischen Religion abhängig.[53] Ausgerechnet diese Leute haben jahrzehntelang Krieg gegen Deutschland "der Humanität und Zivilisation wegen" geführt, weil man im Dritten Reich Menschen mit fremden Loyalitätsbindungen (hauptsächlich Juden) Beamten- und Staatsstellungen und später die **Reichsbürgerschaft** verweigert, indessen die **Staatsbürgerschaft** völlig unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit zuerkannt hat. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß im Moralgefüge dieser Welt zwischen Deutschen und Juden unterschiedliche Bewertungskriterien verankert sein sollen!

In bundesrepublikanischer Praxis werden Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die sich einer der vom Dienstherrn willkürlich als "rechtsextremistisch" bezeichneten Partei angeschlossen haben, gar nicht erst aufgenommen oder kurzerhand aus dem Dienst entfernt. Hierfür bedarf es keiner "Nürnberger Gesetze". Das geschieht still und leise auf dem Verwaltungsweg, ohne daß die Weltpresse "Humanität, Demokratie oder Zivilisation bedroht" sieht!

49) *Jüdische Rundschau*, 17.9.1935, zitiert nach: Yitzhak Arad / Y. Gutman / A. Margaliot (Hrsg.), "Documents on the Holocaust", Jerusalem: Yad Vashem, 1981, S. 82 - 83.

50) Vgl. *HT* Nr. 39, S. 40, deutscher Text in Nr. 54, S. 40; vgl. *HT* Nr. 54, S. 3 ff.

51) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", aaO. S. 115.

52) Rita Thalmann / Emmanuel Feinermann, "Die Kristallnacht", aaO. S. 13.

53) Norman F. Dacey, "»Democracy« in Israel", Torrance/California o.J. S. 16.

Sport nach 1933

"Daß die Olympischen Spiele für 1936 nach Berlin vergeben wurden, erreichte Staatssekretär Theodor Lewald (1860 - 1947), Deutschlands Vertreter beim IOC, der zusammen mit Carl Diem die Deutsche Hochschule für Leibesübungen gegründet hatte (1920).

Bei Eröffnung der Olympischen Spiele schritt er zusammen mit dem Präsidenten des IOC, Graf Baillet-Latour, und Generalleutnant Schaumburg die Front des Ehrenbataillons ab.





Im Damen-Fechten errangen 1936 drei Frauen jüdischer Herkunft die Medaillen: Gold Ilona Elek-Schacherer (Ungarn), Silber Helene Mayer (rechts, Deutschland), Bronze Ellen Preis (links, Österreich).



Die jüdische Gemeinde zu Berlin besaß im Grunewald (Berlin) einen eigenen Sportplatz:
links: *Die Tribüne für Ehrengäste 1934*
rechts: *Finale im 100 m Lauf 1936."*

Quelle: "Juden in Preußen", Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, aaO. S. 412 + 413.



Auch zum Thema jüdischer Sport während des Dritten Reiches empfiehlt es sich, historische Erinnerungen aus jüdischer Feder heranzuziehen, um hiermit die Objektivität der Darstellung zu gewährleisten und darüber hinaus Aspekte des vielgestaltigen Lebens einer größeren Öffentlichkeit wieder ins Bewußtsein zu rufen, die von der allgemeinen kriegspropagandistischen Desinformations-Literatur jahrzehntelang verschüttet worden sind. Die nachfolgend zitierten Ausführungen sind zwar kein Beweis für die Sachlichkeit der anderweitigen Auslassungen von Arnold Paucker, doch vermitteln sie immerhin zahllose Anregungen und Informationen, mit denen man sich auseinanderzusetzen hat:

"Als man 1934 auf höhere Anordnung den Reichsausschuß jüdischer Sportverbände gründet, ist es eine ungeplante Hauptaufgabe, in die weltanschaulichen Auseinandersetzungen schlichtend einzugreifen und den »Sportfrieden« (zwischen den jüdischen Gruppierungen, -- d. Verf.) wiederherzustellen.

Die Verstärkung der jüdischen Sportverbände führt trotz der widrigen Umstände zu einer erstaunlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit. Der Zuwachs von 20.000 sportlich geübten Mitgliedern macht sich bemerkbar. Die sportlichen Aktivitäten erreichen 1934/1935 ein nie gekanntes Ausmaß, von dem die deutsche Öffentlichkeit allerdings nichts erfährt. ...

Mit zuversichtlichem Elan veranstaltet Makkabi seine Sportfeste und Meisterschaften. Daß sie bei Anhängern und Gemeindemitgliedern große Resonanz finden, zeigt die Anwesenheit von 8.000 Zuschauern bei den Leichtathletik-Meisterschaften in Berlin. Durch die Umrahmung mit Symbolen, Liedern und Reden werden diese Feste zu Demonstrationen jüdischen Selbstbewußtseins. Im Vorfeld der Olympischen Spiele müssen es die Behörden sogar zulassen, daß Wettkämpfe mit Mannschaften aus Wien und Jerusalem ausgetragen werden. Es fehlt auch nicht an leistungsfähigem Nachwuchs: bis 1938 werden Junioren-Meisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises veranstaltet.

Trotz seiner Isolierung bleibt auch der jüdische Schulsport auf der Höhe. ...

Am letzten Schul-Sportfest der Berliner Jüdischen Gemeinde im Jahre 1938 beteiligen sich 6.000 Schüler und Schülerinnen, deren Begeisterung in Foto-Dokumenten zum Ausdruck kommt[54] *...*

23 Vereine betreiben den Boxsport, der entgegen der antisemitischen Karikatur im jüdischen Sport eine Vorzugsstellung einnimmt. 3.000 aktive Tennisspieler betätigen sich in 35 Vereinen. In beiden Sportarten veranstaltet der Schild jährliche Reichsmeisterschaften. Stimulierend wirkt auch die ständige Rivalität der jüdischen Sportverbände. ...

Durch die vermeintliche Chance, sich für die deutsche

54) Wiedergabe auf einer Tafel zum »Existenzkampf des Jüdischen Sports« im Rahmen der Ausstellung 'Der Sport im nationalsozialistischen Deutschland' anläßlich der Woche des Sports während der Ruhrfestspiele Recklinghausen 1983.

Olympiamannschaft zu qualifizieren, erhält der sportliche Ehrgeiz weiteren Auftrieb.

Die Verantwortlichen müssen jedoch einsehen, daß die leistungssportliche Motivation nur symbolische Bedeutung hat. Die Ausdrucksfunktion erschöpft sich mit dem Anwachsen der Emigration, die den jüdischen Leistungssport allmählich aushöhlt. ...

50.000 Menschen haben in den jüdischen Sportvereinen Geborgenheit gefunden , von der Gestapo beobachtet, aber doch geduldet. ...

Unter diesen Vorzeichen gelingt es tatsächlich einigen jüdischen Sportlern, die olympischen Normen zu erreichen. Den Sportbehörden bleibt nichts anderes übrig, als sie zu Prüfungskämpfen zuzulassen. Die jüdische Sportpresse begleitet ihre Erfolge mit optimistischen Kommentaren. Um die zugesicherte Chancengleichheit zu demonstrieren, wird für jüdische Leichtathleten sogar ein olympisches Schulungslager eingerichtet. Im Endstadium der Ausscheidungen werden jedoch Bedingungen geschaffen, an denen das Leistungsvermögen jüdischer Kandidaten scheitern muß: der psychischen Belastung durch feindselige Zuschauermassen sind sie nicht gewachsen. Schließlich steht nur noch eine Sportlerin zur Diskussion: die Hochspringerin Gretel Bergmann, die bei den Prüfungskämpfen eine Jahresbestleistung erreicht und 1936 den deutschen Rekord aufstellt. Dieses Faktum bringt den Deutschen Olympischen Ausschuß und seinen Präsidenten in große Verlegenheit. Man hilft sich durch eine unfaire Manipulation, indem man für den olympischen Hochsprungwettbewerb nicht 3, sondern nur 2 deutsche Teilnehmerinnen meldet.[56]

Siegerin im Hochsprung wird die ungarische Jüdin Ibola Csak. Die Ironie der Geschichte will es, daß im nationalsozialistischen Berlin zahlreiche jüdische Athleten zu Siegerehren gelangen. Ungarn stellt allein 4 jüdische Olympiasieger. Unvergeßlich bleibt das Bild von der Ehrung der Fechterinnen: neben Helene Mayer stehen zwei Jüdinnen auf dem Siegerpodest im Olympiastadion."[57]



Sportfest Jüdische Schulen, Breslau 1938

-- Joseph Walk, "Jüdische Schule im Dritten Reich", Frankfurt/M 1991, S. 106.

Jüdische Schulpolitik des Dritten Reiches

Ein wesentlicher Lebensbereich im innenpolitischen Geschehen des Dritten Reiches ist bisher auf Grund schwieriger Quellensituation so gut wie nicht behandelt worden; er bedarf jedoch einer ausgiebigen Darstellung. Möglich geworden ist dies nunmehr durch die fleißige, umfassende und -- man muß dies zu Ehren des jüdischen Autoren[55] betonen -- emotionsfreie Arbeit von Joseph Walk, "Jüdische Schule im Dritten Reich", Frankfurt/M 1991 (371 S.), Verlag Anton Hain, Meisenheim GmbH. Dem Verfasser ist bekannt, daß Joseph Walk noch ein anderes Buch geschrieben hat, das dem Sonderrecht für Juden im Dritten Reich gewidmet ist, und das sich ebenfalls als Dokumentation versteht. Diese Bücher sind zweifellos wissenschaftlich emst zu nehmen und heben sich mit Abstand von der Vielzahl anderer Werke, die Judenpolitik des Dritten Reiches betreffend, ab.

Zwei wesentliche Einwände bleiben allerdings auch hier, was gewiß von einem Betroffenen in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage nicht anders zu erwarten war:

1.) Joseph Walk hat die "Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich" völlig abgehoben von allen außenpolitischen Zusammenhängen und Entwicklungen, somit auch Veranlassungen, die zu den schulpolitischen und schließlichen Deportationsmaßnahmen 1941/1942 geführt haben.

2.) Mit Auflösung der jüdischen Schulen zum 30.6.1942 im Reichsgebiet durch Geheimerlaß des Reichserziehungsministers Rust hat Joseph Walk die Übersicht mit der Kurzformel "*geplante Endlösung, Vernichtung des*

55) 1914 in Breslau geboren, Besuch jüd. Volksschule, Absolvent jüd. Lehrerseminars, 1933 - 1936 Lehrer und Erzieher in Deutschland, seit 1936 in Israel lebend.

56) Die Richtigkeit dieser Angabe konnte Verf. nicht überprüfen. Er hält sie jedoch für fragwürdig, zumal Arnold Paucker wiederholt darauf verweist, wie intensiv sich insbesondere die USA-Vertreter des Internationalen Olympischen Komitees um die Einhaltung fairer Spielvoraussetzungen gegenüber den deutsch-jüdischen Sportlern gekümmert haben. Außerdem überzeugt das Argument nicht, daß man mittels einer Reduzierung von 3 Kandidaten auf 2 angesichts internationaler Kontrolle die beste ausscheiden könnte. Daher befriedigt auch der Quellenhinweis für diese Behauptung auf Hajo Bernett, "Untersuchungen zur Zeitgeschichte des Sports", Schorndorf 1973 nicht. A. Paucker berichtet auch nachweislich falsch, wenn er im folgenden Abschnitt behauptet, *"Ehrung der Fechterinnen: neben Helene Mayer stehen zwei Jüdinnen auf dem Siegerpodest im Olympiastadion"*. Auch die Silbermedaillengewinnerin Helene Mayer war Jüdin, die dritte! Vgl. Bildtext S. 20.

57) Arnold Paucker, "Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland", Tübingen 1986, S. 230 - 235.

Judentums" beendet, eine Folgerung, wofür der Leser eine ebenso ausführliche Beweisführung erwartet hätte, wie der Autor sie das ganze Buch über dargeboten hat.

Bei allem Verständnis dafür, daß dies sicherlich das gestellte Thema gesprengt hätte und das sowjetische Herrschaftssystem umfangreiche Quellen verschlossen gehalten hat oder Archivmaterialien durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sind, so hätten doch die für den Zeitabschnitt vom 1.7.1942 bis zum 8.5.1945 vom Autoren Joseph Walk gezogenen Folgerungen nicht so apodiktisch und allgemein gezogen werden dürfen, sondern hätten dann zumindest offen bleiben müssen.

Doch abgesehen von diesen Vorbehalten hat Joseph Walk eine Fülle von Fakten zusammengestellt, die zur Beurteilung der innenpolitischen Verhältnisse im Dritten Reich doch recht aufschlußreich sind. Gehen wir sie im einzelnen durch:

Das deutsche Judentum hatte am Ausgang der Weimarer Republik auf eine traditionsreiche und ausgebaute bzw. verzweigte gesellschaftliche Stellung ihrer Gemeinden im deutschen Staat zurückblicken können, wobei sein Einfluß auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur gerade in jenen Jahren stärker denn je auf Grund der Novemberrevolution von 1918 bzw. der Kapitulation des deutschen Kaiserreiches infolge des verlorenen Ersten Weltkrieges angewachsen war. (Dieses Thema kommt bei Joseph Walk zweifellos zu kurz).

Bestandslage im Jahre 1933:

Die Weimarer Verfassung hat im 4. Kapitel, § 142 - 150 die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder -- ungeachtet des religiösen Bekenntnisses -- bis zum 8. Schuljahr und für die anschließende Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahr festgelegt. Bekenntnisschulen blieben der Aufsicht des Staates unterstellt.

"Für den Status der jüdischen Schüler und Schulen war von besonderer Bedeutung, daß die direkte Verantwortung für das Erziehungswesen in den Händen der Länder und Gemeinden lag, die diese Funktion zwar im Rahmen der Reichsverfassung ausübten, in der Praxis aber die Erziehungspolitik weitgehend autonom bestimmen konnten. Hieraus erklärt sich die von Land zu Land oft weitgehend unterschiedliche Behandlung der Konfessionsschule, die jüdischen Schulen inbegriffen." (S. 47)

In Berlin (dort 80% der deutschen Juden in 6 von 20 Verwaltungsbezirken, in Berlin-Wilmersdorf = 13,5%) lebten 31% der deutschen Juden, weitere 20% in Frankfurt/M, Breslau, Hamburg, Köln; Leipzig, München, weniger als ein Fünftel in Kleinstädten unter 15.000 Einwohnern.

Schon während der Weimarer Zeit machte sich ein erheblicher Geburtenrückgang bemerkbar. Aus der statistischen Übersicht ergibt sich, daß z.B. in Preußen in den Jahren von 1925 bis 1932 = 45.649 Sterbefällen nur 27.242 Geburten gegenüberstanden. Auf das Reich übertragen: 1925 lebten im Reichsgebiet 564.379 (0,9% der Bevölkerung Deutschlands) Juden, im Jahr 1933 (0,77% der Bevölkerung) = 499.652.

Joseph Walk bestätigt, daß selbst diese Zahl nur erreicht worden ist durch den unerwarteten, und vielfach auch von den Juden selbst unerwünschten Zuzug kinderreicher ostjüdischer Einwanderer während der Weimarer Zeit, die schließlich 20% der jüdischen Bevölkerung ausmachten, was cirka 100.000 Personen bedeutete. Die Altersgruppen der deutschen Bevölkerung bis 20 Jahren erreichten 36,3%, jene der in Deutschland lebenden -- incl. zugewanderten -- Juden einen Anteil von 25,2%. Diesen Geburtenrückgang bis zum Jahre 1933 führt Walk auf Folgen des Ersten Weltkrieges, den verstärkten Drang in die Großstädte und die allgemeine Wirtschaftskatastrophe in Deutschland zurück. *"Die unaufhaltsame Landflucht bedrohte"* -- schon in der Weimarer Republik -- *"die Existenz der jüdischen Dorf- und Kleinstadtschulen."*

"Noch bestanden jüdische Volksschulen in allen deutschen Ländern, welche die konfessionelle Schule zuließen, doch ihre Schülerzahl schrumpfte zusehends, und die Mehrzahl der Gemeinden mußte sich mit ungegliederten Schulen begnügen. ...

Ein Großteil der einklassigen Schulen, deren Schülerzahl nicht über 20 hinausging, stand vor der Auflösung und mußte zumindest mit der Annulierung des öffentlichen Status rechnen. Allein in Hessen-Nassau wurden im Jahre 1932 nicht weniger als 5 der 39 staatlich subventionierten jüdischen Volksschulen geschlossen." (S. 21 - 22)

Von den 148 öffentlichen und privaten jüdischen Volksschulen im Reich hatten -- einer jüdischen Quelle zufolge[58] -- 43 weniger als 10 Schüler, 49 unter 20 Schüler, während nur in Preußen (13) und Hamburg (2) solche Schulen von über 200 Schülern besucht wurden (S. 22), = insgesamt 12.000 Volksschüler, wobei besonders darauf hingewiesen wird, daß

"der wachsende Einfluß der schulischen Erziehung auch auf den Aus- und Aufbau des jüdischen Schulwerkes in den Jahren 1933 - 1938 zurückzuführen ist." [59]

Die Deutschen Statistischen Jahrbücher für das Reich wiesen für 1922 = 207 öffentliche jüdisch-konfessionelle (also ohne private) Volksschulen (1927 = 124; 1932 = 79), 453 Lehrer (1927 = 333; 1932 = 306) und 23.333 Schüler (1927 = 19.956; 1932 = 28.639) aus. (S. 22) Für 1932 wären noch die Volksschüler in jüdischen Privatschulen mit 5.888 zuzurechnen.

Für das Reichsgebiet werden 1932 genannt: Jüdische Oberschüler: Knaben 12.500, Mädchen 8.500 (davon allein in Preußen etwa 17.000 Schüler); 10 höhere jüdische Schulen (je 2 in Berlin, Hamburg, Frankfurt/M und je 1 in Breslau, Köln, Leipzig, Fürth) mit insg. 3.000 Schülern (S. 25).

Als Prozentsatz der jüdischen Studenten an deutschen Universitäten wird im Vergleich zu den nicht-jüdischen deutschen Studenten für 1932 = 4,7%, für 1930 = 5,08%, für 1911 = 8%, für 1887 = 9,6% genannt. Wie sich in diese Zahlen die 7 Talmude Thora und die 4 Jeschiwot (Talmud-Hochschulen), die es in Deutschland auf Veranlas-

58) Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.), "Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland, 1933 - 38", Berlin 1933. 1925 erschien das "Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland" und 1928/29 "Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland".

59) Arnold Paucker (Hrsg.), "Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933 - 1945", aaO. S. 239, 240 + 244. Hier: Aufsatz Joseph Walk, "Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand".

sung der polnischen und russischen Juden gab, auf denen lediglich das religiöse Schrifttum zu studieren war, und die 3 Rabbinerseminare Deutschlands (das konservativ jüdisch-theologische in Breslau, das orthodoxe in Hildesheim und die liberale Hochschule für die Wissenschaft des Judentums, Berlin) in die genannten Zahlen einordnen, konnte Verf. nicht feststellen.

Lediglich das katholische Zentrum hatte sich während der Weimarer Zeit für die konfessionell-jüdische Schule eingesetzt, trotz der Tatsache, daß die tragenden Parteien der Weimarer Republik nachhaltig judenfreundlich waren. Selbst die SPD hatte erhebliche Staatsbeihilfen gekürzt, so daß *"nur noch 60 von 900 Gemeinden einen eigenen Rabbiner halten konnten"* (S. 17 + Fußnote 31).

"Mischehen fügten der deutschen Judenheit weitere Verluste zu, die ihren Höhepunkt im Jahre 1930 erreichten: auf 100 rein jüdische Ehen kamen 58 Mischehen, deren (ohnehin wenige) Kinder -- 0,58 gegenüber 1,69 in rein jüdischen Familien -- größtenteils dem Judentum verloren gingen." (S. 17)

Viele jüdische Eltern nahmen aus eigenem Antrieb seit April 1933 ihre Kinder aus den deutschen Schulen und gaben sie in jüdische.[60]

"Im Jahre 1937 hatte der Ausbau des jüdischen Schulwerks seinen Höhepunkt erreicht: trotz Schließung und Zusammenlegung jüdischer Zwergschulen und abnehmender Zahl der jüdischen schulpflichtigen Kinder hatte das jüdische Schulwerk nahezu 24.000 Schüler aufgefangen, d.h. nahezu 2/3 aller jüdischen Schulkinder dieser Altersstufen. ...

Die Erziehung ist eindeutig auf die Durchdringung der Schule mit jüdischem Geist ausgerichtet". [59]

Der Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung

Trotz der seit dem Ermächtigungsgesetz in Gang gesetzten neuen Verhältnisse hing vieles von den Personen ab, die vor Ort die Praxis gestalteten.

Für das Untersuchungsthema waren im Dritten Reich folgende Personen zuständig:

Bis Kriegsende maßgebend blieb hier der preußische und seit 1934 Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, **Bernhard Rust**, mit seinen Staatssekretären Bojunga (bis 1938), Prof. Dr. Werner Hohlfelder (ab 1938), Dr. Kurt Klamroth, seit 1936 Dr. Werner Zschintzsch, außerdem Rudolf Benze, Rudolf Mentzel und August Heißmeyer.

Die Beurteilung insbesondere von Bernhard Rust durch den Autor Joseph Walk sei hier festgehalten:

Seinem ganzen Wesen nach war er ein kultivierter Mann, großartiger Redner, im Freundeskreis als glühender Musikliebhaber bekannt.

"Die Haltung und das Vorgehen seiner Beamtenschaft entsprachen durchaus des Ministers Charakter, Einstellung und Weltanschauung. ...

Freunde wie Gegner kamen schließlich überein, daß Rust als Erziehungsminister ungeeignet sei. Die ihn näher kannten, fanden ihn »stinkfaul«, auch ließ er es seinen Untergebenen gegenüber an der nötigen Autorität fehlen. Vor allem aber gelang es ihm nicht, sich bei Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ministerien durchzusetzen .... " (S. 43)

Seine Sekretärin bestritt die Negativpunkte dieser Beurteilung. Joseph Walk jedenfalls fährt fort:

"In der Praxis erwies sich der Erziehungsminister als gemäßigt und korrekt. Der »im Kern anständige« Rust hielt sich bei Ausführung des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« streng an die Weimarer Verfassung, bemühte sich (allerdings erfolglos), die Studenten von eigenmächtigem Vorgehen gegen ihnen unerwünschte Professoren zurückzuhalten, und stellte sich schützend vor eine Studentenverbindung, die sich weigerte, ihre jüdischen Kommilitonen auszuschließen. Auch in den Augen deutscher Schriftsteller, die mit ihm in Berührung kamen, galt Rust als »besonnener Mann unter den vielen neuen Herren«, dem man »unabhängig gegenübertreten« konnte, und Wissenschaftler durften vor ihm eine offene Sprache führen.

Den Juden gegenüber vertrat Rust die oben als gemäßigt gekennzeichnete Richtung, setzte sich also für die Ausschaltung des jüdischen Einflusses auf den deutschen Geist ein, war aber bereit, der jüdischen Minderheit Kultur- und Erziehungsautonomie zuzugestehen. In den von ihm unterzeichneten Richtlinien zur »Vererbungslehre und Rassenkunde im Unterricht« heißt es



Reichsminister und Chef der national-politischen Erziehungsanstalten Bernhard Rust am 5.7.1938 bei den Jungmannen im Reichslager Ahrenshoop an der Ostsee.
-- Foto: Bundesarchiv Koblenz

60) Nora Levin, "The Holocaust -- The Destruction of European Jewry 1933 - 1945", New York 1973, S. 64.

denn auch:

»Achtung vor der Eigenart der andersrassigen Völker ... nicht Schlechtigkeit ... sonders Andersartigkeit.«

Nicht zu übersehen ist auch seine positive Einstellung gegenüber dem Christentum, die mit einer radikal rassischen Ideologie nur schwer in Einklang zu bringen wäre.

Doch lassen wir auch hier am besten eine eidesstattlich belegte Begebenheit sprechen. Rusts Tochter Mechthild war die Mitschülerin einer Tochter des bekannten jüdischen Orientalisten Prof. Eugen Mittwoch und mit dieser so befreundet, daß der Direktor glaubte, ihr deswegen Vorhaltungen machen zu müssen. Kaum außer Hörweite, reagierte Mechthild auf die eben erfolgte Mahnung: »Ich werde mir doch nicht von diesem Dussel vorschreiben lassen, mit wem ich mich befreunde.« Eine solche Einstellung läßt auf die im elterlichen Hause herrschende Atmosphäre schließen und dürfte etwa in Goebbels' Familie kaum denkbar gewesen sein. Der Vollständigkeit halber sei hier auf die nicht aus der Luft gegriffene Vermutung hingewiesen, daß Rusts 2. Frau jüdischer Abstammung gewesen sei." (S. 46)

Obgleich von führenden ns-Größen als führungsschwach beurteilt, was u.a. auch auf Folgen einer Kopfverletzung aus dem Ersten Weltkrieg zurückgeführt wurde, behielt Rust seinen Posten bis Kriegsende. Im Mai 1945 hat er in einem Flensburger Sanatorium seinem Leben durch Erschießen ein Ende gesetzt.

Einschneidende neue Gesetze

Bestimmte § 4 des NSDAP-Programms:

"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession",

so fand sich diese Auffassung nach Machtübernahme der NSDAP alsbald in zahlreichen Reichsgesetzen, Erlassen und Verordnungen wieder.

Das vom Reichstag mit überwältigender Mehrheit am 23.3. 1933 angenommene "Ermächtigungsgesetz" -- "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" -- ermöglichte der Reichsregierung, ohne die Weimarer Verfassung formal außer Kraft zu setzen, Reichsgesetze ohne parlamentarische Debatten und Abstimmungen zu beschließen. War auch dieses Ermächtigungsgesetz zeitlich auf 4 Jahre befristet und die Einrichtung des Reichstages sowie des Reichsrates nicht antastbar, so haben sich hiermit doch die die Weimarer Republik tragenden Parteien selbst ausgeschaltet. Für das Ausmaß der Not des Volkes bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß diesem Ermächtigungsgesetz 2 Notverordnungen des Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 4.2.1933 (zum Schutz des deutschen Volkes) und vom 28.2.1933 (zum Schutz von Volk und Staat) nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler vorangegangen waren, die bereits zahlreiche Verfassungsrechte "bis auf weiteres" außer Kraft gesetzt hatten. Das Regieren mit Notverordnungen war schon Dauerzustand unter Reichskanzler Heinrich Brüning und wiederholt auch seiner Vorgänger.

Weitere Gesetze setzten auch dem deutschen Erziehungswesen richtunggebende Markierungen:

a) das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (RGBl 1933 I, S. 175) vom 7.4.1933,

b) das "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" vom 25.4.1933,

c) das "Reichsbürgergesetz" vom 15.9.1935 (RGBl. I S. 1146) mit seiner Verordnung vom 14.11.1935 (RGBl. I S. 1333). Hiernach galt als Reichsbürger, wer deutschen oder artverwandten Blutes war. Allein dieser war Träger der vollen politischen Rechte (Wahlrecht, Recht auf Bekleidung öffentlicher Ämter). Von ihm wurde der deutsche Staatsangehörige unterschieden, der dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehörte und von politischen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen wurde.

d) das "Deutsche Beamtengesetz" vom 26.1.1937.

Zu a): Im Schulbereich hat dieses Gesetz die beamteten jüdischen Lehrerinnen und Lehrer an deutschen Schulen betroffen, kaum solche an jüdischen Schulen. Die Beamten wurden von ihrem Dienst suspendiert, erhielten jedoch ihre Pensionen auch ins Ausland ausgezahlt. -- Frühzeitiger Ruhestand ist selbst heute noch gang und gäbe, ohne daß dies "die Öffentlichkeit" zu irgendwelchen Reaktionen veranlaßt.

Die Schulpflicht für jüdische Schüler war hiervon nicht eingeschränkt worden. Die Zahl der beschulten jüdischen Kinder konnte ungehindert vergrößert werden. (S. 105) Im Hinblick auf die 1,5%-Beschränkung der Oberschüler (Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25.4.1933) hatten die jüdischen Direktoren jedoch genügend Anhaltspunkte, seitens der Schulbehörden bei Umgehung von formalen Schwierigkeiten unterstützt zu werden und ihre Oberschülerzahl durchziehen zu können. (S. 106)

"Noch Anfang 1934 glaubten die jüdischen Direktoren, sich durch das Wirrwarr der verschiedenen selbständig vorgehenden Instanzen (Reich, Länder, Kommunen) erfolgreich hindurchschlängeln zu können, wobei sie auf die mehr oder weniger bewußte Hilfe der Schulbehörden rechnen durften.

In Hamburg erfuhr Spier von dem wohlwollenden Schulrat Oberdörffer, daß in nächster Zeit keine Besprechung zwischen dem Reich und den Ländern über den Status der neuen Sexta an den jüdischen höheren Schulen vorgesehen sei. In Köln versicherte Schulrat Jungblüth Direktor Klibansky, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Lehranstalten aufzuheben, und Niessen schließlich teilte den Vertretern der Reichsvertretung vertraulich mit, daß die jüdischen höheren Schulen ihre Schülerzahl beibehalten dürften. Angesichts dieser unklaren und verworrenen Situation -- nur in Berlin mit ihrer einzigen vollausgebauten höheren jüdischen Schule der »Adass Jisroel« bestätigte die Regierung die Eröffnung einer neuen Sexta an der jüdischen Mittelschule schon im Februar 1934 -- begannen Landesverbände, Direktoren und einzelne Funktionäre eigenmächtig zu handeln, ohne ihre Bemühungen bei den

Regierungsbehörden miteinander abzustimmen." (S. 106)

Ein Erlaß Rusts vom 5.3.1935 an die Oberpräsidenten hat dies ebenfalls für 1935/36 zugesichert, was auch in der Praxis eingehalten wurde. (S. 108)

"Das Erziehungsministerium ging in seiner liberalen Politik zweifellos von der Überlegung aus, daß, solange noch nahezu 10.000 jüdische Schüler die deutschen höheren Schulen bevölkerten, der Fortbestand der jüdischen höheren Lehranstalten -- die bisher noch nicht einmal 4.000 Schüler umfaßten -- unbedingt notwendig sei. Um den erwünschten Übergang vom deutschen ins jüdische Schulwesen zu erleichtern, hob der Minister auch die Anfang 1935 erlassenen Beschränkungen bezüglich der Reifeprüfungen an jüdischen Lehranstalten auf." (S. 109)

Anders gestaltete sich die Situation an den deutschen Universitäten: Studierten auf den deutschen Hochschulen im Jahr 1932 = 4.382 jüdische Studenten, so 1933 nur noch 812, *"was genau dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung Deutschlands (0,8%) entsprach"* (S. 108). 1934/35 seien Neueinschreibungen nicht mehr erfolgt.

Zu b): Dieses Gesetz veränderte für die Volksschulen nichts, legte indes einen numerus clausus von 1,5% nichtarischer Schüler und Hochschüler an deutschen Universitäten fest, der prozentual dem Bevölkerungsanteil entsprechen sollte. Auch hierbei wurden jüdische Frontkämpfer und Halbjuden sowie Ausländer nicht mit angerechnet.

Bis 1935 waren in Deutschland mehr als 300 Hochschullehrer entlassen oder versetzt worden. Die medizinische Akademie in Düsseldorf büßte 50% ihrer Lehrkräfte ein, die Universität Berlin 32%, in Heidelberg 24%, in Breslau 22%.[61] Dies heißt zwar nicht, daß es sich hierbei ausschließlich um Juden gehandelt habe. Es betraf politisch exponierte Kräfte allgemein, die den bisherigen Kampf gegen die NSDAP unterstützt hatten. Wie Joseph Walk eingesteht, waren es vornehmlich die Studenten selbst, die dies durchgezwungen haben, ähnlich wie dies noch in der Gegenwart zur täglichen Übung der Studentenschaft gehört: "demokratischer Willensprozeß".

Welcher Staat beläßt schon Angehörige feindlicher Staaten, Glaubens- oder Rassegemeinschaften in seinen führenden Stellungen? Im Vergleich zur Gesamtzahl der Hochschullehrer eines 65 Millionen-Volkes waren 300 relativ wenig. Die genannten Prozente freilich sagen ohne Vergleich mit den absoluten Zahlen wenig aus. Eine jüdische Quelle mag hierzu Auskunft geben:

"Über 120 festgestellten jüdischen Ordinarien steht eine wohl größere Zahl von jüdischen Nichtordinarien gegenüber. Dazu muß erklärend bemerkt werden, daß die Zahl der Nichtordinarien schon deshalb überwiegen dürfte, weil z.B. viele Ärzte berechtigt waren, auf Grund ihrer wissenschaftlichen Forschungen und Leistungen an Krankenhäusern, Kliniken und Versuchsanstalten den Professortitel zu führen. ...

58 Ordinarien waren an den philosophischen Fakultäten, 41 in den rechts- und staatswissenschaftlichen und 23 in den medizinischen tätig. ...

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1930 lag die Gesamtzahl der Ordinarien an den deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen bei über 2.000, die der anderen Professoren usw., d.h. Nichtordinarien, bei etwas über 3.000. Somit geht man nicht fehl in der Annahme, daß der Anteil der jüdischen akademischen Lehrkräfte an jeder der beiden Kategorien nahezu 6% betragen haben dürfte." [62]

Veranschaulichen wir uns diese Zahlen noch einmal: **Von 2.000 - 5.000 Ordinarien waren 2 Jahre nach der Machtergreifung durch die NSDAP 300 entlassen worden oder waren von selbst gegangen. Dies freilich waren nicht etwa ausschließlich Juden**. Und diese geringe Zahl angesichts des Eingeständnisses von Prof. Leibowitz von der Hebräischen Universität Jerusalem:

" 'Aber ihr (der Juden in Deutschland) Anteil am Universitätswesen war sehr hoch, und das Theater, das Zeitungswesen u.ä. – das waren fast alles »jüdische Angelegenheiten«.

*Das **Berliner Tageblatt** war die wichtigste deutsche Zeitung, danach kam die **Vossische Zeitung**. Die erste gehörte Mosse, die zweite Ullstein; beide waren Juden, und auch der Redakteur des **Vorwärts** -- der führenden sozialdemokratischen Zeitung -- war Jude. Wenn die Deutschen von der »Judenpresse« sprachen, war das durchaus richtig in bezug auf Berlin und Frankfurt, nicht jedoch in bezug auf die Provinz. ...'*

Gab es unter den Studenten der Universitäten Handgemenge?

'Nein. Davon hörte man niemals. Selbst nicht, nachdem Hitler die Macht erhalten hatte.'

Grete Leibowitz:

'Die Deutschen unterschieden zwischen deutschen Juden und Ost-Juden. Das war anfänglich die Art der nazistischen Gesetzgebung. In den ersten Jahren des Hitlerregimes rührte man die Juden nur gesetzlich, aber weder physisch noch wirtschaftlich an. Die Juden wurden langsam aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen.' " [63]

Im wesentlichen geht es bei der Urteilsschelte der Reichsregierung um diese Personengruppe. Ein Austausch der politischen Führungskader ist bei einem parteipolitischen Machtwechsel in jeder Demokratie üblich. Jeder, der sich in das politische Operationsfeld begibt, hat allerorten mit diesem Berufsrisiko zu leben.

Von den Positionsverlusten, die die Novemberrevolution 1918 und die Inflation 1922/1923 in Deutschland für Hunderttausende, ja Millionen Deutsche zur Folge hatte, spricht niemand, ja man kann dieses Elend gar nicht in Zahlen fassen, da es das ganze deutsche Volk in Mitleidenschaft gezogen hat. Von den existenzvernichtenden Maßnahmen der Polen und Tschechen gegen die Volksdeutschen in ihrem Herrschaftsbereich -- Millionen Schicksale waren davon betroffen --, schweigt man sich ebenfalls beharrlich aus. Als ob es nur jüdisches Leid in der Welt gäbe!

Die seinerzeit geschaffenen Verhältnisse jedoch wa-

61) Prof. Dr. Herbert Michaelis + Prof. Dr. Ernst Schraepler, "Ursachen und Folgen - Vom deutschen Zusammenbruch 1918 + 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart", Berlin 1972, Bd. 9, S. 443.

62) Werner Mosse / Arnold Paucker, "Entscheidungsjahr 1932 – Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik", Tübingen 1966, Leo Baeck Institut, S. 76, 78 - 79.

63) Y. Leibowitz, "Gespräche über Gott und die Welt", Frankfurt/M 1990, S. 93 + 95.

Der Reichs- und Preußische
Minister des Innern.

Berlin, den 20. Aug. 1935
NW 40, Königsplatz 6.

III P 3710/59. Geheim!

Betrifft: Verhinderung von Ausschreitungen.

Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß Einzelaktionen gegen Juden von Mitgliedern der NSDAP, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände unbedingt zu unterbleiben haben.

Wer hiernach noch an Einzelaktionen gegen Juden teilnimmt oder dazu anstiftet, muß in Zukunft als Provokateur, Rebell und Staatsfeind betrachtet werden. Ich ersuche daher, von nun an rücksichtslos gegen alle derartigen Aktionen vorzugehen und mit allen Mitteln für unbedingte Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Ungesetzlichkeiten sind erforderlichenfalls mit den schärfsten polizeilichen Mitteln zu verhindern. Insbesondere dürfen strafbare Handlungen der Sachbeschädigung, der Körperverletzung, der Nötigung, des Haus- und Landfriedensbruchs und der Zusammenrottung unter keinen Umständen geduldet werden, gleichviel gegen wen diese Straftaten sich richten.

Wenn trotzdem noch Ausschreitungen vorkommen, ersuche ich, mir sofort telefonisch oder telegraphisch zu berichten. Ich werde jede Lässigkeit verantwortlicher Beamten bei der Durchführung dieses Erlasses aufs schärfste dienststrafrechtlich ahnden.

gez. Frick.

An die Landesregierungen.

An die Herren Regierungspräsidenten.[64)]

ren der Nährboden für die späteren Ereignisse. In der Personalpolitik wurden jahrzehntelang jene Kräfte bevorzugt, denen schon vom Herkommen her der gewünschte Nestgeruch anhaftete. Erfüllungspolitik gegenüber dem Willen der Versailler Internationalen und Unfähigkeit gegenüber oder gar heimliche Solidarität mit den Weltrevolutionären aus dem Osten -- beides implizierte die permanente Entwürdigung und Schädigung des deutschen Volkes -- kennzeichneten die Weimarer Republik!

Auch ein beachtlicher Teil der genannten Ordinarien hatte sich hierfür exponiert, übte Schrittmacherfunktion aus, ähnlich wie das im gegenwärtigen Deutschland verstärkt geschieht. Politik wird bekanntlich nicht nur von Parlament, Regierung, Parteien und Presse her gestaltet, sondern auch von den akademischen Kathedern und den akademischen Schreibtischtätern.

Doch wer die Schuldvorwürfe ausschließlich immer wieder gegen die Reichsregierung erhebt, sollte die Maßnahmen gegenüberstellen, die die Alliierten in West und Ost angewendet haben, als s i e in Deutschland (1945) "die Macht ergriffen haben": Nach mehrjähriger Kriegführung gegen Frauen und Kinder und gnadenloser Zerstörung der jahrhundertealten deutschen Städtekultur folgte die Rechtlosstellung aller deutschen Menschen. Sie fand ihren Ausdruck in millionenfachem Massenmord, Vertreibung aus den östlichen Heimatprovinzen, Raub, Vergewaltigung im geduldeten, ja geförderten Massenmaßstab -- zumindest im Osten Deutschlands --, dem "Automatic Arrest" für alle irgendwie in der Öffentlichkeit tätig gewesenen deutschen Männer und Frauen mit Hunderttausenden von Opfern, bis zu 10jähriger Kriegsgefangenschaft bei Millionen Opfern der wehrfähigen Generation und schließlich in jahrzehntelangen einseitigen politischen Prozessen mit in die Hunderttausende dabei vernichteten Existenzen. Zusätzlich ist das aufzuführen, was uns Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl von der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg bescheinigt:

"Nach dem Abschluß der Tätigkeit der Spruchkammern und Spruchgerichte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre konnte man wohl darauf hinweisen, daß allein in den 3 westlichen Besatzungszonen mehr als 1½ Millionen Menschen mit Sanktionen verschiedener Art, von der Geldbuße bis hin zum mehrjährigen Freiheitsentzug belegt worden waren." [65)]

Und dies war erst der Anfang einer gleichgerichteten 50jährigen Prozeßlawine und Bußverpflichtung für das ganze deutsche Volk! Über sämtliche gehobenen Berufe verfügten ausschließlich die Sieger. Bei ihren Lizenzträgern hatten nur Gleichgesinnte eine Chance.

Es ist gewiß angemessen, darauf hinzuweisen, daß der langjährige Rachefeldzug gegen die 80 Millionen Deutschen ausgerechnet von Angehörigen und Organisationen jenes Volkes initiiert und in die Praxis umgesetzt worden ist, die bereits die Amtsenthebung von einigen hundert ihrer Angehörigen angesichts einer politischen Umwälzung in Deutschland zwecks Überwindung von Wirtschaftschaos und Bürgerkrieg als *"für die Zivilisation unerträglich"* ausgaben und mit Boykott, Kriegserklärung und kompromißlosem Vernichtungswillen beantworteten.[66)] Führenden Männern des Jüdischen Weltkon-

64) Bundesarchiv Koblenz R 58/276. -- Vom Regierungspräsidenten in Lüneburg, datiert am 24.8.1935 (I Pol.56.Geheim 31) liegt uns ein Faksimile dieses Dokumentes vor, das alle Ortspolizeibehörden im Bezirk auffordert, über etwaige Ausschreitungen sofort telefonisch oder telegrafisch zu berichten.

65) Adalbert Rückerl, "NS-Verbrechen vor Gericht", Heidelberg 1982, S. 120. -- Die verharmlosend als "Geldbußen" gekennzeichneten Urteile bedeuteten in vielen Fällen totale Enteignung, was in der sowjetischen Besatzungszone ohnehin üblich war!

66) Vgl. ***HT*** Nr. 54 + jüdische Kriegserklärung vom 24.3.1933 in ***HT*** Nr. 39 S. 40. -- Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt/ M 1976, S. 166:
"Während des Krieges hatte der Jüdische Weltkongreß ein Institut für jüdische Angelegenheiten geschaffen, dessen Sitz heute in London ist. Seine Leiter waren zwei bedeutende litauische Juden, Jacob und Nehemiah Robinson. Nach ihren Plänen wurden zwei absolut revolutionäre Ideen entwickelt: das Nürnberger Gericht und die deutsche Wiedergutmachung."
+ "Mein Leben als deutscher Jude", München - Wien 1980, S. 358 ff.
+ "Mein Leben -- USA - Europa - Israel", München - Wien 1981, S. 141 + 143.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern — Berlin, den 21. April 1936
SW 40 Königsplatz 6

A 5831/5012
An die Reichsstatthalter,
den Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes,
die Landesregierungen,
die Oberpräsidenten,
den Staatskommissar der Hauptstadt Berlin und
die Regierungspräsidenten mit Überdrucken für die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden,
(für Preußen: die Landräte, für Bayern: die Vorstände der Bezirksämter usw.)
Im nachfolgenden gebe ich eine Verfügung des Reichsministers der Justiz an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln zur Kenntnis.
Im Auftrag gez. Dr. Stuckart.

Reichsminister der Justiz — **Berlin W 8, den 14. März 1936**
Nr. IV b 3493 — Wilhelmstr. 65
An
den Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln.
Betrifft: Grundstückserwerb durch Juden.

Zu dem dortigen Vorgang vom 13. Dezember 1935 -- IV 23/579 -- teile ich Ihnen, Herr Oberlandesgerichtspräsident, im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister des Innern folgendes mit:

Die Nürnberger Gesetzgebung hat die Judenfrage -- abgesehen von der Mischlingsfrage -- nur in staats- und eherechtlicher Hinsicht geordnet. Das Wirtschaftsrecht der Juden ist vorläufig gesetzlich noch nicht geregelt. Auch diese Regelung bleibt der obersten Staatsführung vorbehalten, so wie allein diese befugt war, die staats- und eherechtliche Seite des Problems zu ordnen. Es kann nicht Aufgabe einzelner Stellen im Lande sein, der obersten Staatsführung die Lösung dieses Teils der Judenfrage vorwegzunehmen. Die wirtschaftliche Betätigung der Juden richtet sich allein nach den bestehenden Gesetzen. Da diese eine Beschränkung beim Erwerb von Grundeigentum durch Juden nicht vorsehen, ist keine Rechtsgrundlage vorhanden, die Veräußerung eines Grundstücks als verboten oder nichtig anzusehen, weil der Erwerber Jude ist.

Die Land- und Amtsgerichte und die Notare Ihres Bezirks ersuche ich zu benachrichtigen.
gez. Dr. Gürtner [67]

gresses war frühzeitig bekannt, daß Hitler selbst gar nicht die treibende Kraft des Antisemitismus in Deutschland gewesen war, sondern er sich sogar darum bemühte, freiwillige Demissionen qualifizierter Juden rückgängig zu machen und Härtefälle anderer auszugleichen.[68]

Vor dem Forum eines internationalen Kongresses gleichgesinnter Antifaschisten erklärte **Saul Friedländer** (Tel Aviv) im Mai 1984 in Stuttgart rückblickend das Gleiche: die verhärteten antisemitischen Strömungen in Deutschland sind nicht von Adolf Hitler selbst ausgegangen:

"Daß die antijüdischen Aktionen im Frühjahr 1933, im Frühjahr und Sommer 1935 und im November 1938 ein Ventil für Radikale in der Partei waren, ist gut belegt. Aber wurde dieses Ventil von der Führung bestätigt, die Ausbrüche von Hitler gefördert? Die Quellen scheinen das Gegenteil zu belegen: 1933 widersetzte sich Hitler bei der Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und besonders bei ihrer Entfernung aus den juristischen Berufen den Forderungen der Radikalen und sprach sich für die zurückhaltenderen Vorschläge des Justizministeriums aus.

Die Nürnberger Gesetze von 1935 wurden u.a. erlassen, um der Agitation der Radikalen ein Ende zu bereiten. In seiner Rede vom 29. April 1937 vor Kreisleitern der Partei in der Ordensburg Vogelsang warnte Hitler die Radikalen davor, in der Judenfrage Schritte von ihm zu verlangen, die nicht sorgfältig geplant seien." [69]

Doch nicht nur dieser Kontrastvergleich sollte von den Eiferern in Humanismus bedacht werden, sondern auch die Tatsache, daß die jüdische Kriegserklärung gegen Deutschland (nicht gegen Hitler!) schon v o r den genannten Entlassungen von 300 Ordinarien verkündet worden war. Welches Verhalten konnten solche Kriegserklärer denn von einem souveränen Deutschland erwarten? Wer eigentlich setzt die Maßstäbe für die Beurteilung dieser und jener Ereignisse? Sachlichkeit und Ehrlichkeit ist schon beim Setzen dieser Maßstäbe gefordert!

Angesichts der 1933 vorliegenden Sachlage mutet es geradezu erstaunlich an, daß angesichts des 30. Januar und als Folge des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März und der jüdischen Kriegserklärung vom 24. März nicht viel mehr passiert ist, was jeder Historiker allein schon als Folge von Revolutionen zu verurteilen gewohnt ist.

So verwundert es sogar, daß selbst noch bis Ende 1938 Heißsporne innerhalb der ns-Partei, die einen getrennten Volks- und Oberschulunterricht für Deutsche und Juden forderten, stets mit dem Argument zurechtgewiesen worden waren, daß *"die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen der gesetzlichen Grundlage entbehrten, solange ein entsprechendes Reichsgesetz ausstehe* (S. 51 - 52), es jedoch empfehlenswert sei, die Einrichtung öffentlicher oder privater jüdischer Bekenntnisschulen zu beantragen, wobei sich die Gemeinden allerdings darüber im klaren sein müßten, daß sie die zusätzlichen Mittel aus öffentlichen Geldern zu bestreiten hätten.

Obgleich sich dann bis Ende 1938 die Gesetzeslage nicht weiter geändert hatte, ergaben sich in der Praxis freilich Benachteiligungen der Juden seitens der unteren Verwaltungsbehörden. Diese betrafen Beschwernisse bei

67) Bundesarchiv Koblenz, R 58/276.
68) Nahum Goldmann, "Mein Leben als deutscher Jude" aaO. S. 102.
69) Eberhard Jäckel / Jürgen Rohwer (Hrsg.), "Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg", Stuttgart 1985, S. 38.

Neuaufnahmen jüdischer Schüler in mittleren und höheren Schulen, Entzug von Vergünstigungen wie Schulgelderlaß, freie Lehrmittel, Erziehungsbeihilfen oder Fortbildungszuschüssen für jüdische Schulamtsanwärter, Verweigerung von Anstellungen jüdischer Lehrer an deutschen Schulen.

Zu c): Auf Grund dieses Gesetzes wurden beamtete jüdische Lehrer an deutschen Schulen in den Ruhestand versetzt, bezogen jedoch ihre Pension weiter. Hierbei blieben die Dienstverhältnisse an den öffentlichen jüdischen Schulen bis zur Neuregelung des jüdischen Schulwesens unberührt. Im übrigen wurden Juden aus anderen öffentlichen Ämtern ausgeschieden.

Konzert, veranstaltet vom Kulturbund deutscher Juden in der Synagoge Oranienburger Straße, Berlin 1938.
-- Bildarchiv preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen", aaO. S. 416 - 417.

Zu d): Ende 1937 wurden die jüdischen Lehrer an den öffentlichen jüdischen Schulen aus dem Beamten-, nicht aber unbedingt aus dem Dienstverhältnis entlassen. Arische Lehrer, die mit Jüdinnen verheiratet waren, wurden vom Unterricht für Deutsch, Geschichte und Biologie ausgeschlossen.

Joseph Walk verwahrt sich gegen die Auffassung, als sei allerorten in Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt antisemitischer Terror an der Tagesordnung gewesen. Er sah sich veranlaßt, folgendes als Beispiel für viele andere Begebenheiten hervorzuheben:

"Doch wir mussen uns auch hier vor Verallgemeinerungen hüten. In vielen Fällen setzten sich Vorgesetzte, Kollegen, Eltern und auch Schüler für ihre jüdischen Lehrer ein.

Dr. Hugo Nothmann, einer der letzten staatlich angestellten jüdischen Lehrer Oberschlesiens, Kriegsinvalide und orthadoxer Jude, lobte rückblickend das mustergültige Verhalten seiner Vorgesetzten und Kollegen, ihre Rücksichtnahme auf die jüdischen Religionsgesetze (Schreibverbot am Sabbat und an den Feiertagen), die Hochachtung, die ihm selbst junge nationalsozialistische Lehrer entgegenbrachten, bis zu der vom Direktor geplanten Abschiedsfeier im Jahre 1937, an der teilzunehmen er allerdings ablehnte." (S. 74)

War man seitens des Reichserziehungsministeriums Anfang 1936 bemüht, eine neue Gesetzesregelung für das jüdische Schulwesen herbeizuführen, wurde auch bereits ein "Gesetzentwurf »zur Förderung einer artgemäßen Erziehung auf den deutschen Schulen«" den hiermit befaßten Gremien und anderen Ministerien zur Diskussion zugestellt, so ließ Hitler jedoch die Bearbeitung dieses Gesetzes weiterhin zurückstellen. (S. 57) Immerhin waren die Vertreter aller hierzu gehörten Fachbereiche darüber einig gewesen, daß die Beibehaltung der Schulpflicht für jüdische Kinder aus Staatsinteresse notwendig sei und auch private jüdische Schulen nicht unbeträchtliche staatliche Zuschüsse von Staat und Gemeinden erhalten müßten. (S. 56, 57)

Wurde somit ein neues Gesetz zurückgestellt, so veröffentlichte das Reichserziehungsministerium doch im April 1937 Richtlinien über die Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf das Schulwesen. Hiermit wurde *"den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung weitgehend Rechnung getragen"* (S. 59) und empfohlen, Sonderschulen oder Sammelklassen für jüdische Schüler dort einzurichten, wo keine privaten jüdischen Schulen bestanden und dies finanziell ermöglicht werden konnte.

"Die Richtlinien gestatteten den jüdischen Schülern von neuem den Besuch der sogenannten »Wahlschulen« (mittlere, höhere und Fachschulen) im Rahmen der seit 1933 bestehenden Beschränkungen.

Die zugelassenen jüdischen Schüler wurden einerseits weiterhin von der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen außerhalb des schulplanmäßigen Unterrichts ausgeschlossen, andererseits konnten sie auf Antrag der Erziehungsberechtigten am Sonnabend (dem jüdischen Sabbat) an jüdischen Feiertagen vom Unterricht ganz oder teilweise befreit werden. Jüdischen Schülern ausländischer Staatsangehörigkeit, die man vorläufig noch den arischen Schülern gleichstellte, wurde der Besuch jüdischer Schulen angeraten.

Rust ließ auch die Ausbildung der für das jüdische Schulwesen benötigten Lehrkräfte nicht außer acht und traf Vorsorge für den unumgänglichen gesonderten Vorbereitungsunterricht und die entsprechenden Abschlußprüfungen. Später erleichterte der Minister die Erteilung der Unterrichtserlaubnis für Turnen und Hebräisch, Fächer, in denen der Lehrermangel besonders spürbar war. Desgleichen trug das Erziehungsministerium, wenn auch zunächst zögernd, den Bedürfnissen der höheren jüdischen Schulen Rechnung und gestand ihnen das Recht zur Abhaltung der Reifeprüfung und Verleihung des Reifezeugnisses zu, wel-

ches allerdings besonders zu kennzeichnen war.

Im Laufe der Zeit wurden die rigorosen Beschränkungen der Neuaufnahmen für diese Schulen aufgehoben, soweit diese eine Senkung der jüdischen Schülerzahl an den deutschen Schulen zur Folge hatten.

Der Minister ließ auch Abweichungen vom staatlichen Stundenplan zu (wie z.B. vom im Dritten Reich erweiterten Turnunterricht) und erteilte die Genehmigung, den besonderen Bedürfnissen der jüdischen Schule entsprechende eigene Lehrbücher einzuführen. Darüber hinaus bestätigte Rust die von der Reichsvertretung ausgearbeiteten »Richtlinien« zur Aufstellung von (zusätzlichen) Lehrplänen für jüdische Schulen und verlieh damit dem jüdischen Schulwesen eine -- wenn auch begrenzte -- pädagogische Autonomie." (S. 59 - 60)

Wir haben diese Passagen deshalb etwas ausführlicher zitiert, weil diese Stellungnahme aus jüdischer antifa-Feder überzeugender die damalige Lage wiederzugeben verspricht, als wenn ein Deutscher diese Sachverhalte so dargestellt hätte. Denn dies wäre angesichts der heutigen Mentalität, wenn nicht gar als "Verherrlichung des Unrechtssystems" kriminalisiert, so doch zumindest als unsachgemäßer Rechtfertigungsversuch abgetan worden.

Aus den bisherigen Darlegungen geht jedenfalls eindeutig hervor, daß zumindest bis zum Jahresende 1938 es reichseinheitlich als selbstverständlich galt, daß eine Zulassungsbeschränkung jüdischer Schüler zum Besuch der allgemeinen deutschen Schulen *"nur insoweit angängig sei, als ihnen besondere Schuleinrichtungen zur Verfügung stünden"*. (S. 61)

"Eine solche Erziehungspolitik ist nur aus der Bereitschaft zu einem Übereinkommen mit der jüdischen Gemeinschaft heraus zu erklären und bedeutet eine klare Absage an die extremen Parteigänger, ..." (S. 61)

Joseph Walk bestätigt in diesem Zusammenhang -- was in Wirklichkeit in weit größerem Umfang geschehen war --, daß neue Einzelregelungen im deutsch-jüdischen Verhältnis mit führenden Vertretern der deutschen Judenheit vorher abgesprochen worden waren. Und Kareski war keineswegs der einzige namhafte jüdische Vertreter, der von den deutschen Ministerien zu Rate gezogen oder mit dem verhandelt wurde. (Dieses Thema verdient eine gesonderte Behandlung)

"Die nationalsozialistischen Machthaber begnügten sich mit der Annahme, daß die Juden selbst ein geistiges und kulturelles Ghetto anstrebten und man also ihr Einverständnis bei der geplanten Rassentrennung voraussetzen könne. Tatsächlich waren insbesondere zionistische Kreise nach wie vor bereit, mit der nationalsozialistischen Regierung eine Art Konkordat abzuschließen, welches u.a. ein finanziell und administrativ gesichertes, autonomes jüdisches Schulwerk garantieren sollte.

Auf der anderen Seite waren auch die Führer des Dritten Reiches an einer zustimmenden Stellungnahme der jüdischen Öffentlichkeit zu ihrer Rassenpolitik interessiert, sei es auch nur, um den ungünstigen Eindruck, den die Nürnberger Gesetze im Ausland hervorgerufen hatten, zu verwischen.

*Dem schlauen Propagandaminister Goebbels gelang es denn auch, Dr. Georg Kareski, den Präsidenten der separatistischen, radikalen »Staatszionistischen Organisation«, schon Ende 1935 (23. Dezember) zu einem Interview im »**Angriff**« zu bewegen, in welchem der Befragte die Nürnberger Gesetze als national empfindender Jude vorbehaltlos bejahte und auch die jüdische (Sonder-) Schule vom Standpunkt des bewußten Juden aus als »ganz einfach unentbehrlich« bezeichnete.*

*Nun waren solche Gedankengänge auch in der offiziellen Presse der ZVfD (Zionistischen Vereinigung für Deutschland) veröffentlicht worden, doch hätte sich wohl jeder verantwortliche jüdische Politiker gescheut, seine Meinung in einem nationalsozialistischen Presseorgan bekanntzugeben. Kareski, der soeben zum kommissarischen Leiter des Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde ernannt und als solcher den Lesern des »**Angriff**« vorgestellt worden war, blieb der einzige deutsche Jude, den ein Journalist des Dritten Reiches eines Interviews würdigte."* (S. 58)

Neue Regelungen der schulischen Verhältnisse ließ Reichsminister Rust in gemeinsamer Absprache mit den entsprechenden jüdischen Organisationen vornehmen. So kam auch sein Erlaß vom 30. September 1935 dem Wunsch der Reichsvertretung dJiD entgegen,

"mit Rücksicht auf die ... (voraussichtliche) Mehrbelastung der privaten Unterhaltsträger und den gleichzeitigen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der jüdischen Bevölkerung in dringenden Fällen diese privaten Volksschulen durch Staatsbeihilfen zu unterstützen." (S. 59)

Zur gleichen Zeit erhielt ein Lehrer aus Sigmaringen vom zuständigen Regierungspräsidenten einen Verweis, da er jüdische Schülerinnen aus dem gemeinsamen Nadelarbeitsunterricht ausgeschlossen hatte. (S. 287)

Schulpflichtige jüdische Kinder wurden weiterhin in öffentlichen Pflichtschulen oder auf Wunsch in Privatschulen unterrichtet. An jüdischen Feiertagen oder an Sonnabenden konnte ihnen auf Antrag der Erziehungsberechtigten ganz oder teilweise Befreiung erteilt werden. Von der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen außerhalb des schulplanmäßigen Unterrichts waren sie ausgeschlossen.

An jüdischen Schulen durften nur Juden oder jüdische Mischlinge Unterricht erteilen. Hingegen konnten Juden nicht mehr Lehrer oder Erzieher deutscher Jugend sein. Die Ausbildung von Lehrkräften für jüdische Schulen erfolgte auf jüdischen Lehrerbildungsanstalten. Zur Ablegung der pädagogischen Prüfungen waren besondere Prüfungsausschüsse vorgesehen, in die neben den jüdischen Lehrern auch Beauftragte der Schulaufsichtsbehörden eingeschaltet waren.[70]

Jüdische Berufs-, Fach- und höhere Schulen seien fortan nur dann noch aus deutschen Steuermitteln zu finanzieren, wenn sie der Auswanderung förderlich sind. Der Grundsatz blieb anerkannt, daß Auswanderer mit höherer Schulbildung im Ausland größere Chancen als andere hätten, sich dort einzugliedern.

"Die berufliche Umschulung deutscher Juden, die nach Palästina gingen, wurde von den deutschen Zionisten fast unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Jahre 1933 ernsthaft in Angriff genommen. Bis zum Jahre 1936 funktionierte in Deutschland ein umfangreiches System von Umschulungslagern, die von der Hechaluz betrieben und von verschie-

70) ***Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*** -- Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder, Berlin den 2.7.1937. Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. In Vertretung des Staatssekretärs: Kunisch; Nr. 378, S. 346.

denen zionistischen Gruppen und Hilfsvereinigungen gefördert wurden. ...

Der Gedanke einer Umschulung der deutschen Juden wurde von den deutschen Behörden auch mit Blick auf eine erleichterte Ansiedlung in anderen Ländern ermutigt. ...

In den Jahren 1935 und 1936 erlaubten die deutschen Polizeibehörden der jüdischen Agentur Lehrkräfte aus Palästina nach Deutschland zu schicken, um bei der Vorbereitung der deutschen Juden für eine Ansiedlung in Palästina zu helfen. Viele Lehrkräfte waren Lehrer der hebräischen Sprache wie auch Leute, die besonders darauf vorbereitet waren, Heranwachsende und Kinder auf das Leben in ihrer neuen Heimat vorzubereiten. Gewöhnlich erhielten sie ein Einreisevisum für ein Jahr. Die Gestapo in Deutschland wie auch das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem scheinen überaus entgegenkommend gewesen zu sein, um Lehrkräfte der jüdischen Agentur nach Deutschland zu holen. ...

Der Umschulungsprozeß fand auch im täglichen Leben der deutschen Juden in den 30er Jahren außerhalb der Umschulungslager statt. Die Zionisten wurden ermutigt, ihre Botschaft zu den jüdischen Gemeinden zu bringen, Geld zu sammeln, Filme über Palästina zu zeigen und die deutschen Juden über Palästina allgemein zu unterrichten. ...

Während das Regime allmählich die jüdischen Schüler von den Staatsschulen entfernte, förderte es jüdische Schulen und bezuschußte diese sogar. Bis zum Jahre 1939 zahlte es auch weiterhin die Pensionen für jüdische Lehrer. Es gab wenig oder kaum Einmischung in die Führung und Leitung der jüdischen Schulen." [71]

Einer anderen jüdischen Information entnehmen wir:

"1937 besuchten 61% der jüdischen Schüler jüdische Schulen. ...

Sie (die Nazis) subventionierten die jüdischen Volksschulen und zahlten jüdischen Lehrern bis 1939 Pensionen. Sie brachten in den ersten Jahren jüdischen Erziehern große Langmut (latitude) entgegen, Unterrichtskurse aufzuziehen, die im direkten Gegensatz (in direct antithesis) zum nazifizierten Schulsystem standen. Oft wurden jüdische Schulen für Monate und Jahre nicht überprüft. Selbst wenn sie es wurden, so gab es selten Einmischungen in die Art der Unterrichtsgestaltung. ...

Die jüdische Schule war eine Welt für sich, in der das jüdische Kind gefestigt werden konnte, um sein Judesein mit Stolz zu vertreten. Die Nazis kümmerten sich nicht um die Lehrpläne. ...

Die Haltung der offiziellen Nazis dem jüdischen Kulturbund und den jüdischen Schulen gegenüber war erstaunlich neutral. ..." [72]

Auch hier wird als Zeitgrenze einer Haltungsänderung das Jahr 1938 genannt, obgleich der Kulturbund bereits 3 Tage nach der "Kristallnacht" am 9. November 1938 aufgefordert wurde, seine Arbeit wieder aufzunehmen.

"Die Nazis trugen natürlich zu dem Glauben bei, daß Zeit wäre. Die Politik der Regierung zwischen 1933 und 1935 nährte einen falschen Optimismus während einer Zeit, da die deutschen Juden sich hätten retten können. ...

Darüber hinaus gab es keinen finanziellen Zusammenbruch bei den organisierten Gemeindeverbänden. Dieser anscheinende Schutz hob sich kontrastreich von den Maßnahmen ab, die gegen einzelne Juden (Boykottaktion, Wirkung des »Arier-Paragraphen«) gerichtet waren, und förderte die Illusion, daß die Gemeinde (community) nicht geopfert würde. ...

1934 hob die Regierung offiziell den Status der Steuerbefreiung für die größeren jüdischen Organisationen auf. 1936 wurde diese Aufhebung auf die Wohlfahrtseinrichtungen ausgedehnt.

Wenn diese Maßnahmen durchgeführt worden wären, würde das Leben der jüdischen Gemeinde (community) wirksam paralysiert worden sein, und Synagogen, Wohlfahrteinrichtungen, Schulen, Krankenhäuser und die jüdische Presse hätten ihre Tätigkeit einstellen müssen. Aber für mehrere Jahre kümmerte sich niemand darum, diese Vorschriften zu beachten, und die unteren Steuerbehörden fuhren fort, das Prinzip der Nichtdiskriminierung unter den Steuerzahlern in der Weimarer Tradition anzuwenden.

Von 1936 an drängte der Nazidirektor des deutschen Finanzministeriums, Fritz Reinhardt, auf Einhaltung, aber sein Druck war nicht wirkungsvoll, solange die radikalen Nazis nicht alle Ebenen der Regierung beherrschten. Dies kam erst nach dem Münchener Vertrag.

Der erste Schlag gegen die Reichsvertretung und ihre angeschlossenen Verbände kam am 28. März 1938: Jüdische Gemeinden und Verbände verloren den Status öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Am folgenden Tag wurde ihnen die Steuerbefreiung entzogen." [72]

Im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusgemeinde vom 28.3.1938, in dem z.B. der jüdischen Religionsgemeinschaft die ihr in der Weimarer Verfassung § 137, 5 zugestandene "Körperschaft des öffentlichen Rechts" aberkannt wurde, so daß der Staat nicht mehr zur Einziehung der jüdischen Kirchensteuer und zur Finanzierung des jüdischen Religionsunterrichts verpflichtet war, sondern dies den jüdischen Gemeinden übertragen wurde, blieb die Schulfrage ausgeklammert.

Dieses Gesetz entsprach den Rechtsverhältnissen in vielen Ländern, auch denen in Großbritannien.

Die jüdischen Kultusvereinigungen konnten ihre Schulen aufrechterhalten. Reichserziehungsminister Rust wandte sich sogar (z.B. am 15.6.1938) nachhaltig gegen Beschränkungen der ausländischen, nichtarischen Schüler.

"Bereits am 14. Juli 1938 hatte der Danziger Gauleiter Forster Churchill in einer Unterredung einmal die Frage gestellt, ob die bis dahin erlassenen Gesetze der Nationalsozialisten gegen die Juden ein Hindernis für eine Verständigung Englands und Deutschlands bilden könnten, eine Frage, die Churchill letzten Endes verneinen mußte." [73]

---

71) Francis R. Nicosia, "Hitler und der Zionismus", Leoni 1989, S. 110 - 113. – Hechaluz war die Jugendorganisation der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD).

72) Nora Levin, "The Holocaust – The Destruction of European Jewry 1933 - 1945", aaO. S. 64, 66; 67.

73) Hermann Graml, "Der 9. November 1938 »Reichskristallnacht«", Hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, Nr. 45/11. November 1953, S. 6 unter Bezugnahme auf Michael Freund, (Hrsg.), "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten", Bd. I, Essen 1944, Herder Verlag, S. 71.

Abschiebeaktion polnischer Juden Ende Oktober 1938

Hatte die polnische Regierung am 31. März 1938, den Rückstrom von etwa 20.000 Juden aus Österreich nach dessen Anschluß an das Reich befürchtend, ein Gesetz beschlossen, nachdem jeder Bürger ausgebürgert werden konnte, der mehr als 5 Jahre ohne Unterbrechung im Ausland gelebt hat, so verkündete sie Anfang Oktober 1938 den Beschluß, insbesondere Juden polnischer Nationalität, die mehr als 5 Jahre im Ausland gelebt und somit die Verbindung zum polnischen Staat verloren hätten, ab 1. November 1938 die Staatsbürgerschaft zu entziehen und ihre Rückkehr nach Polen zu verhindern. Hiervon sollen ca. 70.000 in Deutschland lebende Juden betroffen gewesen sein. Nachdem eine diplomatische Übereinkunft in dieser Frage von Polen vereitelt worden war, die Reichsregierung indessen den Dauerverbleib dieser Bevölkerungsgruppe in Deutschland nicht dulden wollte, ließ sie -- so die z.Zt. nicht näher nachprüfbaren Angaben der heutigen Historiker -- zwischen 12.000 und 17.000 vorwiegend männliche Juden polnischer Nationalität verhaften und über die Grenze abschieben.

Der Sachverhalt dieser Abschiebeaktion wird am besten durch nachfolgendes Dokument erläutert:

Der Reichsführer SS
und Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern
Berlin, den 26. Oktober 1938.
S.V. 7 2255/38 - 509 - 27

Sofort!
Schnellbrief!
An
a) die ausserpreussischen Landesregierungen,
b) den Herrn Reichskommissar für das Saarland in Saarbrücken,
c) die Herren Preussischen Regierungspräsidenten,
d) den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin (Abteilung II).
Nachrichtlich
den Herren Preussischen Oberpräsidenten,
den Herrn Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
den Staatspolizei(leit)stellen.

Betreff: Aufenthaltsverbot für Juden polnischer Staatsangehörigkeit.

Die polnische Regierung hat am 6. Oktober 1938 eine Verordnung erlassen, nach der alle Pässe der im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen mit Wirkung vom 29. Oktober 1938 ab nicht mehr zum Grenzübertritt nach Polen berechtigen, wenn diese Pässe nicht einen Prüfungsvermerk enthalten. Diese Massnahme der Polnischen Regierung würde unter Umständen bedeuten, dass die in Deutschland lebenden zahlreichen polnischen Juden dauernd in Deutschland geduldet werden müssten. Um einer solchen Auswirkung zu begegnen, ersuche ich, nach Benehmen mit dem Auswärtigen Amt, den Ausländerpolizeibehörden die Weisung zu geben, sofort in grossem Umfange gegen Juden polnischer Staatsangehörigkeit Aufenthaltsverbote für das Reichsgebiet zu erlassen und ihnen die Verbotsverfügung sofort zuzustellen. Die Aufenthaltsverbote sind mit Frist bis zum 29. Oktober 1938 auszusprechen; die Betroffenen sind darauf aufmerksam zu machen, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt das Reichsgebiet verlassen müssen.

Ich ersuche, alle Vorkehrungen zu treffen, dass diese Massnahmen in einem möglichst grossem Umfang durchgeführt werden können; gegf. sind andere Aufgaben zurückzustellen.

Über das Veranlasste ersuche ich, mir umgehend Bericht zu erstatten.

In Vertretung: Heydrich
Beglaubigt: gez. Höbald, Kanzl.Angest." [74]

Ist auch die allgemeine Richtigkeit dieses Textes sicherlich nicht zu bestreiten, so hat doch diese -- nur vorliegende -- Abschrift offensichtlich ein Ausländer vorgenommen.

Merkwürdig mutet auch an, daß der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern solches veranlaßt haben soll, sich fast 3 Wochen Zeit läßt und dann überstürztes reichseinheitliches Handeln verlangt -- mehrfach *"in grossem Umfange"* --, und er am 27.10., dem nachfolgenden Tag noch Sammeltransporte an die Grenze vorschreibt, die gewiß nicht von Polizeibehörden und schon gar nicht binnen eines Tages organisiert werden konnten.

"Die »Polenaktion« vom 28.10.1938 war absichtlich gegen »Ausländer« gerichtet und betraf sowohl die vielen polnischen Schüler in jüdischen Schulen wie auch die wenigen auf deutschen Schulen lernenden jüdischen Kinder.

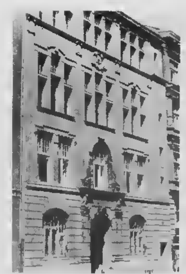
Doch selbst danach befanden sich noch Hunderte von jüdischen Kindern auf den allgemeinen höheren Schulen und Tausende auf den allgemeinen Volksschulen, insbesondere auf dem Land und in den Kleinstädten." (S. 63)

Die bereits am 4.7.1939 eingeleitete Zentralisierung der jüdischen Gemeindeverwaltungen trat am 1.10.1939 in Kraft.

"Von diesem Tage wurde die Erziehungsabteilung der Reichsvertretung zur obersten Instanz des jüdischen Schulwesens, das aber weiterhin als solches der Oberaufsicht des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstand. In der Praxis zeigten sich die Regierungsstellen -- allen voran das Erziehungs- und Innenministerium -- nur an den administrativen und finanziellen Maßnahmen der Reichsvertretung interessiert. Der pädagogischen Tätigkeit widmeten sie im allgemeinen keine Aufmerksamkeit." (S.68)

Sollten laut Verfügung des Reichserziehungsministers vom 16.11.1939 *"kleinste Unterrichtsbetriebe von 3 - 6 Kindern"*, schließlich Zwergschulen (3.3.1941) aufgelöst werden, so wurde doch bis zum Einsetzen der Deportationen (ab Anfang Oktober 1941) auf die Beschulung der jüdischen Kinder geachtet.

74) Bundesarchiv Koblenz: R 58/276, Abschrift.



Die Hochschule (Lehranstalt) für die Wissenschaft des Judentums, Berlin (1935)

"Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik war zunächst die Absonderung der Juden. In dieser Periode zunehmender Verdrängung aus Beruf und öffentlichem Leben ließ man jüdische Einrichtungen relativ unbehelligt weiterbestehen."

"Prof. Ismar Elbogen (1874 - 1943) während einer Vorlesung (um 1935)"

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen -- Ein Kapitel deutscher Geschichte", Dortmund, Verlag Harenberg 1981, S. 408.

Fortbestand jüdischer Einrichtungen



Die schulischen Verhältnisse nach der "Kristallnacht" am 9. November 1938

Die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath in Paris am 7.11.1938 durch den jungen jüdischen Attentäter Hershel Grynspan wurde in Deutschland nicht als Affekthandlung eines Einzeltäters aufgefaßt, sondern als erneute Aktion einer bereits langfristig in Gang befindlichen jüdischen Kriegführung gegen das Reich.

Die "Kristallnacht" vom 9.11.1938 hatte auch für das jüdische Schulwesen erhebliche Auswirkungen. Obgleich Reichserziehungsminister Rust nicht an der maßgebenden Besprechung unter Vorsitz von Hermann Göring am 12. November 1938 beteiligt war, in der gesetzliche Maßnahmen für eine verschärfte anti-jüdische Politik durchgesetzt wurden, schloß er sich wenige Tage später -- am 15.11.1938 -- der in Berlin vorherrschenden Stimmung an und verbot fortan jüdischen Kindern den Besuch deutscher Schulen und verwies sie auf die jüdischen.

In einem Erlaß vom 17.12.1938 verfügte das Reichserziehungsministerium (E Ib 796, E II2, E III, E IV), den Unterricht für deutsche und jüdische Schüler nur noch in getrennten Gebäuden durchzuführen. War dies auch gedacht, um unerwünschten Konflikten unter der Schülerschaft vorzubeugen, so stellte ein solcher Entscheid die jüdischen Gemeinden doch vor manch ungelegene Umdispositionen, die jedoch bewerkstelligt wurden. (S. 66)

Heydrich forderte am 21.12.1938 die Freilassung womöglich anläßlich der "Kristallnacht" in Haft genommener jüdischer Lehrer. Professoren, sonstigen Lehrkräften und wissenschaftlichen Beamten, die auf Grund der Nürnberger Gesetze aus dem aktiven Hochschuldienst ausgeschieden waren, aber seitdem an Hochschulinstituten, Bibliotheken usw. wissenschaftlich weiterarbeiten konnten, wurde die Genehmigung hierfür entzogen. In wirtschaftlichen Notfällen hatte die jüdische Wohlfahrtspflege der Reichsvereinigung zu helfen; erst wenn sich dies als nicht möglich erwiesen haben sollte, konnte die deutsche Sozialhilfe in Anspruch genommen werden.[75]

75) RGBl 1938 I, 2. Halbj. S. 1649: Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden vom 19.11.1938; Inkraftsetzung 1.1.1939.

Geheimes Staatspolizeiamt
II B 4 - J. 336 J.

Berlin, den 21. Dezember 1938

Betrifft: Jüdisches Schulwesen
Vorgang: Ohne

Im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sind Vorbereitungen für eine grundlegende Neuregelung des gesamten jüdischen Schulwesens im Gange. Dabei soll von folgenden Grundsätzen ausgegangen werden:

An der Schulpflicht der jüdischen Kinder wird festgehalten. Die jüdischen Kinder sollen aber nur noch in rein jüdischen Schulen unterrichtet werden. Die Beschulungspflicht soll der im Bestehen begriffenen Reichsvereinigung aller Juden zugewiesen werden, die künftig allein noch Träger der jüdischen Schulen sein soll. Danach wird es künftig keine öffentlich-rechtlichen Schulen mehr geben, sondern ausschließlich jüdische Privatschulen.

Vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring gebe ich von diesen Plänen bereits Kenntnis, damit etwa zur Entscheidung stehende Maßnahmen mit diesen Zielen in Übereinstimmung gebracht werden können.

Im Zusammenhang mit der Protestaktion gegen die Juden sind verschiedentlich auch jüdische Schulen zerstört, ein weiterer Unterricht unmöglich gemacht und jüdische Lehrer in Schutzhaft genommen worden. Soweit von jüdischer Seite Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Schulunterrichts beabsichtigt sind, bestehen hiergegen gemäß den oben dargelegten Grundsätzen keine Bedenken. Soweit in Haft genommene jüdische Lehrer zur Unterrichtung benötigt werden, ist ihre Entlassung zu beantragen.

Zusatz für Staatspolizeistelle Saarbrücken: Auf den Bericht vom 24.11.38 II B 4 - B.Nr. 878338.

gez. Heydrich
Beglaubigt: gez. Fibranz, Kanzleiangestellte.[76]

76) Bundesarchiv Koblenz: R 58/276.

Zentralisierung der jüdischen Gemeindeverwaltungen

Die weitere Entwicklung für die Schulpolitik umreißt Joseph Walk mit folgenden Ausführungen:

"Die rapide Abnahme der jüdischen Schülerschaft im Reich spiegelt sich in dem von der »Reichsvertretung« für das 1. Halbjahr 1939 herausgegebenen Rechenschaftsbericht wieder.[70] Für »Erziehung und Kultur« waren im Jahre 1937 ungefähr RM 850.000 ausgegeben worden (= 19,2% des Gesamtbudgets). 1938 waren es immerhin noch RM 600.000 (= 11,4%).

Im ersten Halbjahr 1939 war der Anteil dieser Posten mit RM 200.000 auf 4,4% gesunken, obwohl die Ausgaben für die Unterbringung auswärtiger Kinder in Heimen und Pflegefamilien auf RM 51.000 angewachsen waren (1937: 55.000 RM für das ganze Jahr). Auch von den für den »Erziehungsclearing« ausgesetzten 45.000 Pfund waren nur 23.301 Pfund (= 40%) verwendet worden. Die verstärkte Auswanderung hingegen schlug jetzt in 6 Monaten mit nicht weniger als RM 2.400.000 zu Buche gegenüber RM 1.150.000 in den 12 Monaten des Jahres 1937.

Nun darf allerdings nicht übersehen werden, daß bis zum 1.7.1939 die öffentlichen jüdischen Volksschulen noch von den deutschen staatlichen und kommunalen Behörden unterhalten wurden, wofür uns schriftliche Beweise u.a. aus Hagen und Duisburg vorliegen.

Ja, selbst private Volksschulen erhielten weiterhin die ihnen bisher gewährten Subventionen, da die städtischen Schulbehörden den Zusammenbruch des jüdischen Schulwerks bis zu seiner gesetzlich erzwungenen Übernahme durch die »Reichsvereinigung« um jeden Preis verhindern wollten.

So konnte es geschehen, daß sich der Hamburger Senat die Aufrechterhaltung der nunmehr vereinigten jüdischen Knaben- und Mädchenschulen im Schuljahr 1938/39 dreimal so viel kosten ließ wie die Unterhaltung der »Talmud-Tora« Knabenschule im Vorjahr (RM 180.000 gegenüber RM 60.000), eine Maßnahme, die den ***»Hamburger Anzeiger«*** *in einem »Wir blättern im Haushaltsplan« betitelten Artikel zu dem an den Senat gerichteten Vorwurf veranlaßte:*

'Schulpflichtige Judenkinder kosten uns viel Geld.'

Unter diesen Umständen mußte versucht werden, aus der ärgerlichen Ausgabe wenigstens propagandistisches Kapital zu schlagen.

'Nun komme niemand mehr von den jüdischen Schmierfinken im Ausland und behaupte, Deutschland lasse die Judenkinder verwahrlosen und zu Analphabeten werden.'

Unbeeindruckt von der Kritik extremer Parteikreise gewährte der Senat seine finanzielle Unterstützung sogar der von der Gemeinde errichteten jüdischen Berufsschule und bewahrte auch bei der zu Anfang des neuen Schuljahres 1939/40 erfolgten Beschlagnahme des Schulgebäudes im Grindelhaf seine korrekte Haltung, indem er für die durch den Umzug verursachten Kosten aufkam und die Wünsche Spiers weitgehend berücksichtigte." (S. 212 - 213)

Die bereits am 4.7.1939 eingeleitete Zentralisierung der jüdischen Gemeindeverwaltungen trat am 1.10.1939, also einen Monat nach Kriegsbeginn, in Kraft.

"Von diesem Tage wurde die Erziehungsabteilung der Reichsvertretung zur obersten Instanz des jüdischen Schulwesens, das aber weiterhin als solches der Oberaufsicht des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstand. In der Praxis zeigten sich die Regierungsstellen -- allen voran das Erziehungs- und Innenministerium -- nur an den administrativen und finanziellen Maßnahmen der Reichsvertretung interessiert. Der pädagogischen Tätigkeit widmeten sie im allgemeinen keine Aufmerksamkeit." (S.68)

Das bestätigte auch Nora Levin, als sie darauf verwies, daß es *"wenig oder kaum Einmischung in die Führung und Leitung der jüdischen Schulen gab"* und die jüdischen Lehrer bis 1939 ihre Pensionen erhielten.[77]

In der am 14. August 1939 -- 14 Tage vor Kriegsbeginn -- veröffentlichten "Ausführungsanweisung zu Artikel II der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939"[78] wurde der Reichsvertretung dJiD reichseinheitlich die Verantwortung zur Einhaltung der Schulpflicht in bezug auf die Volksschulbildung übertragen, während sie *"nach Maßgabe der Bedürfnisse und der verfügbaren Mittel"* die übrigen schulischen Bereiche -- Mittel- und Höhere Schulen sowie Berufs- und Fachschulen -- nach eigenen Vorstellungen regeln konnte. Die öffentlichen und privaten jüdischen Schulen, Erziehungs- und Lehrerbildungseinrichtungen, *"die nicht bis zum 30. September 1939 von der Reichsvereinigung übernommen werden, haben mit dem 1. Oktober 1939 den Betrieb einzustellen."* Die Kosten für den Unterrichtsbetrieb hatte fortan die Reichsvereinigung zu tragen. Die Lehrpläne wurden nach Absprache mit der Reichsvereinigung vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung aufgestellt und konnten gemäß der Auswanderungsförderung von den sonst üblichen Lehrplänen abweichen. Insbesondere wurden gegen Unterricht im Hebräischen und einer der Auswanderung dienlichen lebenden Fremdsprache keine Bedenken erhoben. An Reifeprüfungen höherer Schulen hatte ein Beauftragter der Schulaufsichtsbehörde teilzunehmen. Die Lehrkräfte an den Schulen der Reichsvereinigung waren auf Privatdienstvertrag anzustellen und bedurften der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörden. Bisher noch im Beamtenverhältnis stehende Lehrkräfte an jüdischen Schulen wurden mit Ablauf des 30. Juni 1939 in den Ruhestand versetzt, hatten jedoch eine von der Reichsvereinigung ihnen angebotene Lehrtätigkeit anzunehmen, andernfalls sie des Ruhegehaltes verlustig gingen.

---

77) Nora Levin, "The Holocaust: The Destruction of European Jewry 1933 - 1945", aaO. S. 64 - 66.

78) RGBl I, S. 1097 sowie im Amtsblatt des Reichserziehungsministeriums ***Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*** 1939 S. 454.

"Tatsächlich erhielten alle vorzeitig in den Ruhestand versetzten jüdischen Beamten ihre Rente in die Emigrationsländer nachgeschickt, mit Ausnahme der bei Kriegsausbruch zum 'feindlichen Ausland' erklärten Staaten wie England und Palästina.

Die in Deutschland verbleibenden Lehrer, die ihre Lehrtätigkeit nach kurzer Zeit wieder fortsetzen konnten, saßen gleichsam 'auf den Koffern'. Der Drang zur legalen oder illegalen Auswanderung war auch in den Erzieherkreisen so stark, daß sich die inzwischen auf Verlangen der Regierung neu gebildete 'Reichsvereinigung' veranlaßt sah, den jetzt von innen drohenden Verfall des jüdischen Schulwerks mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern." (S. 211)



Speisesaal des jüdischen Auswandererlagers 1939
-- Bildarchiv preußischer Kulturbesitz (Hrsg.), "Juden in Preußen" aaO. S. 425.

Daß für die noch vor Kriegsbeginn weitergeführte Absonderung der jüdischen Bevölkerungsteile vielfältigste zum Krieg treibende Lageentwicklungen zugrunde lagen -- man denke nur an die Berichte des polnischen Botschafters in den USA, Jerzy Potocki nach Warschau vom 9.2.1938, 12.1.1939 + Anfang Juli 1939, die Aussage von Neville Chamberlain, *"Amerika und das Weltjudentum haben Großbritannien in den Krieg gezwungen"* oder die britisch-französisch-sowjetischen Militärkoalitionsverhandlungen seit Anfang März 1939 [79] --, steht außer Frage. Realität blieb die Zusammenarbeit international operierender Organisationen auch mit dem Weltbolschewismus zur Vernichtung des Nationalsozialismus, oder wie sie selbst propagierten: die Vernichtung Deutschlands, ohne seit März 1933 wie immer geartete Kompromisse im Zusammenleben der beiden Völker in Aussicht zu stellen.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat Israel niemals -- im Frieden nicht, und schon gar nicht im Krieg -- fremden Menschengruppen in seinem Staat gleichberechtigte Lebensrechte eingeräumt! Sehr schnell war Israel seit seiner Staatsgründung bis in die Gegenwart dabei, alle Fremden, jahrzehnte-, ja jahrhundertelang in Palästina Ansässige rigoros aus dem Lande zu treiben, umzubringen oder bestenfalls als Menschen minderen Rechts zu behandeln.

Um die zahlreichen auf Auswanderung abgestellten Maßnahmen der ns-Regierung zu verstehen, sollte man zudem wissen, daß sie weitgehend -- der jüdische Antizionist J.G. Burg behauptet sogar: *"alle"* [80] -- mit den Vertretern der **palästinensischen** Zionisten abgestimmt worden waren.

Zweifelsohne war das Gros der deutschen Juden mit Deutschland verbunden und stand den Ansprüchen der Zionisten auf Übersiedlung nach Palästina ablehnend gegenüber. Die gleiche Tendenz war überall in der Welt, auch in den USA, vorhanden. Dennoch versuchten die sich machtpolitisch in den Vordergrund drängenden zionistischen Agitatoren weltweit ihr Ziel zur Schaffung eines Staates Israel dadurch durchzusetzen, daß sie -- gemäß Theodor Herzl: *"koste es, was es wolle"* [81] -- mit allen Mitteln versuchten, "andere Juden" zu veranlassen oder auch zu zwingen, nach Palästina überzusiedeln. Dies wurde auch mit religiösen Vokabeln motiviert.

Auch innerhalb des Judentums gab es starke *"Auflösungstendenzen des assimilatorischen Judentums"*, d.h. eine Tendenz der in der weltweiten Verstreuung lebenden Juden zur Integrierung in ihre Wirtsvölker, die die Zionisten mit allen Mitteln zu bekämpfen suchten, *"um der Erneuerung und Einheit des jüdischen Volkes willen"*. [82]

"Die jüdische Welt weiß nicht mehr, was Judentum ist, ist atomisiert, hat keinen Schwerpunkt und braucht daher heute Palästina, um die eigene Einheit zu fühlen und über sich selbst Klarheit zu bekommen." [83]

So formulierte Kurt Blumenfeld -- *"der hervorragendste Vertreter einer neuen Generation, die in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die Führung der Bewegung übernahm, ihr eine neue Richtung gab und den ihr eigenen Charakter prägte, die bewegende geistige und auch organisatorische Kraft des deutschen Zionismus"* [84] --:

"Der Sinn des deutschen Zionismus besteht in der Durchsetzung des Gedankens, daß Juden keine Deutschen sind. Juden sind zwar deutsche Staatsbürger, aber national keine Deutschen." [84]

Diese Formulierungen brachte Kurt Blumenfeld am 12. Dezember 1954, also 9 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, zu Papier, womit er die Nürnberger Gesetze von 1935 als berechtigt und im Sinne der Zionisten bestätigte.

"Für ihn und seine Generation war diese Entscheidung nicht das Resultat äußeren Zwanges, sondern ein Akt des freien Willens, eine Wahl zwischen der Illusion des Juden, der an die Emanzipation und das Aufgehen im deutschen Volk glaubte, und dem Zionisten, der danach strebte, die Realität der jüdischen

79) Vgl. der Einfachheit halber (Zitate + Quellenangaben dort) ***HT*** Nr. 54 S. 36 - 37, ***HT*** Nr. 39 + Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 347 - 348, 353. — Bezüglich der Echtheit der Deutschen Weißbücher, speziell des Deutschen Weißbuches Nr. 3 "Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges", Berlin 1940 siehe dort S. 107.

80) J.G. Burg, "Jüdisch-deutscher Dialog -- zum Verhältnis der Deutschen und der Juden nach dem Zweiten Weltkrieg (1939 - 45)", Winterthur/Schweiz, 1992, S. 10.

81) *Spiegel-Spezial*, "Juden und Deutsche", 2/1992, S. 89 - 90

82) Kurt Blumenfeld, "Im Kampf um den Zionismus -- Briefe aus fünf Jahrzehnten", Stuttgart 1976, Deutsche Verlagsanstalt, S. 16.

83) ebenda S. 111; Notiz von Kurt Blumenfeld am 25.9.1931.

84) ebenda S. 7 + 11 12.

Existenz zu erfassen.

Von der Forderung nach »Loslösung vom deutschen Volk«, dem Ruf nach der »Entwurzelung«, kam Blumenfeld zu der Losung eines »palästinozentrischen Zionismus«.

Auf der Delegiertentagung der ZVfD (Zentralvereinigung für Deutschland, 1914 = 10.000 Mitglieder), *der im Mai 1912 in Posen abgehalten wurde, war eine Resolution angenommen worden, ... in der es hieß:*

'In Konsequenz der überragenden Bedeutung der Palästinaarbeit für die Einzelpersönlichkeit, sowie als Mittel der Erreichung unseres Endziels, erklärt es der Delegiertentag für die Pflicht jedes Zionisten, in erster Linie der wirtschaftlich-unabhängigen, die Übersiedlung nach Palästina in ihr Lebensprogramm aufzunehmen. In jedem Fall sollte jeder Zionist für sich persönliche Interessen in Palästina schaffen.'

... Blumenfeld selber hat auch in späteren Jahren stets zu diesem Beschluß gestanden. Er berief sich auf die Tatsache, daß trotz allem annähernd 2.000 Juden aus Deutschland schon vor 1933 in Palästina ansässig waren, darunter eine nicht kleine Anzahl von Menschen, die für den Aufbau des Landes eine hohe Bedeutung besaßen. Wichtiger ist jedoch, daß der »Palästinozentrismus« dem deutschen Zionismus ein gewisses erzieherisches Pathos verlieh, eine Gewissensfrage stellte, mit der sich der einzelne auseinanderzusetzen hatte und an der er nicht vorübergehen konnte, wenn auch in den meisten Fällen erst äußere Veränderungen und tragische Ereignisse eine Lösung des Konfliktes herbeiführten." [84]

Nach Kriegsbeginn, September 1939

Mit Übernahme des jüdischen Erziehungswesens standen der Reichsvereinigung (ohne die Ostmark, hier fehlen die Angaben) 133 bzw. 138 Schulen zur Verfügung, in Berlin 14, im übrigen Preußen 77; sie hatten ca 10.000 Kinder zu beschulen. Für das Jahr 1938 wird die Schülerzahl 20.029 genannt.

Joseph Walk verweist darauf, daß etwa ein Viertel der jüdischen Familien kinderlos war, ein Viertel der Ehen nur ein Kind, ein weiteres Viertel der Ehen zwei Kinder und etwas weniger als ein Viertel der Ehen drei und mehr Kinder hatte (S. 215). In Ballungsräumen wurden Schulen zusammengelegt, in Kleinstädten zuweilen Schulen bzw. Volksschulklassen mit weniger als 20 Schülern funktionsfähig erhalten.

"Der »Reichsvereinigung« war es also gelungen, die Zahl der jüdischen Volksschulen (einschließlich der Sonderschulen) gegenüber 1938 von 140 auf 128, die der höheren Lehranstalten von 15 auf 7 zu reduzieren und eine Durchschnittszahl von 61 Schülern pro Schule (ohne Berlin) zu erzielen, obwohl »eine Reihe kleinerer Unterrichtsbetriebe ... solange aufrechterhalten« werden mußte, bis es der »Reichsvereinigung« möglich sein würde, »die Kinder anderweitig zu beschulen«, wie es in dem schon erwähnten Erlaß vom 16.11.1939 heißt. Darüber hinaus erhält die Reihe der 26 »kleinsten Unterrichtsbetriebe« gegenüber der am 1.10.1939 dem Erziehungsminister eingereichten Liste 8 neue Zwergschulen, deren Einrichtung angesichts der ungünstigen »Streuung« der jüdischen Bevölkerung unumgänglich war." (S. 222)

Der Erlaß des Reichserziehungsministers vom 6. Nov. 1939 beauftragte die Behörden, der »Reichsvereinigung« bei der Beschaffung geeigneter Schulräume und Heime und der Gewinnung von Lehrkräften behilflich zu sein. (S. 222)

1940 bestanden noch 5 voll ausgebaute höhere Schulen (ohne Fürth).

"Zwar durfte das Schuljahr 1940/41 zuende geführt werden, und die wenigen jüdischen Abiturienten Deutschlands wurden in Berlin gemeinsam der neuen »Leistungsprüfung« unterzogen. Danach jedoch ordnete die »Reichsvereinigung« den Abbau der höheren Klassen in Breslau, Hamburg, Frankfurt und Köln an und beließ nur noch die höhere Schule in Berlin, die außer den Einheimischen bis zu 40 sorgfältig ausgewählte Schüler der aufgelösten Klassen im Reich aufnehmen sollte." (S. 224)

Inwiefern dieser Plan durchgeführt wurde, blieb unklar, da die Kosten für die Unterbringung der auswärtigen Schüler wohl nur vereinzelt aufzubringen waren. Die Höhere Schule in Berlin bestand bis zum Frühjahr 1942, die letzte Reifeprüfung dort fand im März 1942 statt. (S. 225)

"Während das höhere Schulwesen an Bedeutung verlor, konnte das Berufsschulwesen, dessen Errichtung ebenfalls zu den Aufgaben der »Reichsvereinigung« gehörte, einen Aufstieg verzeichnen." (S. 225)

Berlin, wo ca. 40% der deutschen Juden lebten, bot nach wie vor vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten für Techniker, Laboranten, kaufmännische, handwerkliche und landwirtschaftliche Berufe. Eine Berufsfachschule für Sprachen oder für Mode, Graphik und Dekoration, eine Musikschule oder Unterrichtstätten für Krankenschwestern und Hausgehilfinnen inserierten im ***Jüdischen Nachrichtenblatt***. Drei Sonderschulen unterhielt die »Reichsvereinigung« bis zur Auflösung des gesamten Schulsystems Ende Juni 1942, davon eine Gehörlosenschule in Berlin und eine jüdische Volksschule beim jüdischen "Erziehungsheim für schwachsinnige Kinder" in Beelitz (Mark Brandenburg) (S. 228, 230), dazu ein "Heim für gefährdete und verlassene Kinder" in Neu-Isenburg. An 17 Orten in Deutschland (im Juli 1940 auf 21 erweitert) fanden Unterrichtskurse für jüdische Jugendliche zur Vorbereitung ihrer Auswanderung statt, die auch auswärtigen Schülern zugänglich waren.

"Eine derart mannigfache Berufsausbildung war jedoch nur in Berlin möglich. In anderen Städten mußte sich die einheimische Jugend mit sogenannten »Anlernwerkstätten« begnügen (z.B. Hamburg, Frankfurt/M, München), in deren Betrieben die Jungen Tischlerei oder Schlosserei, die Mädchen Schneiderei

oder Hauswirtschaft erlernen konnten. An letzter Stelle rangierte in der öffentlichen Meinung eine gärtnerische oder landwirtschaftliche Ausbildung. ...

Die Schulabteilung führte in ihren Berufsschulen folgende allgemeinbildende Fächer ein: Fremdsprachen (vor allem Englisch und Hebräisch), Rechnen, Lebenskunde und Judentumskunde, in der Hoffnung, die heranwachsende Jugend nicht nur fachlich, sondern auch menschlich und jüdisch auf ihr späteres Leben in einer neuen Heimat vorzubereiten." (S. 226)

Die »Reichsvereinigung« schrieb für Mädchen einen einjährigen hauswirtschaftlichen Dienst als Voraussetzung für eine weitere berufliche Ausbildung vor, richtete spezielle handwerkliche Kurse ein (so z.B. in Berlin Ende 1940 einen Schweißerkurs und Anfang 1941 einen Brunnenbaukurs), sorgte für gut ausgestattete Lehrwerkstätten und Jugendwohnheime, um eine gründliche Berufsausbildung auch der in Deutschland verstreut lebenden Jugendlichen zu gewährleisten. Waren auch die finanziellen Grundlagen gewiß mehr als schwierig, so unterrichteten doch Lehrer, die ihr Ruhegehalt aus öffentlichen Mitteln bezogen, und wurden doch Arbeitsvorhaben als Aufträge deutscher Firmen durchgeführt und so finanziert.

"Solange die jugendlichen Berufsanwärter sich in einer von der »Reichsvereinigung« anerkannten und bestätigten Ausbildung befanden, waren sie vor der Einberufung in den den Juden aufgezwungenen »Arbeitsdienst« für den Kriegseinsatz geschützt." (S. 227)

Die Entwicklung der allgemeinen Kriegslage brachte nach Ablehnung aller deutschen Friedensvorschläge und Ausweitung der Fronten (Norwegen, Frankreich) mit ihrer Verschärfung der Gegensätze und dem erpresserischen Aggressionsdruck der Sowjetunion Ende des Jahres 1940 ein *"Stocken der Einwanderung nach Palästina"*, das nicht auf deutsche Initiative zurückzuführen war, sondern auf Maßnahmen Großbritanniens.

Es ist nicht unwichtig festzuhalten, daß dies ein ganzes Jahr früher geschah, als Monate nach Beginn des Rußlandfeldzuges -- und zwar am 23. Oktober 1941 -- Deutschland eine Auswanderungssperre verhängte und kurz darauf die Deportationen der Juden nach Osteuropa, konkret nach Polen, Weißrußland und ins Baltikum verfügte.

Diesen wiederum waren die von typisch bolschewistischer Brutalität gekennzeichneten Deportationen und Enteignungen der gesamten -- ca 400.000 -- Wolgadeutschen (vor dem Ersten Weltkrieg waren es noch 700.000!) nach Sibirien und Kasachstan vorausgegangen. Daß Unzählige angesichts dieser grausamen, zudem in kalter Jahreszeit in Eisenbahn-Viehwaggons durchgeführten Deportationen zugrundegingen, war jedem Kenner bolschewistischer Methoden von vornherein klar. Gerade dieser Zusammenhang zeigt, welche Wechselwirkungen das internationale bzw. das Kriegsgeschehen auf die deutsche Innenpolitik ausgelöst hat. Ein isoliertes Betrachten und Bewerten nur der deutschen Maßnahmen wäre einseitig und abwegig.[85]

Chaim Weizmann hat als Präsident der Jewish Agency und der zionistischen Weltorganisation vor Kriegsbeginn die Kriegserklärung des internationalen Judentums an Deutschland ausdrücklich erneuert.[86]

85) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 35, S. 38.

Großbritannien mit seinen Dominien hat die Deutschen einschließlich der emigrierten Hitler-Gegner sofort nach Kriegsausbruch unter entwürdigenden Umständen als feindliche Ausländer interniert. Nur wer sich dann als willfähriger Mitkämpfer für die britischen Interessen gegen sein eigenes Volk bereitfand, erhielt später "seine Freiheit" zurück.[87] Auch Polen (hier wurden mehrere Zehntausende Volksdeutsche sogleich, z.T. bestialisch, ermordet), Belgien, Frankreich und die Niederlande (einschließlich der jeweiligen Kolonien) verhielten sich nicht anders. Kriegführende müssen mit gleichen Maßen gemessen werden!

Jüdischen Statistiken zufolge[88], die jedoch augenscheinlich die Ostmark (Österreich) und das Sudetenland vollends, Danzig sowie das Saargebiet weitgehend unberücksichtigt lassen, lebten in Deutschland (ohne Mischlinge) an Juden am:

17.5.1939 = 233.664; 1.5.1941 = 168.972; 31.10.1941 = 150.925; 1.1.1942 = 131.833; 1.1.1943 = 51.257. Zwischen dem 1.1.1939 und dem 30.9.1941 befanden sich unter den jüdischen Auswanderern = nicht weniger als 5.770 Kinder. Von diesen trafen 1.454 in Palästina ein. (S. 237)

"Am 1.10.1941 wurden von insgesamt 4.594 jüdischen Schülern im Reich (ohne Berlin) 1.472 außerhalb ihres Heimatortes beschult, also 37,5%. Mitunter konnte es vorkommen, daß die jüdische Gemeinde nach Auflösung ihrer Schule durch die »Reichsvereinigung« alles daran setzte, den Lehrbetrieb am Ort aufrechtzuerhalten und für ihre Bemühungen bei den zuständigen deutschen Beamten Verständnis fand." (S. 237)

Waren am 1.12.1939 = 9.488 jüdische Schüler statistisch erfaßt, so am 1.10.1941 = 6.942, am 1.2.1942 = 4.695, am 15.6.1942 = 2.785.

In einem Geheimerlaß vom 20.6.1942 verfügte der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Erziehung in einer Verordnung die Auflösung des jüdischen Schulwesens in Deutschland zum 30.6.1942. Die Schüler waren mit einem Abgangszeugnis zu entlassen und zum Arbeitsdienst anzumelden. Jüdische Mischlinge 1. Grades waren in die Haupt-, Mittel- und höheren Schulen nicht mehr aufzunehmen. Ausnahmen für Berufsfach- und Fachschulen bedurften der politischen Beurteilung und Genehmigung. Angehörigen der Abschlußklassen waren die Prüfungen noch zu gewähren.[89]

Diese Verordnung war offensichtlich so geheim, daß andere Reichsbehörden davon keine Kenntnis erlangt haben, sondern erst Monate später die Sachlage erfuhren.

"Schulkinder im Alter von 12 und 13 Jahren wurden zu Hilfsarbeiten herangezogen: Botengänge, Einsatz zur »Beseitigung der Verunkrautung von Friedhöfen« usw. Für die Betreuung der jüngeren Jahrgänge hatte die »Reichsvereinigung« die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. -- So ordneten es die Behörden an, um der Verwahrlosung der unbeschäftigten Kin-

86) Vgl. ***HT*** Nr. 35, S. 1.

87) Michael Seyfert, "His Majesty's most loyal Internees", -- in: Hirschfeld (Hrsg.), "Exil in Großbritannien", Stuttgart 1983, S. 155 ff.

88) Bruno Blau, "The Jewish Population of Germany 1939 - 1945", Jewish Social Studies, New York 1950, Vol. XII, no. 2, pp. 161 - 172.

89) Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 1942, S. 278 (E II c 1597).

der vorzubeugen.

Die pünktliche und geordnete Durchführung dieser Anordnung ist die letzte organisatorische Leistung der »Reichsvereinigung« auf dem Gebiet der Erziehung. Von den 1.400 noch übrig gebliebenen Volksschulern im Alter von 6 - 12 Jahren wurden 615 in Kinderhorten untergebracht, 372 davon ganztägig. Die Mehrzahl der Kinder war nicht mehr auf die Hilfe der »Reichsvereinigung« angewiesen; zum Teil waren sie schon zur Deportation vorgemerkt, einige fanden bei Verwandten Unterkunft und andere kamen in Waisenhäusern unter. ...

Einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Jugendlichen gelang es mit Hilfe der »Reichsvereinigung«, in den landwirtschaftlichen Ausbildungszentren aufgenommen zu werden, die zwar zu Arbeitslagern geworden waren, aber immerhin für geraume Zeit Sicherheit boten." (S. 260 - 261)

Die meisten Einzelheiten der Deportationsmaßnahmen und -auswirkungen sind bis heute nicht geklärt. Joseph Walk führt an, daß in dem auf 100 kg beschränkten Handgepäck Lehrbücher und Lehrmittel mitgeführt werden durften.

"Immerhin lauten die Nachrichten von den nach Minsk »abgewanderten« Juden beruhigend und bestärken die Zurückgebliebenen in ihrer Meinung, daß sich die Evakuierten an ihrem neuen Wohnort auf einen längeren Aufenthalt einstellen. Wie anders sollte sich Katzenstein (Leiter der Talmud Thora-Schule, Hamburg) die Bitte einer nach Minsk verschickten jüdischen Großmutter erklären, die ihn um die Abschrift des Reifezeugnisses ihrer Enkelin mit der Begründung bat, diese Bescheinigung könnte dem jungen Mädchen in ihrem späteren Leben von Nutzen sein.

Auch die deportierten Erzieher glaubten an einen Neubeginn ihrer Existenz im Osten. Dieser Illusion erlagen insbesondere die ehemals vom Staat besoldeten, frühzeitig pensionierten Lehrer, denen bisher ihr Ruhegehalt -- wenn auch verkürzt -- weiter gezahlt worden war." (S. 254)

Joseph Walk schließt ab mit der Feststellung, daß, während das jüdische Schulwerk in Deutschland aufgelöst worden war, den polnischen Kindern ein vierjähriger Volksschulunterricht gewährt und für die Russen über die vierjährige Volksschule hinaus *"Die Eröffnung von Hochschulen in Betracht gezogen wurde."* (S. 262)

Die übrigen Abschlußbemerkungen stützt Joseph Walk nicht auf nachgeprüfte Untersuchungen. Auch ihm ist bewußt, daß für eine Fortsetzung seiner Forschung die historisch gesicherten Quellen fehlen, wie er sie für die vorangegangenen Jahre in mühevoller Arbeit herausgefunden und zusammengestellt hat.

Jüdisches Nachrichtenblatt 15. Dezember 1939:

S. 1: Als am vergangenen Sonntag anläßlich der von der Jüdischen Winterhilfe der Jüdischen Gemeinde zu Berlin veranstalteten Feierstunde der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinrich Israel Stahl, den Al Memor betrat, um seine Begrüßungsansprache zu halten, erhoben sich die mehr als viertausend Besucher der Neuen Synagoge von ihren Plätzen. ...

S. 2: Sprachunterrichtswesen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Wie die Erfahrung zeigt, ist noch immer die Zahl derjenigen sehr groß, die die Ermahnungen der jüdischen Auswandererstellen, rechtzeitig und gründlich Sprachen zu lernen, nicht oder nicht in ausreichendem Maße befolgen. Die Klagen der mit der Eingliederung der Auswanderer beschäftigten jüdischen Stellen und die Selbstvorwürfe der Auswanderer betreffen immer wieder dieses Versäumnis. Die letzten Wochen vor der Auswanderung, die mit dringenden Erledigungen ausgefüllt sind, bieten nicht Zeit und Ruhe für fremdsprachliche Arbeiten. Die nächsten Monate sollten jeden zur gründlichen Erlernung einer Auswanderungssprache veranlassen. Hierzu bietet die

Handelsschule der Jüdischen Gemeinde

in ihren beiden Abteilungen reichlich Gelegenheit.

***I. Abteilung** I, Joachimsthalerstraße 13 (Fernruf 913484)*

1. Neue Nachmittagskurse für Anfänger und Fortgeschrittene in

Englisch, Spanisch, Russisch

Wöchentlich 2 mal 2 Stunden. Preis 12 RM. für das Vierteljahr. Beginn am 2. Januar 1940. Näheres wird in der nächsten Woche in diesem Blatt bekanntgegeben.

2. Am 2. Februar 1940 beginnt ein neuer

Accountant-Kurs

der den über grundlegende Kenntnisse im Rechnungswesen der Wirtschaftsbetriebe verfügenden Teilnehmern die für die Praxis im Rechnungs- und Prüfungswesen der englisch-sprechenden Länder notwendigen fachlichen und sprachlichen Sonderkenntnisse vermitteln will. Nach vorliegenden Berichten sind die Möglichkeiten für die Eingliederung ausreichend vorbereiteter Fachleute auf diesen Gebieten keineswegs erschöpft.

3. Die Täglichen Kurse

in der Joachimsthalerstraße 13 finden im Englischen in 6 aufsteigenden Stufen, im Spanischen in 4 Stufen statt, so daß jeder Teilnehmer seinen Vorkenntnissen entsprechend eingestuft und gefördert werden kann.

4. Für Ältere wird ein kurzer Kursus in deutscher Grammatik geplant, um das Verständnis für den Aufbau der zu erlernenden Fremdsprache zu erleichtern. ...

***II. Abteilung** II, Marburger Straße 5, III (Fernruf 255587)*

1. Beginn neuer Intensivkurse ...

Breslau:

Eltern der jüdischen Kinder werden darauf hingewiesen, daß die im April 1940 einzuschulenden Kinder schon jetzt anzumelden sind. Anmeldungen werden im 1. Stock des Schulgebäudes Rehdigerplatz 3, wochentags in der Zeit von 12.30 bis 1.30 Uhr von der Schulleiterin entgegengenommen. ...

Sprachkurse

1. Unsere bisherigen Sprachkurse werden fortgesetzt. Neuanmeldungen werden laufend von der Jüdischen Wohlfahrtsstelle, Wallstraße 9, Zimmer 6 A, entgegengenommen.

2. Interessenten für Intensivkurse in fremden Sprachen wollen sich ebenda schriftlich unter Angabe des bisherigen Berufes, der Sprachkenntnisse und des Auswanderungszieles melden.

3. Meldungen wie zu Ziffer 2 werden auch entgegengenommen von Interessenten für einen etwaigen Kursus in Buchführung und anschließend daran Accounting (amerikanisches System der Buchführung).

4. Ebenso werden schriftliche Meldungen für einen Kursus in Chemie entgegengenommen.

65 Jüdische Zeitungen im Dritten Reich bis 1938

Die *Frankfurter Allgemeine* vom 17. März 1988 brachte unter der Überschrift "Liberalismus und Humanismus -- Jüdische Zeitungen im 3. Reich" eine Besprechung des Buches Herbert Freeden, "Die jüdische Presse im 3. Reich", Leo Baeck Institut, Jüdischer Verlag bei Athenäum, Frankfurt/M, 203 S. und führte u.a. aus:

"Noch im Sommer 1933 wurden rigorose Pressegesetze erlassen, so daß der bereits stattlichen Reihe nationalsozialistischer 'Gleichschaltungen' schnell die Aufhebung der Pressevielfalt folgte. Ausgenommen von der damit erzwungenen Ausrichtung auf die Ideologie der neuen Machthaber blieb allein das jüdische Zeitungswesen.

Daß nach 1933 überhaupt noch jüdische Zeitungen erschienen, mag an sich schon erstaunlich sein. Daß sie dabei zugleich auch die einzigen waren, die nicht nationalsozialistisch waren und aus einer Perspektive zu Weltproblemen Stellung nahmen, die den übrigen deutschen Zeitungen verwehrt war, gehört zu den Paradoxien nationalsozialistischen Rasse-Undenkens. ...

Herbert Freeden, der diesem von der Forschung bislang wenig beachteten Phänomen in einer vom Jerusalemer Leo Baeck Institut in Auftrag gegebenen Studie nachgeht, verweist auf die absurde Folge, daß ein jüdischer Publizist in dieser Situation gerade jene Eigenschaften an den Tag legen konnte, die der Nationalsozialismus verhöhnte und bekämpfte: Liberalismus und Humanismus. So ist es nicht verwunderlich, daß jüdische Blätter auch außerhalb des jüdischen Leserkreises auf Interesse stießen. Das Regime hatte diese Wirkung zunächst offenbar unterschätzt. Erst im Herbst 1935 untersagte es Nichtjuden den Kauf und den Bezug jüdischer Zeitungen.

Aber auch ohne den -- zweifellos nicht besonders ins Gewicht fallenden -- nichtjüdischen Leseranteil erlebte das jüdische Zeitungswesen zwischen 1933 und 1938 einen erstaunlichen Aufschwung. Das war die zwangsläufige Folge der radikalen Umkehrung einer Entwicklung, die erst wenige Jahre zuvor zu einem Abschluß gelangt war. Die deutschen Juden hatten mit Erlangung der Emanzipation und der damit verbundenen Öffnung der deutschen Presse für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu einem großen Teil aufgehört, die jüdischen Zeitungen zu lesen; ihre immer weiter getriebene Verdrängung aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben ihrer Umwelt besorgte nun das Gegenteil. Die jüdischen Zeitungen wurden wieder die einzige vertrauenswürdige Informationsquelle. Dies brachte für den größten Teil der jüdischen Blätter einen grundlegenden Funktionswandel mit sich. Von Publikationsorganen, die nur Teilbereiche jüdischer Existenz ansprachen, mußten sie sich zu allumfassenden Medien wandeln, deren Aufgabe es einerseits war, unter ihren Lesern das jüdische Selbstbewußtsein zu stärken, andererseits die Rolle der allgemeinen Presse zu übernehmen. Wie dies gelang und welche Themen dabei im Vordergrund standen, stellt Freeden in anschaulicher Weise dar. ...

*Denn natürlich unterlagen die jüdischen Zeitungen -- 1938 gab es nach 65 Titel mit einer Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren -- der Zensur. Und da es nur eine Nachzensur gab, die jüdischen Redakteure anders als ihre Kollegen von der 'gleichgeschalteten' deutschen Presse keine direkten Schriftleiter-Anweisungen erhielten, hing viel von der persönlichen Entscheidung der Chefredakteure ab. Unter dem Druck eines ständig drohenden Verbots der Zeitung oder der eigenen Verhaftung mußten sie sich in permanenter Selbstzensur stets auf ihr eigenes Urteil verlassen und wissen, wie weit sie jeweils gehen konnten. Der Druck, dem sie ausgesetzt waren, wurde mit zunehmender Einengung jüdischen Lebens immer stärker; zeitweilige Verbote, Verwarnungen und Strafen häuften sich. Nach dem Novemberpogrom 1938 wurden schließlich alle jüdischen Publikationen verboten. Lediglich ein '**Jüdisches Nachrichtenblatt**' konnte bis zum Juni 1943 weiterhin erscheinen. Es enthielt fast nur noch die Veröffentlichung der immer zahlreicher werdenden antijüdischen Verordnungen."*

Einer anderen Quelle entnehmen wir, daß die ***Jüdische Rundschau*** (zionistisch) 1931 eine Auflage von ca. 15.000, 1933 = 30.000, 1935 = 37.000, 1938 = 25.313 (3. Quartal) hatte. Die ***Central-Vereins-Zeitung*** **(*ZV-Ztg.*)**, das Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, hatte 1931 eine Auflage von 60.000, im September 1933 = 55.000, 1935 bis 1938 (3. Quartal) = 40.000.

*"Beide Blätter sind insofern sehr zuverlässige Quellen, als sie antinationalsozialistisch eingestellt waren, ihre Berichterstattung aber der Zensur standhalten mußte. Besonders die **Jüdische Rundschau** verstand es geschickt, trotz dieser Zwangslage erstaunlich viel Material zusammenzutragen."* [90]

Als Reaktion auf die "Kristallnacht" wurde auch die jüdische Presse mit Ausnahme des ***Jüdischen Nachrichtenblattes*** verboten.

---

90) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", aaO. S. 43.

Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft

"Es fehlt jeder Hinweis darauf, daß von seiten der Parteileitung oder gar der Reichsregierung 1933 Pläne zu wirtschaftlichen Umwandlungen, ja auch nur zu einer systematischen Zurückdrängung der Juden in der Wirtschaft bestanden." (S. 55)[91]

Auch bei diesem Untersuchungsthema besteht für jeden deutschen Historiker die Gefahr, sogleich dem Vorwurf einseitiger Darstellung des damaligen Geschehens ausgesetzt zu werden, sofern er nicht zu einer durchgängigen Verurteilung der ns-Maßnahmen von Anfang an gelangt. Daher sei auch dieses Kapitel hauptsächlich auf einen jüdischen Autoren gestützt[91], der durchaus viele Fakten sachgerecht zusammengetragen hat, wenngleich auch er die jüdische Kriegserklärung und alle daraus folgenden Ein- und Wechselwirkungen auf die deutsche Politik total ausspart und Handlungsinitiative fast ausschließlich bei den Nationalsozialisten feststellt. Immerhin muß auch er eingestehen, daß im Jahr 1933 die NS-Führung eine normale und gemäßigte Politik beabsichtigt und Mühe hatte, die durch Mißwirtschaft und Bürgerkriegsfronten aufgewühlten Emotionen der Millionen-Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung zu bringen:

"Die Folge dieser Entwicklung (Boykottaufrufe jüdischer Organisationen in Großbritannien, USA, 2. jüdischer Weltkongreß in Genf 1933, -- d. Verf.) *war, daß sich die antijüdischen Maßnahmen in der deutschen Wirtschaft am frühesten und empfindlichsten auf den Außenhandel, vor allem auf die Rohstoffversorgung, auswirkten. Mag der Umfang des antideutschen Boykotts quantitativ relativ gering gewesen sein, so genugte er doch angesichts der Wirtschaftskrise und der deutschen Devisenknappheit, um merkliche Störungen hervorzurufen. Dies hob auch Schacht in einer Rede vor der deutschen Handelskammer in Basel Ende 1933 hervor. Unmittelbare Folge dieser Situation war der Schutz jüdischer Exportfirmen und Exportbranchen in Deutschland, den es ansatzweise schon am 1. April gegeben hatte, und die Schaffung eines Eingreifreferats im Reichswirtschaftsministerium unter Staatssekretär Posse, das möglichst unauffällig zugunsten jüdischer Firmen intervenieren sollte. ...* (S. 78)

Bereits 9 Tage nach dem Aprilboykott hieß es in einer Anordnung der Politischen Zentralkommission der NSDAP (gez. Rudolf Heß):

'Es ist den Mitgliedern der NSBO, SA- und SS-Männern oder sonstigen Angehörigen der NSDAP untersagt, in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsunternehmungen, Industriewerke, Banken usw., selbständig einzugreifen, gegen Gewerkschaften vorzugehen, Absetzungen vorzunehmen und dergleichen. Zu irgendeinem Eingreifen muß die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP vorliegen, die nur im Einvernehmen mit der Politischen Zentralkommission handeln dürfen.'

Im Mai 1933 erging eine Reihe ähnlicher Kundgebungen. Hitler verbot alle Untersuchungen bei deutschen Banken, da es zum Abzug ausländischer Gelder gekommen war; und der Leiter der NSBO (NS-Betriebszellenorganisation), Schuhmann, untersagte 'eigenmächtige Eingriffe in die Betriebsführung'. Der deutsche Industrie- und Handelstag stellte in Übereinstimmung mit dem Propagandaministerium fest, daß 'bekanntlich für die Juden keinerlei Ausnahmegesetze auf wirtschaftlichem Gebiet' bestünden. ... (S. 79)

Wie prekär die wirtschaftliche Situation in Regierungskreisen gehalten wurde, zeigt die Tatsache, daß im Sommer 1933 das zweitgrößte deutsche Warenhaus, der jüdische Hermann-Tietz-Konzern, mit Reichshilfe saniert wurde. Er war gegen Ende Juni durch den nationalsozialistischen Boykott an den Rand des Bankerotts gekommen, wodurch nicht nur die 14.000 Arbeitnehmer, sondern zahlreiche Lieferbetriebe, die gleichzeitig Gläubiger waren, betroffen worden wären. ... (S. 79)

Am 14. Juli 1933 verabschiedete das Reichskabinett Richtlinien über die Vergebung öffentlicher Aufträge ... Betriebe mit ausländischem Kapital dürften nicht benachteiligt werden, um keine Vergeltungsmaßregeln herauszufordern und keine Volksgenossen arbeitslos zu machen. Bei gleichwertigen Angeboten seien allerdings 'deutschstämmige' vor jüdischen Firmen zu bevorzugen. ... (S. 83)

Am 16. Dezember 1933 hielt es der Reichswirtschaftsminister abermals für nötig, öffentlich einzugreifen. Er bat dringend, von allen Maßnahmen abzusehen, die jüdische Geschäfte in der Werbung behinderten, Kunden abschreckten oder belästigten." (S. 84)

Mit diesen Hinweisen sei lediglich angedeutet, daß sich die Reichsregierung der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt war, die aus einer Störung der wirtschaftlichen Grundlagenordnung erwachsen, und gewillt war, auch den Juden in Deutschland ihre Eigentums- und Entfaltungsbasis zu belassen. Zumal in den ersten Jahren erwies sich "die Diktatur" durchaus nicht so gefestigt, daß alles und jedes mit "Führerbefehl" geregelt werden konnte, obwohl dieser auch schon damals erhebliche disziplinäre Auswirkung hatte. Doch gegen die egoistischen und psychologischen Strebungen der unzähligen Menschen im Volkskörper vermochte sich auch ein "Führerbefehl" nicht durchzusetzen, blieb doch auch Adolf Hitler darauf angewiesen, Personen in ihren Stellungen belassen zu müssen, deren mangelnde Qualifikation und Zuverlässigkeit er zwar erkannte, die er aber dennoch nicht so ohne weiteres loswerden konnte, wollte er unerwünschte Folgen vermeiden.

So haben damals schon die vielen "kleinen Hitler" viel Schaden angerichtet, auch zum Leidwesen der National-

91) Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Göttingen - Berlin - Frankfurt - Zürich 1966. Nachfolgende Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch

sozialisten selbst, erst recht natürlich zum Ärger und Nachteil der Juden in Deutschland, die zweifellos in Zeiten von Millionen Arbeitslosen auch bei staatlichen Förderungsmaßnahmen benachteiligt waren. Dies ist kein Spezifikum des Nationalsozialismus. Überall in der Welt, auch in Israel, ist zunächst jeder sich selbst -- auch das eigene Volk -- der Nächste.

So weist auch Helmut Genschel nach, daß es zumindest bis 1938 immer wieder "der Druck von unten" -- heute würde man sagen "der Druck der Straße" -- war, der dem langsamen Verdrängungsprozeß der Juden aus der deutschen Wirtschaft die Impulse verlieh. Und dieser ergab sich nun einmal als Konsequenz der beabsichtigten Vernichtung des Nationalsozialismus bzw. Deutschlands als souveräne Nation. Dennoch wurde bis 1938 "von oben" dagegengehalten. Beispiele:

1935 wurde der Begriff "Arisierung" noch kaum gebraucht. Von einer zentral organisierten, wirtschaftlich praktikablen Durchführung einer "Arisierung" von Betrieben *"war man noch weit entfernt"*.(S. 124/125)

"Im wesentlichen beschränkte sich die Gesetzgebung darauf, die Juden aus den halböffentlichen Stellungen des Wirtschaftslebens zu verdrängen und in einigen Bereichen ihre Neuzulassung zu verhindern. Eine Ausnahme bildet die Arisierung der Apotheken, die aber enger mit der Gesetzgebung gegen die jüdischen Ärzte und Tierärzte im Anschluß an die Nürnberger Gesetze als mit Maßnohmen in der Wirtschaft zusammenhangt. (S. 122)

Im März 1936 empfahl der Deutsche Genossenschaftsverband in einem vertraulichen Rundschreiben, die gewerblichen Genossenschaften sollten den Geschäftsverkehr mit Juden nicht abbrechen und die jüdischen Genossen nicht ausschließen, weil das die mittelständische Wirtschaft ungünstig beeinflussen und den Wünschen der Regierung zuwiderlaufen würde. (S. 123)

Bei größeren Betrieben geschahen die Kapitalübertragungen von Juden auf Arier noch meist 'freiwillig', zwar unter dem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Druck, aber ohne konkrete Bedrohung. (S. 127)

Grundsätzlich hielten die Gerichte bis 1938 daran fest, daß die 'jüdische Rassezugehörigkeit' allein noch kein Grund für eine nachteilige rechtliche Behandlung in der Wirtschaft sei. Dies entsprach der offiziellen Regierungspolitik. (S. 130)

Die Rechtsprechung kam weder allen Wünschen der Parteifunktionäre bei der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft nach noch verteidigte sie konsequent die offizielle Haltung der Regierung, nach der sich die Juden ungehindert in der Wirtschaft betätigen durften. (S. 134)

Für den Gesamtumfang der Arisierungen in der Zeit von 1933 bis Herbst 1937 besitzen wir nur wenige Anhaltspunkte.

Einen weiteren Hinweis auf die ungefähren Größenordnungen geben die Auswanderungszahlen. Sie zeigen, daß von den 1933 in Deutschland wohnenden 500.000 Juden bis Ende 1937 rund 130.000, d.h. etwas mehr als ¼, emigriert waren. Da von den antijüdischen Maßnahmen jedoch Beamte und Angehörige freier Berufe eher betroffen wurden als die in der Wirtschaft tätigen Juden, wird der Anteil arisierter Geschäfte unter 25%, der der Fabrikationsbetriebe noch erheblich niedriger liegen. Beonders gering war er bei den größten Unternehmen. Am 1. April 1938 gab es in Deutschland (ohne Österreich) noch fast 40.000 jüdische Betriebe." (S. 136)

"Bis zum Herbst 1937 gab es noch keine nach außen sichtbaren Anzeichen" (S. 141) **für eine offene Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft.** Helmut Genschel kennzeichnet die Zeit bis dahin als *"schleichende Verdrängung"*.

"Reichsbank, Reichswirtschaftsministerium und Reichsfinanzministerium verhielten sich allzu starken staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gegenüber ablehnend, da sie grundsätzlich an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer Ideologie festzuhalten wünschten. Außerdem hatten sie erfahren, daß sich der Wirtschaftsaufbau auch sehr gut mit den Juden vollziehen ließ. Andererseits war den verantwortlichen Behörden die Arisierung allein durch die Partei auch nicht sympatisch, weil sie selten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte. Göring hatte weniger Bedenken, wollte aber um des Vierjahresplanes willen jede Erschütterung der Wirtschaft vermeiden. Zudem war er auf die Mitarbeit der Ministerialbürokratie angewiesen. Daher schritt man den ersten Weg (der Wirtschaftserschwerungen für Juden) vorsichtig weiter, ließ die Partei vorläufig den zweiten Weg (der organisierten Arisierung) gehen und schaltete stufenweise den Staat in die Arisierung ein." (S. 146)

Helmut Genschel, der selbst bestätigt, daß *"die parteiamtliche Haltung Anfang 1938 noch nicht auf eine schnelle und vollständige Arisierung hinauslief"* (S. 149), führt den Umschwung auf die *"forcierte Aufrüstung"* -- also außenpolitische Entwicklungen --, aber auch auf die Abberufung Hjalmar Schachts am 5.9.1937 als Reichswirtschaftsminister und auf die verstärkte Exekutivgewalt der Vierjahresplanbehörde unter Hermann Göring zurück. Die Gründe hierfür liegen ebenfalls wieder in den außenpolitischen (auch ausländischen Rüstungs-) Entwicklungen, sowie zunehmender Devisen- und Rohstoffknappheit als Folge des Boykotts gegen Deutschland.

Auch dem Reichskanzler war klar: Selbst wenn er die Nürnberger Gesetze wieder aufgehoben und Juden in die Beamtenschaft und Regierung aufgenommen hätte -- schließlich erfolgte ja die jüdische Kriegserklärung zwei Jahre v o r den Nürnberger Gesetzen und v o r dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" (7. April 1933)! --, hätte er an der Vernichtungsstrategie der genannten Kräfte einschließlich der Bolschewisten nichts geändert. Er hätte lediglich durch Kapitulationsbereitschaft seine eigene Vernichtung, sprich Ausmerzung Deutschlands als souveräne Nation, schon damals zur erkennbaren Gewißheit gemacht und beschleunigt.

Das Jahr 1938 führte als Folge der nicht von Hitler inszenierten Krisen um Österreich (März) und um die Tschechoslowakei (Mai/Herbst), die "bis zum Rande eines Krieges" mit der Gefahr des Eingreifens aller Imperialmächte führten, zu regierungsamtlich angeordneten Verboten für die Ausübung von zahlreichen Berufen der Juden in Deutschland[92], zu verstärkten "Arisierungen" von Betrieben und zur gesonderten Vermögenserfassung, wobei der § 7 der diesbezüglichen Verordnung vom 26. April 1938 den "Beauftragten für den Vierjahresplan" bevollmächtigte, *"den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherzustellen."* [93]

92) Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung v. 8.7.1938, RGBl. II, S. 823.
93) RGBl. 1938 I, S. 414 - 415.